



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

B Bayerische Gesandtenberichte aus den letzten Vorkriegswochen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

B. Bayerische Gesandtenberichte
aus den
letzten Vorkriegswochen

Vorbemerkungen

I

Die amtliche deutsche Aktenpublikation enthält im 4. Band als Anhang IV fünfunddreissig diplomatische Schriftstücke der bayerischen Gesandtschaft in Berlin aus der Zeit vom 2. Juli 1914 bis zum 5. August 1914. Damit wurde in die deutsche Aktensammlung alles aufgenommen, was die bayerische Gesandtschaft in Berlin in den kritischen Wochen vor dem Kriegsausbruch über die aussenpolitische Lage nach München zu melden hatte.¹⁾

Im Hinblick auf die Rolle, welche vier dieser Aktenstücke infolge der Mitteilungen Eisners in der Versailler Schuldanklage spielen, musste es angezeigt und zweckmässig erscheinen, die ganze Reihe der Berichte und Meldungen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin zu veröffentlichen. Gleichwohl tauchte in dem Pressestreit über die Enthüllung vom 23. November 1918, der sich von Zeit zu Zeit erneuerte, die Behauptung auf, es gebe ausser den in der deutschen Aktenpublikation abgedruckten bayerischen diplomatischen Schriftstücken noch andere bayerische Gesandtenberichte, die von grossem Belang für das Urteil in der sogenannten Schuldfrage seien, die aber in jenen Sammlungen nicht erschienen seien. Ja, es wurde geradezu die amtliche deutsche Publikation als solche in ihren Grundlagen angegriffen mit der Angabe, es habe im diplomatischen Dienste Deutschlands und Bayerns einen doppelten Schriftverkehr gegeben,

¹⁾ Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Band IV, Seite 123ff.

nämlich einen geheimen, in dem die Vorgänge, Geschehnisse und Verhältnisse wahrheitsgemäss geschildert worden seien, und einen gewöhnlichen amtlichen, der absichtlich so zurechtgestutzt worden sei, dass er gegebenenfalls zur Irreführung der öffentlichen Meinung hätte dienen können. Damit krache, so hiess es, der ganze kunstgerecht aufgerichtete Bau der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch in den innersten Fugen.

Von der bayerischen Berichterstattung wurde gesagt, sie habe in privaten geheimen Mitteilungen an den Ministerpräsidenten die politische Lage wahrheitsgetreu freier und offener dargestellt als in den ordnungsmässigen amtlichen, mit laufenden Nummern versehenen Berichten, welche die Lügen für die Öffentlichkeit enthielten.

Vermeintliche Widersprüche in dem Gesandtschaftsberichte des Geschäftsträgers von Schoen vom 18. Juli 1914 wurden damit erklärt, dass in diesem Schreiben der offizielle amtliche und der private geheime Teil zusammengeworfen seien, „weil der Verfasser anscheinend von der Übung der doppelten Buchführung im diplomatischen Dienste keine Kenntnis hatte“. Daher hätte an einer Stelle des Berichtes die Rede sein können von der Lokalisierung des serbisch-österreichischen Konflikts, an einer anderen von der Unterstützung des österreichischen Vorgehens, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin: „Die Lokalisierung des Konflikts war die für die Öffentlichkeit bestimmte Lüge und der ins Auge gefasste europäische Krieg die für Herrn Hertling bestimmte private Information des preussisch-deutschen Generalstabs.“

Die genaue Prüfung der bayerischen Aktenbestände hat ergeben, dass diese schweren Vorwürfe unhaltbar sind. Gewiss haben die bayerischen Gesandten neben den laufenden, an das Ministerium des Äussern gerichteten amtlichen Meldungen und Berichten zuweilen auch besondere Informationen an den Ministerpräsidenten oder auch an den König gelangen lassen. Aber hinter dieser äusseren Verschiedenheit der Berichterstattung verbarg sich keineswegs der verwerfliche Zweck, der in jener öffentlichen Anschuldigung behauptet wird.

Hierüber gibt folgende Aussage Auskunft, welche der frühere bayerische Staatsrat Sigmund von Lössl auf Befragen

an die Feststellungskommission des Bayerischen Landtags gelangen liess:

Es ist selbstverständlich, dass es im Ministerium des Äussern auch vertrauliche Berichte gibt, die geheim gehalten werden müssen. Zu den Aktenstücken dieser Art wurden seit jeher die politischen Berichte der Gesandtschaften gezählt, denn sie enthielten ja vielfach Mitteilungen, die den Gesandten nur vertraulich gemacht wurden und die dann weiterhin vertraulich behandelt werden mussten, widrigenfalls das Vertrauen, das ein auswärtiger Vertreter geniessen muss, sofort untergraben worden wäre. Um nun diese vertrauliche Behandlung sicherzustellen, wurden die politischen Berichte der Gesandten regelmässig nicht an das Staatsministerium, sondern an den Minister selbst adressiert und auf dem Umschlag mit dem Vermerk „persönlich“ versehen. Solche Berichte durften dann nur vom Minister oder seinem Vertreter persönlich geöffnet werden und wurden nicht in den gewöhnlichen Geschäftsgang geleitet. Insoweit ist es also richtig, dass es zweierlei Berichterstattungen gab. Die Behauptung aber, dass diese Einrichtung dazu gedient haben soll, in dem persönlichen Berichte die wahre Sachlage, in einem daneben laufenden offiziellen Berichte aber die für die Öffentlichkeit bestimmten falschen Darstellungen unterzubringen, ist völlig aus der Luft gegriffen, und ebenso unbegründet ist es davon zu sprechen, dass Herr von Schoen (der doch schon seit einer Reihe von Jahren als jeweiliger Vertreter des Gesandten fungierte), in seinem Berichte aus Unerfahrenheit wahre, geheim zu haltende und falsche, für die Öffentlichkeit bestimmte Nachrichten vermischt habe. Der Schönsche Bericht gehörte selbstverständlich in seiner Gesamtheit zu den vertraulich zu behandelnden Berichten und der Passus über die deutschen Bestrebungen, einen etwaigen kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren, war sicher ebenso ernsthaft gemeint als wie der übrige Inhalt.

Herr von Schoen, der Verfasser des Berichtes vom 18. Juli 1914, äussert sich in einem Schreiben an den Berichterstatter der Landtagskommission wie folgt:

Die Behauptung der Morgenpost, dass ich keine Kenntnis von der Übung einer doppelten Buchführung im diplomatischen Dienste gehabt hätte, ist richtig. Aber nicht, weil ich „ein junger unerfahrener Diplomat war“, sondern weil eine solche doppelte Buchführung in dem Sinne einer für die Öffentlichkeit zurechtgestutzten Darstellung einerseits und einer geheimen, aber wahrheitsgetreuen Berichterstattung anderseits überhaupt nicht existiert hat.

Man wird diese Angaben durch die nachfolgende Sammlung bayerischer Aktenstücke bestätigt finden. In ihr sind

alle Berichte der in Berlin, Wien, Petersburg, Paris und Rom, also in den Hauptstädten kriegführender Staaten, tätig gewesenen bayerischen Gesandtschaften aufgenommen, die sich mit der politischen Hochspannung und der drohenden Kriegsgefahr in den letzten Vorkriegswochen befassen. Auch die schon in der deutschen Aktenpublikation erschienenen Berliner Berichte sind, der Vollständigkeit halber, und um sofortige Vergleiche und eine leichtere Übersicht zu ermöglichen, hier nochmal beigegeben.¹⁾

Aus der Zusammenstellung, wie überhaupt aus den bayerischen diplomatischen Akten ergibt sich Folgendes: Ein Teil der Schreiben ist gerichtet an das Ministerium des Äussern als solches; ein anderer Teil an den Vorsitzenden im Ministerrate persönlich; wieder ein anderer Teil unmittelbar an den König. Ein Unterschied in der Berichterstattung in dem Sinne, als ob die gewöhnliche laufende Berichterstattung mit der Wahrheit absichtlich zurückgehalten hätte und als ob nur die sogenannten geheimen und persönlichen Berichte diese zum Ausdruck brächten, ist nicht zu erkennen. Sämtliche Mitteilungen, gleichviel an wen sie gerichtet sind, und wie ihre Anschrift lautet, galten als amtliche Aktenstücke und sind im Ministerium des Äussern als solche behandelt worden. Man kann auch von den Berichten und Meldungen, die privat an den Vorsitzenden im Ministerrate adressiert waren, nicht schlechthin als von „Privatbriefen“ sprechen, wie das in der deutschen Aktenpublikation geschieht, sofern man unter Privatbriefen eine nichtamtliche Mitteilung verstehen könnte. Auch diese sind, wie gesagt, als amtliche Schriftstücke behandelt und zu den geheimen Akten genommen worden. Ebenso gelangten die unmittelbar an den König gerichteten Schreiben der Gesandten an das Ministerium des Äussern und wurden dort als amtliche Berichte in Verwahr genommen.

In der nachfolgenden Veröffentlichung sind die diplomatischen Schriftstücke nach den im Ministerium des Äussern vorhandenen originalen Ausfertigungen wiedergegeben, soweit es sich um die Gesandtenberichte aus Wien, Peters-

¹⁾ Dort nicht enthalten ist der Bericht unter Nr. 1 und 2.

burg, Paris und Rom handelt. Die Berliner Schriftstücke erscheinen, wie in der amtlichen deutschen Publikation, nach den in den bayerischen Gesandtschaftsakten in Berlin vorhandenen Urschriften.

2

Ihrem Inhalt nach fügen sich die bayerischen Gesandtschaftsberichte ein in die Sammlung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch.“ Sie können, soweit man sie als Geschichtsquellen oder als urkundliche Zeugnisse in der Frage der Schuld am Kriege zu Rate ziehen will, nur im Rahmen und im Zusammenhang dieser grossen deutschen Aktenpublikation richtig gewertet und verwertet werden. Hierbei darf auch die österreichische Aktenveröffentlichung nicht übersehen werden, die unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“ von Roderich Goos im Auftrage des Wiener Staatsamtes des Äussern eingehend behandelt ist.

Sie ermöglicht vor allem lehrreiche und nützliche Vergleiche mit den bayerischen Meldungen aus Wien und Berlin. Auch ausländische Dokumente und Veröffentlichungen, die im Laufe der letzten Jahre amtlich, privat, in Memoirenwerken oder sonstwie in den Verbandsländern und aus russischen Archiven bekannt geworden sind, kommen in Betracht.

Es ist zu beachten, dass Gesandtenberichte überhaupt die Vorgänge, Handlungen, Ereignisse, Verhältnisse nicht immer nach unmittelbaren Wahrnehmungen oder Beobachtungen schildern können, sondern zuweilen auch auf Informationen aus zweiter und dritter Hand angewiesen sind. Und die bayerischen Gesandtschaften in ausserdeutschen Ländern waren ja keineswegs völlig selbständige aussenpolitische Dienststellen, sondern bestanden auf Grund der bayerischen Reservate lediglich als Vertretungen mit beschränktem Aufgabenkreis in Anlehnung an die Botschaften des Deutschen Reiches, neben denen sie ein eigenes Tätigkeitsfeld auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht hatten und nicht haben konnten.

Diese Umstände sind für die Wertung ihrer Berichte von erheblicher Bedeutung.

Was Berlin anlangt, so war es dort üblich, die Vertretungen der deutschen Einzelstaaten von Zeit zu Zeit über die wichtigsten aussenpolitischen Angelegenheiten zu unterrichten, soweit das vom Auswärtigen Amt für notwendig erachtet wurde. Die Bayerische Gesandtschaft pflegte sich aber selbstverständlich auch aus anderen Quellen Informationen zu verschaffen. Die persönlichen Beziehungen, die dem langjährigen bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld in der Reichshauptstadt zu allen leitenden Persönlichkeiten, insbesondere auch zu dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, zu Gebote standen, setzten ihn in die Lage, auch während der letzten kritischen Tage vor dem Kriegsausbruch die Münchner Regierung meist rasch und zutreffend zu unterrichten.

Was im besonderen den viel umstrittenen Bericht des Geschäftsträgers von Schoen betrifft, so gibt dieser einleitend selbst seine Informationsquellen an, nämlich den Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann und die Referenten für die Balkanpolitik und Dreibundangelegenheiten im Auswärtigen Amte, dann den Botschaftsrat der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin.

Gewiss Persönlichkeiten, die im allgemeinen als gut unterrichtet gelten konnten, die aber doch nicht als verantwortliche Mithandelnde in erster Linie standen.

Aus diesen Umständen erklärt sich ganz natürlich, dass der Bericht vom 18. Juli 1914 verschiedene Abschattungen in der Darstellung der Vorgänge, Ereignisse und Zusammenhänge aufweist, die von mancher Seite als Widersprüche gedeutet worden sind und dass einzelnen Angaben des Berichts von beteiligter Seite widersprochen wurde.¹⁾

¹⁾ Vgl. die Entgegnungen Bethmann Hollwegs und Zimmermanns, Abschnitt A IV, 4, 5. — Weiter die Äusserungen dieser beiden Staatsmänner im Beilagenband zu den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, 1. Unterausschuss: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“ S. 12 ff.; 31 ff. Dort auch die Denkschrift Viktor Naumanns S. 36. — Ferner die nachfolgend angeführten Darlegungen Tuchers und von Lössl's S. 55 und S. 89.

Es ist von Nutzen, in diesem Zusammenhang auch eine Mitteilung kennen zu lernen, welche der ehemalige bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Tucher unterm 5. Januar 1920 an den Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages gelangen liess, ebenso eine solche Mitteilung des Staatsrats a. D. von Lössl.

Dieser Ausschuss hatte sich auch mit dem Vorwurf zu befassen, dass der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky zum Kriege gehetzt habe. Entgegen dieser Beschuldigung und übereinstimmend mit anderen Aussagen, z. B. derjenigen des Vertreters der „Frankfurter Zeitung“ in Wien, erklärt Freiherr von Tucher, dass er in der Tätigkeit des deutschen Botschafters in Wien kein Drängen oder Treiben zum Kriege wahrgenommen habe und führt dann an:

Wenn Herr von Tschirschky eine den Krieg schürende Haltung angenommen hätte, so wäre es mir bei meinen fast täglichen Begegnungen mit dem Botschafter sicherlich aufgefallen. Ich würde mich darüber mit meinem verstorbenen sächsischen Kollegen Grafen Rex ausgesprochen haben und mich dessen gewiss entsinnen. Auch würde ich, der ich selbst von Anfang an von der grossen Gefahr des Kriegsunternehmens bei ungenügender diplomatischer Vorbereitung durchdrungen war, zweifellos eine solche Haltung des Botschafters für bedenklich und unheilvoll gehalten und zum Gegenstand meiner politischen Berichterstattung gemacht haben. Davon findet sich jedoch in meinen Berichten nicht die entfernteste Andeutung.

Dagegen ist mir in lebhafter Erinnerung, dass Herr von Tschirschky immer wieder betont hat, Österreich-Ungarn habe zu beurteilen, was seine Lebensinteressen seien und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen habe. Deutschland stehe dem Bundesgenossen treu zur Seite und werde alle Konsequenzen aus dem Bündnis ziehen.

Diese Blankovollmacht, die sich heute als verhängnisvoll darstellt, erschien uns damals in Wien in der Entwicklung der Ereignisse nach dem Attentat durchaus nicht als zu weitgehend, sondern als etwas selbstverständliches, ja sogar als das mindeste, was Deutschland tun konnte. Unser Haupteindruck war, dass Österreich-Ungarn, dessen Balkanpolitik ich keineswegs gutheissen will, durch die grossserbische Propaganda in seiner Existenz bedroht war und dass Deutschland den Bundesgenossen, der ihm Beweise seiner Treue (Algeciras, Haag, Ischl) gegeben hatte, nicht im Stiche lassen könne. Eine gewisse Scheu, auf die Erwägungen und Be-

schlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung einzuwirken, entsprach der grundsätzlichen Enthaltung der Einmischung, welche durch die grosse Empfindlichkeit der österreichischen wie der ungarischen Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn geboten war.

Jetzt sieht sich freilich alles das in ganz anderem Lichte an.

Auf Herrn von Tschirschkys Haltung zurückkommend, muss ich nach meinem Wissen für ungerechtfertigt erklären, den verstorbenen Botschafter als Kriegsschürer hinzustellen und ihm einen wesentlichen Teil der Verantwortung für das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung gegen Serbien aufzubürden.

Über die Einwirkung der politischen und militärischen Stellen der deutschen Regierung auf Herrn von Tschirschky vermag ich nichts auszusagen, da mir der Botschafter bei aller Intimität keine Mitteilungen über seine Instruktionen machte. Unsere Aussprachen bezogen sich auf den Gang der Ereignisse und das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung, nicht aber auf die Aufträge der deutschen Regierung.

Das Ergebnis meiner Erkundigungen und Beobachtungen habe ich pflichtgemäss, und ich glaube sagen zu dürfen, erschöpfend in den Berichten an meine Regierung niedergelegt. Was sich dort an einigermaßen wichtigen Vorgängen nicht erwähnt findet, ist auch nicht zu meiner Kenntnis oder Wahrnehmung gelangt.

Auf die Frage des Untersuchungsausschusses des Reichstages, wann und wie das österreichisch-ungarische Ultimatum bei der Regierung in München bekannt geworden sei, antwortet der Staatsrat a. D. Sigmund von Lössl, der Wortlaut oder volle Inhalt des Ultimatus sei der bayerischen Regierung erst am 24. Juli 1914 aus der in den Zeitungen erfolgten Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note zur Kenntnis gekommen. Er fügt bei:

Von der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung eine befristete Note an Serbien zu richten, und von einzelnen Punkten der Note hat die bayerische Regierung allerdings schon früher Kenntnis erhalten.

(Es werden die einschlägigen Stellen aus den Berichten des Wiener Gesandten vom 6., 10., 14., 18., 21. und 23. Juli zitiert.)

Am 24. Juli erschien dann in den Zeitungen der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note an Serbien vom 22. Juli 1914. Die Mehrzahl der in dieser Note Serbien auferlegten Bedingungen war meines Wissens der bayerischen Regierung vor der Veröffentlichung unbekannt; auch möchte ich erwähnen, dass es sich bei den oben aufgeführten Gesandtschaftsberichten, in denen einzelne der Bedingungen enthalten waren, nur um Berichte über eingezogene Er-

kündigungen, nicht aber um Initiativmitteilungen der österreichisch-ungarischen Regierung oder der Reichsleitung handelte. Inwieweit neben diesen Berichten etwa auch mündliche Mitteilungen des österreichisch-ungarischen und des preussischen Gesandten in München einhergingen, entzieht sich meiner Kenntnis. Eine offizielle Verständigung der bayerischen Regierung von dem Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien ist erst am 24. Juli, also am Tage der Veröffentlichung durch die Presse, erfolgt, indem der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling die Note, die Österreich-Ungarn am 24. Juli 1914 an die Dreibundbotschafter gerichtet hat und worin auf das veröffentlichte Ultimatum Bezug genommen ist, durch Vorlesen bekannt gab.

Wenn nun an diese Feststellungen über das Bekanntwerden des Ultimatus etwa die Frage geknüpft werden sollte, warum die bayerische Regierung nicht die kriegerische Entwicklung der Dinge zu hemmen versucht hat, so weiss ich nicht, ob nicht Graf Hertling vielleicht tatsächlich in diesem Sinne, sei es in Privatbriefen, sei es in mündlichen Besprechungen, gewirkt hat. Da die Akten über einen bezüglichen Schritt nichts enthalten, möchte ich aber hervorheben, dass die bayerische Regierung nicht berechtigt war, sich offiziell in den Gang der auswärtigen Politik einzumischen. Die auswärtige Politik war nach der alten Reichsverfassung — ebenso wie nach der neuen — ausschliesslich Sache der Reichsleitung, und die bayerische Regierung hat sich von jeher zurückgehalten, bei Fragen der auswärtigen Politik mit Ratschlägen hervorzutreten, denn sie hätte sich dabei berechtigter Zurückweisung ausgesetzt. Die Natur der Sache erfordert, dass die auswärtige Politik an einer Stelle gemacht wird, wie es ja auch praktisch unmöglich ist, gerade bei Abwicklung gefährlicher politischer Situationen, wo jede Stunde neue Wendungen bringen kann, die einzelnen bundesstaatlichen Regierungen über alle rasch aufeinander folgenden Schritte auf dem laufenden zu halten, geschweige denn zu jedem Schritt erst die Zustimmung der einzelnen Regierungen einzuholen. Die Reichsverfassung hat mit Recht die Leitung der auswärtigen Politik der Reichsregierung allein übertragen, die daher auch allein die Verantwortung dafür trägt. Die alte Reichsverfassung hatte allerdings einen Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitze Bayerns geschaffen, allein schon die Tatsache, dass in diesem Ausschusse Preussen nicht Mitglied war, besagt deutlich, dass es sich dabei nicht um eine beschliessende Stelle gehandelt hat, sondern um ein Organ, das lediglich für Mitteilungen der Reichsleitung an die Regierungen der grösseren Bundesstaaten bestimmt war. Richtig ist, dass die bayerische Regierung bestrebt war, diesem Ausschuss mehr Bedeutung zukommen zu lassen, als dies in den ersten 30 Jahren des Reiches der Fall war, in denen der Ausschuss nur fünfmal zusammenberufen war, und es wurde erreicht, dass seit dem Jahre 1908 der Ausschuss regelmässig einmal

im Jahre zu Beginn der Etatsberatung versammelt wurde. Erst im Laufe des Krieges wurde der Ausschuss öfter berufen und vor Beginn des scharfen U-Bootkrieges fand darin sogar eine förmliche Beratung statt; doch auch da wurde von einer Beschlussfassung abgesehen.

Die Berufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde regelmässig vorher zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten vereinbart. Die Initiative ging dabei bald von der einen, bald von der anderen Seite aus. Ob eine solche Anregung von einer der beiden Seiten auch vor Kriegsausbruch 1914 erging, erinnere ich mich nicht; die Ministerialakten enthalten nichts davon. Vor der Veröffentlichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums war die Berufung des auswärtigen Ausschusses wohl schon deshalb ausgeschlossen, weil durch dessen Zusammentritt, der ja nicht verborgen bleiben konnte, grosses Aufsehen erregt und die von Österreich-Ungarn verlangte Geheimhaltung der Angelegenheit durchkreuzt worden wäre. Am Tage nach der Ablehnung des Ultimatums, d. i. am 26. Juli, erging aber schon ein Schreiben des Reichskanzler-Stellvertreters, worin die Bundesregierungen ersucht wurden, mit Rücksicht auf die politische Lage Fürsorge zu treffen, dass, falls die schleunige Versammlung des Bundesrats notwendig werden sollte, die Regierungen vertreten sind. Es konnte also angenommen werden, dass die Berufung des Bundesratsplenums demnächst erfolgen werde, was den besonderen Zusammentritt des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wohl nicht notwendig erscheinen liess.

Die Frage, ob zu der Bundesratssitzung auch die leitenden Minister erscheinen sollten, wurde zwischen den nächstbeteiligten bundesstaatlichen Ministern und dem Reichskanzler-Stellvertreter erörtert; auf Grund mehrfacher Telephonate und Berichte aus Berlin unterblieb aber schliesslich die Reise des Grafen Hertling nach Berlin, wobei die Besorgnis mitbestimmend war, dass die alsbaldige Rückreise von Berlin vielleicht nicht mehr möglich sein würde. Ich erinnere mich in dieser Beziehung an eine Äusserung des Grafen Hertling, wornach er in diesen Tagen seine Anwesenheit in München für wichtiger hielt, als seine Teilnahme an den Verhandlungen in Berlin. Ich glaube, Graf Hertling war davon überzeugt, dass die Reichsleitung — bei aller Unterstützung unseres Bundesgenossen — sich die erdenklichste Mühe geben würde, Deutschland vor den Schrecken des Krieges zu bewahren. Graf Lerchenfeld hatte noch am 29. Juli berichtet:

„Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, dass der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfriede erhalten bleibt.“¹⁾

¹⁾ Siehe B, 47.

Gesandtenberichte

Nr. 1

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 4. Juni 1914

Hochverehrter Freund!

Wie ich gestern schon berichtete, war ich bei Herrn von Bethmann, den ich seit dem Tode seiner Frau nicht gesehen hatte. Ich fand ihn weich, aber gefasst und aufrecht, fest entschlossen, seinen Dienst wie bisher zu leisten.

Abgesehen von dem, was der Reichskanzler mir über Mexiko und Albanien mitteilte (Bericht vom 3. ds. Mts. Nr. 307) sprach er auch über die allgemeine politische Lage und zwar diesmal, wie ich besonders unterstreichen will, durchaus nicht optimistisch. Ich will damit nicht gesagt haben, dass Herr von Bethmann bei seinen Mitteilungen im diplomatischen Ausschuss oder bei früheren Gesprächen mit mir und meinen Kollegen absichtlich die Stellung Deutschlands in der Welt zu rosig geschildert hat. Aber ich kann die Kritik nicht ganz unterdrücken, dass in Beurteilung der Gesinnung anderer Mächte, namentlich Englands und Russlands, der Leiter unserer Politik oft von einer unberechtigten Vertrauensseligkeit erfüllt gewesen ist. Man hatte manchmal den Eindruck, als wenn jede Versicherung freundschaftlicher Gesinnung vom Reichskanzler für bare Münze hingenommen würde, und als ob Verständigungen über untergeordnete Dinge von ihm viel zu hoch in ihrer Wirkung auf die allgemeine Politik eingeschätzt würden. Manchesmal klang sogar eine gewisse Zuversicht durch, dass es gelingen werde, unsere Beziehungen zu England und Russland völlig umzugestalten. Einen gewissen Erfolg in der Besserung der Beziehungen kann man dem Reichskanzler gewiss nicht absprechen. An die Stelle des geradezu gespannten Verhältnisses zu den Staaten, auf die es zurzeit ankommt, sind dank der grösseren Ruhe, die die deutsche Politik im Vergleich zu der Aera Holstein charakterisiert und durch das Vertrauen, das die Person des leitenden Staatsmanns sich überall erworben hat, normalere und korrektere Beziehungen

getreten. Aber die Grundrichtung der englischen und russischen Politik uns gegenüber hat Herr von Bethmann nicht zu ändern vermocht. Das hat sich bisher jedesmal gezeigt, so oft Fragen auftauchten, die das tiefere politische Leben jener Staaten berührten. So ist es Herrn von Bethmann trotz wiederholter Versuche nie gelungen, einen Neutralitätsvertrag mit England abzuschliessen und was Russland betrifft, so hat dessen Behandlung der Anstellung des Generals Liman in der Türkei mit aller Deutlichkeit gezeigt, auf wie geringes Entgegenkommen Deutschland in Petersburg zu rechnen hat, sobald es sich um eine Kernfrage der russischen Politik handelt. Dass in der Liman-Angelegenheit England sofort auf die russische Seite getreten ist, hat dieses Bild unlieb vervollständigt.

Es scheint, dass solche Erfahrungen ihren Eindruck auf den Reichskanzler nicht verfehlt haben, denn seine gestrigen Ausführungen waren von der früheren Vertrauensseligkeit völlig frei, ja er bezeichnete rund heraus unsere auswärtige Lage als keine schöne.

Was England betrifft, so lauteten seine Ausführungen ungefähr dahin: Zu allen Zeiten habe die britische Macht immer gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent gestanden. Zuerst gegen Spanien, dann gegen Frankreich, später gegen Russland, jetzt gegen Deutschland. England wolle keinen Krieg. Er — der Reichskanzler — wisse bestimmt, dass die englische Regierung in Paris wiederholt erklärt habe, dass sie keine provokatorische Politik und keinen vom Zaune gebrochenen Krieg gegen Deutschland mitmache. Aber das hindere nicht, dass, wenn es zum Kriege käme, wir England nicht auf unserer Seite finden würden. Ob, fuhr der Reichskanzler fort, nicht von seinem Vorgänger versäumt worden sei, sich mit England seinerzeit zu verständigen, wolle er dahingestellt lassen. England habe sich — das stehe fest — angeboten, aber er glaube noch immer, dass die englische Freundschaft auch damals nur um den Preis zu erlangen gewesen wäre, dass Deutschland keine starke Kriegsflotte baue. Ob uns dieser Verzicht möglich gewesen wäre, darüber sei es heute müssig zu sprechen.

Ich erwiderte, dass, wenn England wirklich die Erhaltung des Weltfriedens wolle, es nicht mit Frankreich und Russland, sondern mit uns gehen müsste. Die platonischen Verwarnungen vor einem Aggressivkriege hätten keinen Wert, wenn bei den Ententemächten das Vertrauen auf Unterstützung wach erhalten würde. Solche Gerüchte, wie dass eine Kooperation der russischen mit der englischen Flotte für den Kriegsfall vereinbart werden solle, seien, wenn sie unwidersprochen bleiben, durchaus geeignet, den kriegerisch gesinnten Elementen den Rücken zu stärken. Wenn es zum Kriege komme, so würde England die Schuld daran tragen. Der Reichskanzler gab dies bis zu einem gewissen Grade zu.

Ich bemerkte dann weiter, dass bei dem Rüstungsfieber in Russland und Frankreich und vor allem bei der teils auf Unverstand, teils

auf Gewissenlosigkeit beruhenden Presshetze in allen Ländern es über kurz zum Kriege kommen müsste, wenn irgendwo ein Mann erstünde, der die Verantwortung auf sich nehmen wollte, zuerst das Schwert zu ziehen.

Der Reichskanzler pflichtete dem mit dem Hinzufügen bei, dass zu allem anderen der moderne Krieg das Rätsel aufgeben würde, wie man die Bevölkerung in Kriegszeiten ernähre. So rasch wie der Krieg von 1870 werde bei der Verwendung der Millionenheere der künftige Kampf sich nicht abspielen. Von Frankreich drohe kaum die Gefahr. Man werde trotz der Beschlüsse von Paris die dreijährige Dienstzeit durchführen. Aber den Krieg wolle man in Frankreich nicht. Russland sei gefährlicher. Dort könne der Slaventaumel die Köpfe so verdrehen, dass Russland eines Tages Dummheiten macht.

Die Unterredung kam dann auf den von vielen Militärs geforderten Präventivkrieg. Ich sprach die Ansicht aus, dass für diesen der rechte Augenblick schon versäumt sei. Der Reichskanzler bestätigte dies, indem er die militärische Lage im Jahre 1905 als diejenige bezeichnete, die für uns die grössten Chancen geboten hätte. Aber der Kaiser habe keinen Präventivkrieg geführt und werde keinen führen. Es gebe aber Kreise im Reich, die von einem Krieg eine Gesundung der inneren Verhältnisse in Deutschland erwarten, und zwar im konservativen Sinne. Er — der Reichskanzler — denke aber, dass ganz im Gegenteil ein Weltkrieg mit seinen gar nicht zu überschenden Folgen die Macht der Sozialdemokratie, weil sie den Frieden predigt, gewaltig steigern und manche Throne stürzen könnte.

Der Reichskanzler kam dann auf Rüstungsfragen, insbesondere die strategischen Bahnen zu sprechen und wiederholte, was mir schon Minister Breitenbach vor einigen Tagen gesagt hatte. Danach stellt sich auf Grund der letzten Forderungen des Generalstabs der Kostenanschlag auf 700 Millionen. Es handelt sich nicht allein um neue Aufmarschlinien an der Ost- und Westgrenze, darunter eine sehr kostspielige moselaufwärts, sondern um Rochadelinien durch das ganze Reich, die es ermöglichen sollen, jedes einzelne Korps von West nach Ost und umgekehrt rasch zu befördern. Preussen hat bereits mit dem Bau begonnen, ohne die parlamentarische Genehmigung abzuwarten und ohne mit dem Reich sich über eine Kostenteilung verständigt zu haben. Verhandlungen hierüber sind im Zuge. Minister Breitenbach sagte mir noch, dass er nicht kleinlich sein wolle und bereit sei, eine sehr hohe Pauschsumme zu übernehmen. Die ganzen Kosten könne aber auch Preussen nicht tragen.

[Es folgen kurze Mitteilungen über innenpolitische Gegenstände.]

In getreuer Verehrung und mit vielen Grüßen

Lerchenfeld

8

**Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im
Ministerrate**

Bericht 356

Berlin, den 29. Juni 1914

Das furchtbare Ereignis in Serajewo ist zuerst durch eine Meldung des dortigen deutschen Konsulats hier bekannt geworden.

Ich habe gestern und heute mit dem Botschafter Grafen Szögyeny und einigen Herrn die möglichen Folgen des Ereignisses besprochen. Man war der Ansicht, dass abzuwarten sein wird, ob die Erhebungen in Serajewo Fäden zu Tage fördern, die nach Belgrad reichen, und wenn dies der Fall sein sollte, welche Kreise in Serbien an einer Verschwörung beteiligt gewesen sind. Sollten sich dabei für die der Regierung nahestehenden Kreise belastende Momente feststellen lassen, so könnte eine Spannung zwischen Serbien und Österreich-Ungarn eintreten, die auf die ganzen Balkanverhältnisse eine bedenkliche Wirkung haben müsste.

In Österreich-Ungarn selbst sollte der Tod des Thronfolgers zunächst nichts ändern. Aber sein Einfluss, namentlich in Personalfragen, war doch in den letzten Jahren ein so ausschlaggebender gewesen, dass man das Fehlen dieses Einflusses bald überall fühlen dürfte.

Dass die Politik des Grafen Berchtold manchen Gegner in Österreich hat und dass sie auch im hiesigen Auswärtigen Amt nicht günstig beurteilt wird, ist Euer Exzellenz bekannt. Graf Berchtold ist aber der Mann des Thronfolgers gewesen, und es könnte darum wohl geschehen, dass der Graf, seiner stärksten Stütze beraubt, über kurz oder lang zurücktritt. Ebenso könnte geschehen, dass eine andere Schöpfung des Erzherzogs, Graf Czernin in Bukarest, der nach hiesiger Überzeugung unglücklich dort amtiert, einer gewandteren Persönlichkeit Platz macht.

Erzherzog Franz Ferdinand war kein Freund der Ungarn, und es ist ihm zuzuschreiben, dass mit der seit den sechziger Jahren bestehenden Tradition gebrochen wird, wonach ein Ungar den Gesandten- und Botschafter-Posten in Berlin bekleidet hat. Es hat auch der ganzen Überredungskunst des Erzherzogs bedurft, von S. M. dem Kaiser Wilhelm, der den Grafen Szögyeny sehr geschätzt hat und dem Prinzen Hohenlohe nicht sehr geneigt scheint, die Zustimmung zu dem bevorstehenden raschen Wechsel zu erhalten.

Man kann also darauf gefasst sein, dass mit anderen Männern auch eine andere Richtung der Politik Österreich-Ungarns sich anbahnen wird, die hoffentlich bessere Erfolge als die bisherige erzielt. In zwei Beziehungen wird allerdings der Hingang des Erzherzog-Thronfolgers eine schwere Lücke zurücklassen. Einmal wird sein Einfluss auf die österreichisch-ungarische Armee fehlen und dann

wird das von Jahr zu Jahr intimere Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und dem österreich-ungarischen Thronfolger oft vermisst werden, wenn es sich darum handeln wird, Gegensätze zwischen dem alliierten Deutschland und Österreich-Ungarn auszugleichen.

Ich habe versucht, über die Lage in Albanien und Mexiko einiges zu erfahren. Nach den Aufschlüssen, die ich im Auswärtigen Amt erhielt, sind aber die Zustände in beiden Ländern noch so verworren, dass sich nichts vorhersagen lässt.

Über die Lage in Albanien scheint nur so viel zu sagen zu sein, dass die Aufständigen sich scheuen, Durazzo ernsthaft anzugreifen, weil sie fürchten, unter das Feuer der Schiffskanonen zu geraten. Im Lande selbst geht aber alles drunter und drüber. Der Gedanke, falls der Fürst Wilhelm sich nicht halten könnte, ihn durch den ägyptischen Prinzen Fuad zu ersetzen, ist ganz aufgegeben, weil die Balkanstaaten, an der Spitze Serbien, erklären, sie hätten nicht den Kampf gegen die Türkei unternommen, um jetzt ein neues mohamedanisches Fürstentum entstehen zu lassen. Über den österreich-ungarischen Vorschlag, den englischen Oberst Philipps als Befehlshaber der internationalen Truppen in Skutari eine Miliz bilden zu lassen, wird zwischen den Mächten nicht mehr gesprochen. Er scheint aufgegeben. Was aber geschehen soll, wenn Fürst Wilhelm beseitigt wird oder zurücktritt, ist eine offene Frage. Wie mir im Auswärtigen Amte gesagt wird, herrscht bei allen Mächten eine entschiedene Abneigung, dem „Was dann“ irgendwie näherzutreten. Soll zunächst die europäische Kontrollkommission die Regierung übernehmen, soll ein neuer Fürst gesucht werden, darüber müssten die Mächte sich klar werden. Sie lehnen dies aber ab und so dauern Kampf und Aufstand einstweilen fort.

Aus Mexiko ist die Nachricht gekommen, dass Tepik, wo die bedeutendsten deutschen Interessen sind, zurzeit nicht bedroht ist. In der Hauptstadt würden alle fremden und alle besseren mexikanischen Elemente dringend die Besetzung der Stadt durch die Amerikaner wünschen, um vor Raub und Plünderung durch die Aufständischen geschützt zu werden. Amerika scheint aber nicht daran zu denken, überlässt vielmehr das Land seinem Schicksal. Die Verhandlungen in Niagara scheinen wenig Zweck zu haben, da die Generäle Caranza und Villa ihre eigenen Zwecke verfolgen und einer Konsolidierung der Verhältnisse unter einem anderen Präsidenten ebensowenig geneigt sind wie der unter Huerta.

Lerchenfeld

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 236/XV

Wien, den 30. Juni 1914

Angekommen 1. 7. 14.

Das Attentat in Serajewo, welches am Sonntag vormittag dem Erzherzog-Thronfolger und seiner Gemahlin das Leben raubte, wurde im Laufe des Nachmittags bekannt und hat allenthalben Entsetzen und Empörung hervorgerufen.

Nach Ischl gelangte die Trauerbotschaft gegen 1 Uhr und wurde dem Kaiser durch den Generaladjutanten Grafen Paar übermittelt. Seine Majestät hörten die Meldung gefasst an, bestimmten sofort für den folgenden Tag die Rückkehr nach Wien und wünschten das Diner allein einzunehmen. Der Nachmittag verging mit der gewohnten Arbeit, nach wohldurchschlafener Nacht wurde die Reise nach Schönbrunn unternommen und seit gestern Mittag weilt der Kaiser dortselbst, wo er Audienzen erteilt und die notwendigen Anordnungen trifft.

[Folgt eine Schilderung des Hergangs des Überfalls.]

Die Planmässigkeit der Attentate ist offenkundig, die Verbrecher, in deren Besitz sich grössere Geldbeträge fanden, sind bosnische Serben, die in letzterer Zeit in Belgrad weilten, woher sie auch die Bomben erhielten; sie gestehen, auf Verabredung gehandelt zu haben. Der Anschlag ist also zweifellos eine Frucht der seit Jahren von Belgrad her betriebenen Verhetzung der Serben der Monarchie und zeugt von der Tiefe des Hasses der Serben des Königreichs gegen Österreich-Ungarn. Erzherzog Franz Ferdinand fällt als Hindernis der Durchführung der grossserbischen Idee und als Gegner überwiegend russischen Einflusses auf dem Balkan.

So ergreifend und bedauernswert der gemeinsame Tod des in Liebe verbundenen hohen Paares und die doppelte Verwaisung der erzherzoglichen Kinder ist, so wird dieses Drama noch weit übertroffen durch die schmerzliche Erkenntnis der trostlosen politischen Zustände, welche dieses Attentat gezeitigt haben. Die Monarchie ist schwer krank, die seit Jahren in der auswärtigen und inneren Politik begangenen Fehler rächen sich. Der Hass der Serben, der unter den Obrenowitsch nicht bestand, ist fast systematisch gezüchtet worden; das selbstsüchtige Agrariertum hat ihn gepflanzt, die Ausbeutung seitens der österreichischen Industrie hat ihn entwickelt und die hochmütige Politik des Ballplatzes hat ihn gross werden lassen. Im Innern zeigte sich die Regierung den Slaven gegenüber immer schwach, den Slaven war alles erlaubt, überall mussten ihnen die Deutschen und Italiener weichen. Die Weiterentwicklung der Zustände, als deren Symptom das Attentat angesehen werden muss, ist unberechenbar.

Mit Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Persönlichkeit vom Schauplatz der Monarchie und Europas ab, die bereits im Thronfolger-Stadium eine ungewöhnlich markante war. Für das verbündete Deutschland waren seine Freundschaft mit Kaiser Wilhelm und sein warmes Interesse für Herr und Marine, überhaupt für die Schlagfertigkeit der Monarchie, wertvolle Faktoren; gefahrdrohend war seine Abneigung gegen Ungarn und seine tiefgewurzelte Feindseligkeit gegen das Königreich Italien. Das temperamentvolle Eintreten für seine Pläne hat dem Kaiser und den Ministern viele schwere Stunden bereitet, diejenigen, die sich seinen Absichten widersetzen, hat er mit unerbittlicher Heftigkeit verfolgt. Seine Ehe mit Comtesse Chotek brachte viele Schwierigkeiten mit sich und würde nach der Thronbesteigung noch grössere verursacht haben. Dies alles bewirkt, dass sich vielfach ein Gefühl der Erleichterung geltend macht und dass die Teilnahme, die sich ja überall bekundet, mehr der schrecklichen Todesart als den Persönlichkeiten, deren Unbeliebtheit beim Volke durch übertriebene Sparsamkeit erhöht wurde, gilt.

Um dem Kaiser, den die Trauerbotschaft am Tage nach dem Eintreffen in Ischl erreichte, die baldige Rückkehr dorthin zu gestatten und um ihn vor Ermüdung zu bewahren, ist die Beisetzung baldmöglichst anberaumt und die Beteiligung auswärtiger Fürstlichkeiten dankend abgelehnt worden, nur Kaiser Wilhelm wird es sich nicht nehmen lassen, dem Freunde, dessen Gast er noch vor kurzem in Konopischt gewesen ist, die letzte Ehre zu erweisen. Er wird voraussichtlich am Freitag gegen Mittag eintreffen und alsbald nach der Einsegnung in der Hofburgpfarrkirche wieder abreisen.

Die Rückkehr des Kaisers Franz Joseph nach Ischl ist für Sonntag in Aussicht genommen.

Tucher

Nr. 4

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 364

Berlin, den 2. Juli 1914

S. M. der Kaiser hat die Reise zur Beerdigung nach Wien aufgegeben, wie offiziell gesagt werden wird, wegen eines kleinen Unwohlseins. Nach meinen Informationen ist aber der wirkliche Grund, dass man, um den Kaiser Franz Joseph zu schonen, den Kaiser Wilhelm gebeten hat, von dem Besuche Umgang zu nehmen. Warum man in Wien nach Ablehnung aller anderen hohen Besuche nicht auch gleich den Besuch des Kaisers abgelehnt, sondern noch alle Einzelheiten der Reise vereinbart hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die gestrige Alarmnachricht, derzufolge Österreich-Ungarn die Führung der Untersuchung in Serbien für sich in Anspruch genommen und Serbien diese Einmischung abgelehnt hätte, ist inzwischen demontiert worden. Im hiesigen Auswärtigen Amt hofft man auch, dass Serbien jetzt nichts unterlassen werde, um an dem Komplott schuldige Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Unterstaatssekretär Zimmermann hat auch zunächst den hiesigen serbischen Geschäftsträger ernstlich auf die Folgen hingewiesen, zu denen ein Versagen Serbiens in dieser Hinsicht führen könnte, und hat ferner dem hiesigen russischen Botschafter nahegelegt, seine Regierung zu bestimmen, in Belgrad die gleiche Sprache zu führen. Herr Zimmermann hat, wie er mir mitgeteilt hat, diesen Rat damit begründet, dass bei der Entrüstung, welche die Tat von Serajewo in Österreich-Ungarn erzeugt habe, man nicht wissen könne, was geschieht, wenn die serbische Regierung ihre Pflicht nicht erfülle. Dass aber ein Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn sofort Bulgarien gegen Griechenland in Bewegung setzen und in seinen weiteren Folgen gar nicht zu übersehen sein würde, dies brauche er dem Botschafter nicht auszuführen und das lasse ihn — Zimmermann — hoffen, dass die von dem Wunsche, den Weltfrieden zu erhalten, geleitete russische Regierung bereit sein werde, ihre Stimme in Belgrad im Sinne eines loyalen entgegenkommenden Verhaltens hören zu lassen.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 5

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 240/XVI

Wien, den 2. Juli 1914

Angekommen 4. 7. 14.

Die von Serajewo nach Wien zurückgekehrten Persönlichkeiten, welche Zeugen der Bluttat vom letzten Sonntag waren, ergänzen die bereits bekannten Tatsachen. Nachdem das erste Attentat sein Ziel verfehlt, habe man allgemein das Gefühl gehabt, dass Gefahr von allen Seiten drohe; in der Tat haben sich noch mehrere Bomben vorgefunden und sind viele verdächtige Individuen verhaftet worden. Trotz aller Vorstellungen habe sich der Erzherzog von der Fortsetzung der Fahrt nicht abhalten lassen.

In der hiesigen Presse wird die bosnische Regierung heftig wegen ungenügender Vorsichtsmassregeln angegriffen, dagegen wehrt sich die Behörde durch Bekanntgabe der getroffenen Anordnungen. Für einen Ort, der von Agitationen so unterminiert ist und für eine solche Veranlassung war die Polizei jedenfalls zu schwach dotiert, umso mehr, als die Garnison am Sonntag von dem Manöverterrain noch nicht zurückgekehrt war.

Das gemeinsame Finanzministerium lehnt die Verantwortung ab, da die Veranstaltung eine militärische war und die Anordnungen nur von dem Armeeeinspektor und Landeschef Generalfeldzeugmeister Potiorek ausgingen. Dieser soll sich wiederum dahin geäußert haben, dass er in Wien seit Monaten auf die zunehmende grossserbische Agitation hingewiesen und vor deren Folgen gewarnt habe; energisches Auftreten gegen die Bewegung sei ihm nicht gestattet worden.

Die Propaganda antiösterreichischer Gesinnung in Bosnien und der Herzegowina hat es vornehmlich auf die Mittelschüler abgesehen, wie auch Vorfälle aus der jüngsten Zeit in Serajewo und Mostar beweisen. Der augenfällige Zweck der Agitation ist, die Ruhe in Bosnien dauernd zu stören und die friedliche Entwicklung des Landes zu hindern. Die von Serbien herüberkommenden Wühlereien waren einer der Beweggründe der Annexion. Sie wurden nach derselben noch leidenschaftlicher fortgesetzt und werden andauern, bis Bosnien zu Grossserbien gehört — wenn sie nicht vorher mit Blut und Eisen ausgemerzt werden.

Es ist höchst bezeichnend, dass gerade jetzt in der französischen Presse das Gerücht eines geplanten engeren Zusammenschlusses Serbiens und Montenegros auftaucht. Dass serbischerseits dieser Plan besteht, wird hier nicht bezweifelt; man hat angenommen, dass nach dem Tode des Königs Nikita an dessen Ausführung herangetreten werde. Die Attentate vom Sonntag haben gezeigt, wie weit die grossserbische Propaganda fortgeschritten ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Monarchie sich schon früher vor die Frage gestellt sehen wird, ob sie den Entscheidungskampf gegen die grossserbische Umklammerung führen oder durch Kompromisse eine Liquidation maskieren will.

Der hingemordete Erzherzog hätte sich bei aller Vorsicht und persönlicher Friedfertigkeit für ersteres entschieden, das wusste man in Belgrad und Moskau, daher musste er fallen.

Tucher

Nr. 6

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 242/XVII

Wien, den 3. Juli 1914

Angekommen 4. 7. 14.

Die irdischen Überreste des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin sind gestern abend 10 Uhr programmässig vom Südbahnhof am Belvedere vorbei über den Ring in die Hofburg verbracht worden; der Zug war kurz, ohne grössere militärische Begleitung, ohne Gepränge, ohne Trauermusik.

Trotzdem drängte sich auf dem ganzen Wege ein grosser Menschenstrom zu dem düstern Schauspiel; während hier tiefer Ernst herrschte, johlte eine zahlreiche Volksmenge vor dem vom serbischen Gesandten bewohnten Hause in der Paulanergasse und verlangte mit Ungestüm die Entfernung der zum Zeichen der Trauer gehissten Trikolore. Diese Demonstrationen finden allabendlich statt und werden auch für heute abend erwartet.

Die Erregung gegen Serbien ist eine tiefgehende und ruft an vielen Orten, wo Serben wohnen, insbesondere in Kroatien und Bosnien, Ausschreitungen hervor, die, wenn auch entschuldbar, so doch wegen der Rückwirkung auf die Stimmung in Serbien sehr zu bedauern sind; die Sprache der dortigen Presse ist ohnehin grossenteils eine unfreundliche und gereizte. Die offiziellen Organe bezeichnen das Attentat als ein Werk einzelner Überspannter und sprechen ihre Verwunderung darüber aus, dass die öffentliche Meinung in der Monarchie Serbien für die Verbrechen mitverantwortlich macht, weil alle Spuren nach Serbien führen, von wo die Mordwerkzeuge, die Geldmittel und die Inspiration geholt worden sind. Am Schlusse eines offiziösen Artikels im Pester Lloyd wird ausgesprochen, „dass wenn die Untersuchung Beweise liefern sollte, dass auf serbischem Territorium die Leute leben, die die Mordgesellen geschult, gedungen, bezahlt und entsendet haben, der Zeitpunkt gekommen sein werde, um der serbischen Regierung gegenüber mit dem Ansinnen aufzutreten, diesen verbrecherischen Umtrieben mit rücksichtsloser Strenge ein Ziel zu setzen und Bürgschaften dafür zu geben, dass der niederträchtige Unfug ein für alle Mal eingestellt werde“.

Die Einsegnung in der Hofburgpfarrkirche hat in Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und sämtlicher Mitglieder des Erzhauses unter der Beteiligung mehrerer Kardinäle, des Hofes, der Staatswürdenträger und offiziellen Persönlichkeiten, soweit es der so beschränkte Raum zuliess, stattgefunden. Seine Majestät und die Fürstlichkeiten nahmen in den Hofratorien Platz; der Kaiser blickte fast unverwandt auf die beiden Särge; die Feierlichkeit dauerte kaum eine Viertelstunde; die Temperatur in der Kirche war sehr hoch, so dass zu verwundern ist, dass keine Unfälle vorkamen. Die meisten Missionschefs vertraten ihre Souveräne, darunter auch der serbische Gesandte.

Das Fernbleiben des Deutschen Kaisers wird seit dem Bekanntwerden gestern nachmittag in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Das Gerücht, dass Rücksichten auf die persönliche Sicherheit des hohen Gastes mitgesprochen hätten, wird heute nachmittag dementiert, so bleibt nur der offizielle Grund: Hexenschuss.

Heute abend 10 Uhr erfolgt die Überführung der Leichen nach Schloss Artstetten, wo morgen vormittag in Gegenwart der nächsten beiderseitigen Verwandten die Beisetzung in der neubauten Familiengruft stattfindet. Die Gruft wird sich also morgen, am letzten Tage der Woche, an deren erstem die Mordschüsse gefallen, über den

Opfern schliessen, die Folgen der Zustände aber, welche die Untat gezeitigt haben, werden sich erst nach und nach einstellen — sie sind unberechenbar.

Tucher

Nr 7

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 247/XVIII

Wien, den 6. Juli 1914

Angekommen 8. 7. 14.

Die Leichen des so schrecklich hingemordeten Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin sind zur letzten Ruhe bestattet, aber die durch das entsetzliche Drama erregten Gemüter fahren fort, ihren Unwillen zu äussern, und zwar in verschiedenen Richtungen.

Im Offizierskorps herrscht Unzufriedenheit, weil dem „Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht“ in der Hauptstadt Wien nicht die üblichen militärischen Ehren erwiesen wurden, die Aristokratie findet gleichfalls, dass die Veranstaltungen ein dem hohen Range des Thronfolgers entsprechendes Gepränge vermessen liessen, und im Volke, das die Entfaltung grossen Pompes liebt, macht sich Enttäuschung Luft. Der ostentative Anschluss einer grossen Anzahl Mitglieder des Adels an den Leichenkondukt auf dem Wege von der Hofburg zum Westbahnhof sollte der Missstimmung Ausdruck geben. Der Tadel an den Anordnungen des Leichenbegängnisses wird unterstützt und verbreitet durch die dem ehemaligen Thronfolger nahestehende Presse, die auch die Erwartung einer den üblichen Rahmen überschreitenden Leichenfeier genährt hatte. Die Hofstellen verteidigen sich gegen diese Anklagen mit dem Hinweis auf das althergebrachte spanische Zeremoniell und auf die Vorgänge bei der Beisetzung der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf.

Weit ernster sind die Vorwürfe aufzufassen, die in der Presse und in politischen Kreisen gegen die Persönlichkeiten erhoben werden, welche bisher die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina leiteten. Trotz der offenkundigen Tendenz der Serben im Königreiche, ihre Konnationalen in Bosnien mit grossserbischen Ideen zu erfüllen, sie zu Bedrückten und der Erlösung Entgegenstehenden zu stempeln und so die Losreissung Bosniens vorzubereiten, wurde, als diese Propaganda auch nach der Annexion andauerte, eine Politik der Serbenbegünstigung gewählt: Die bosnischen Serben sollten durch Entgegenkommen gewonnen und durch Heranziehen zu öffentlichen Stellen und Ämtern verpflichtet werden. Dies Bestreben veranlasste die Entlassung alter, erprobter, meist deutscher Beamter, die Anstellung grossserbischer Parteigänger und die Belohnung versteckter Feinde der Monarchie durch Orden und Auszeichnungen. Die Regie-

rung wollte die Anklage, dass die Serben in Bosnien bedrückt werden, Lügen strafen, statt dessen hat sie der grossserbischen Propaganda die Wege geebnet; ihr Entgegenkommen wurde als Schwäche ausgelegt und bestärkte den Glauben, dass die Monarchie morsch sei und nach der Türkei mit ihr abgerechnet werden könne.

Der serbophile Kurs, von Burian eingeschlagen, wurde von Bilinski noch vertieft und erweitert. Die Serben konnten sich alles erlauben; im Rücken die fanatisierten Grossserben im Königreich, im Lande eine nachgiebige Regierung — was Wunder, dass die Propaganda riesige Fortschritte machte und einen grossen Teil der serbischen Bevölkerung ergriff. Das Attentat vom 28. Juni hat den Schleier von den beschönigenden Berichten weggerissen und den Abgrund der planmässigen Vorbereitung der Losreissung Bosniens aufgedeckt. Die öffentliche Meinung fordert einstimmig die Abkehr vom serbophilen Kurs.

Es wird hier zurzeit hin und her überlegt, was zu machen ist. Die Träger der bisherigen Richtung sind begreiflicherweise gefährdet, vielleicht werden sie abberufen und durch Männer ersetzt, welche die Dinge sehen, wie sie sind und darnach handeln.

Eine wirksame Bekämpfung der grossserbischen Agitation ist nur zu führen mit äusserster Strenge und rücksichtsloser Gewalt. In Serbien wird man toben, wenn Österreich-Ungarn zu dem Mittel greift, das es längst hätte anwenden sollen, doch dort, wo man den Spiess bereits umgekehrt hat und über die Verfolgung der Brüder zetert, klagt man die Monarchie unter allen Umständen, auch unter den die Serben begünstigenden, der Gewalttätigkeit an. Wenn Österreich im eigenen Lande mit Recht und Gerechtigkeit Ordnung macht, sollten die Verdächtigungen Serbiens in Europa kein Gehör finden, zumal da es selbst in den neuerworbenen Gebieten mit Ausrottung arbeitet.

Es wird auch davon gesprochen, aus den Attentaten einen Kriegsfall zu konstruieren und früher Versäumtes nachzuholen, da mit den Serben nicht anders fertig zu werden ist. Dazu liegt heute noch kein genügender Grund vor. Erst wenn Serbien sich weigern sollte, die Forderungen, welche je nach den Ergebnissen der Untersuchung in Serajewo von Österreich-Ungarn gestellt werden, zu erfüllen, zum Beispiel Auflösung der Narodna Odbrana und anderer grossserbischer Vereine, Bestrafung der Anstifter und Mitschuldigen der Attentate und dergleichen, könnte man an Gewaltmassregeln gegen Serbien denken. Es ist sicher, dass sich Kaiser Franz Joseph nur unter dem Drucke zwingender Umstände zu Schritten entschliessen wird, in deren Gefolge ein europäischer Krieg entbrennen kann.

Skeptiker, die Land und Leute kennen, glauben, dass so gut wie nichts geschehen wird und höchstens nach einer Anstandsfrist einige Personalveränderungen verfügt werden.

Tucher

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 373

Berlin, den 9. Juli 1914

Hochgeborener Graf!

Gestern suchte ich gegen Abend den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes auf, um mich ihm als Geschäftsträger vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit frug ich ihn nach der Richtigkeit einer Meldung der gestrigen „B. Z. am Mittag“, wonach „neuerdings Verhandlungen schweben sollen zwecks Abkommandierung einer grösseren Anzahl deutscher Offiziere als Militärinstruktoren nach China“. Herr Zimmermann bezeichnete mir die Meldung in dieser Form als „sehr verfrüht“. Richtig sei jedoch, dass er persönlich sich schon lange mit dem Gedanken trage, Deutschland solle eine Militärmission nach China entsenden, die ähnlich zu organisieren wäre, wie die Mission des Generals v. Liman. Bei gelegentlicher Fühlungnahme mit chinesischen Staatsmännern habe der Unterstaatssekretär ein sehr geneigtes Ohr für seine Idee gefunden, nur fehle es noch an den nötigen finanziellen Mitteln, um den Plan schon jetzt zur Ausführung zu bringen. Es würden wohl noch 2 bis 3 Jahre bis zu seiner Verwirklichung vergehen; doch werde die Angelegenheit vom Auswärtigen Amt ständig im Auge behalten werden.

Ich ersuchte den Unterstaatssekretär, die K. Regierung seinerzeit so rechtzeitig von der bevorstehenden Entsendung der Mission zu benachrichtigen, dass auch bayerischen Offizieren die Möglichkeit gegeben werden kann, sich zur Teilnahme an der Mission, die doch wohl als „deutsche“ bezeichnet würde, zu melden. Herr Zimmermann sicherte mir dies bestimmt zu und teilte mir dann ganz vertraulich, aber mit der Ermächtigung E. E. hiervon Meldung zu machen, mit, dass sogar an einen bayerischen Offizier als Leiter der Mission gedacht werde, nämlich an den K. Generalleutnant Grafen Max Montgelas. Er — Zimmermann — halte den Grafen wegen seiner persönlichen Qualitäten und auf Grund seiner in Ostasien gemachten Erfahrungen für besonders geeignet für diesen Posten. Er habe auch schon in diesem Sinne mit dem im Amte tätigen Bruder des Grafen Fühlung genommen und glaube, dass der General unter Umständen nicht abgeneigt sein werde, die ihm zugedachte Stelle anzunehmen.

Die in den letzten Tagen stattgefundenen Ministerbesprechungen in Wien haben sich, wie das Auswärtige Amt erfahren hat, nur mit innerpolitischen, auf Bosnien und die Herzegowina bezüglichen Angelegenheiten befasst. Die Frage, ob und in welcher Weise Österreich etwa gegen Serbien vorzugehen gedenkt, falls die Untersuchung des Attentats eine Kompromittierung der dortigen offiziellen Kreise

zutage fördern sollte, ist bei den Besprechungen nicht berührt worden und harrt noch ihrer Lösung. Unterstaatssekretär Zimmermann würde den gegenwärtigen Zeitpunkt für Österreich als sehr günstig ansehen, um, wie er sich ausdrückte, einen „Rachezug“ gegen den südlichen Nachbarn zu unternehmen und glaubt bestimmt, es würde gelingen, den Krieg zu lokalisieren. Er zweifelt aber daran, dass man sich in Wien hierzu entschliessen wird.

Von Berlin aus wird man der Wiener Regierung, falls sie eine diesbezügliche Anfrage stellen sollte, keinesfalls abraten, mit allen Mitteln gegen Serbien vorzugehen, wird ihr vielmehr bedeuten, dass Österreich, möge kommen was wolle, den Bundesgenossen auf seiner Seite sehen werde. Man wird es aber auch vermeiden, Österreich gegenüber in dieser Beziehung die Initiative zu ergreifen. Den Vertretern der anderen Mächte gegenüber hat das Auswärtige Amt betont, dass es die Lage ohne jede Nervosität ansehe, und hat zum Beweis hierfür darauf hingewiesen, dass andernfalls S. M. der Kaiser es unterlassen hätten, die Nordlandsreise anzutreten, dass dann der Reichskanzler nicht nach Hohenfinow, der Chef des Generalstabes nicht in Urlaub gefahren wäre.

In Albanien haben sich die Dinge seit dem letzten Bericht des K. Gesandten über die dortigen Verhältnisse nicht geändert. Die Berichte des Herrn v. Lucius lauten nach wie vor so schlecht, dass das Auswärtige Amt die Lage des Fürsten für vollständig verzweifelt ansieht.

Der Frage, was geschehen soll, wenn Fürst Wilhelm zur Abdankung gezwungen wird, sind die Mächte bis jetzt immer noch ängstlich aus dem Wege gegangen. Nach der Ansicht des Auswärtigen Amtes wird nichts anderes übrig bleiben, als zunächst der Internationalen Kontrollkommission die Regierung des unglücklichen Landes zu übergeben und dann nach einem neuen Fürsten Umschau zu halten.

Über den nunmehr vollzogenen Abschluss der bulgarischen Anleihe, der seit gestern der Sobranje zur Genehmigung vorliegt, äusserte sich Herr Zimmermann sehr befriedigt; der Inhalt des Vertrags ist in dem hier ganz gehorsamst beigefügten Artikel in Nr. 773 der Kölnischen Zeitung richtig wiedergegeben.

Soden.

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 251/XIX

Wien, den 10. Juli 1914

Angekommen 11. 7. 14.

Über den Verlauf des gemeinsamen Ministerrates am 7. ds. wird das tiefste Schweigen beobachtet.¹⁾

Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, dass alle Teilnehmer darüber übereinstimmen, die bisherige Regierungsmethode in Bosnien und der Herzegowina sei ein Irrtum gewesen; sie basierte auf der Annahme, dass das serbische Element, das 4/9 der Bevölkerung ausmacht, für eine loyale Teilnahme an der konstitutionellen Regierung des Landes zu gewinnen sei, während es sich jetzt in erschreckender Weise gezeigt habe, dass die Serben mit wenigen Ausnahmen der grossserbischen Richtung ergeben seien. Da die Fäden dieser Richtung nach dem Königreich Serbien laufen und die Propaganda im eigenen Lande nicht ausgerottet werden könne, ohne dass auch der Ursprung zerstört werde, und da ferner die Vorbereitung der Attentate in Serajewo nach Serbien weise, sei eine Demarche in Belgrad zu machen, welche volle Garantie gegen die Weiterzuchtung der grossserbischen Ideen biete.

Bis hierher reichte die Einstimmigkeit. Die Majorität im Ministerrate war der Ansicht, dass diese Garantie nur mit Gewalt zu erreichen und daher die Demarche so durchzuführen sei, dass ein verkleinertes Serbien daraus hervorgehe; dabei müsse sich Österreich-Ungarn jeder Gebietserweiterung enthalten, dagegen die anderen Balkanstaaten, Rumänien einbegriffen, sich auf Kosten Serbiens bereichern lassen. Für eine solche Strafexekution hofft man die Zustimmung Europas zu erhalten.

Die Minorität glaubte, sich mit den unerlässlichen Garantien auf diplomatischem Wege begnügen zu können und erst dann zu militärischen Mitteln raten zu sollen, wenn serbischerseits die diesseitigen Forderungen nicht volle Genüge fänden. Dieser Ansicht wurde entgegengestellt, dass der papierene Weg den unergründlichen Hass Serbiens nur noch vertiefe, ohne eine Gewähr für das Halten gegebener Versprechungen zu bieten.

Da die in Bosnien selbst vorzunehmenden Massregeln, wie stärkere Überwachung der Grenze, Reorganisation der Polizei, Reform des Schulwesens, Einführung strenger Zensur und dergleichen, von dem Verlauf und dem Charakter der Demarche in Belgrad abhängen, so wurden diese Punkte nur an zweiter Stelle besprochen.

¹⁾ Über diesen Ministerrat genaues bei Goos, das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges S. 50 ff.

Graf Berchtold, der dem Kaiser in Ischl gestern einen andert-halbstündigen Vortrag gehalten hat, ist abends nach Wien zurück-gekehrt. Mein Gewährsmann glaubt annehmen zu dürfen, dass Seine Majestät sich mit dem Teil der Beschlüsse, die einstimmig gefasst wurden, einverstanden erklärt habe. Bis jetzt ist als einziges Resultat der Reise des Ministers ein von ihm angeordnetes Dementi bekannt geworden, wornach die Meldungen über den Verlauf und die Ergebnisse seiner Audienz beim Kaiser authentischer Grundlage entbehren.

Tucher

Nr. 10

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Wien, den 11. Juli 1914; 11²⁰ vorm.Angekommen: 1⁰⁰ nachm.

Bin um strengste Geheimhaltung gestriger politischer Mitteilungen ersucht worden. Kaiser neigt den schärferen Massregeln zu und findet in Berlin Unterstützung.

Tucher

Nr. 11

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 254/XXI

Wien, den 14. Juli 1914

Angekommen 15. 7. 14.

Die Demarche der Österreichisch-Ungarischen Regierung in Belgrad hat sich etwas verzögert; zunächst hat man in Serajewo Aufschlüsse über die Ergebnisse der Untersuchung erholt, dann gilt es, einige Widerstände des Grafen Tisza, der den Weg friedlicher Beilegung offen gehalten wissen will, zu überwinden und sich über den Wortlaut der Note an die serbische Regierung zu einigen. Graf Berchtold möchte der serbischen Regierung solche Bedingungen stellen, die sie nicht annehmen kann, damit das Ergreifen von Gewaltmitteln erfolgen muss. Wenn der Inhalt der Note feststeht, muss sie noch dem Kaiser in Ischl vorgelegt werden — es wird darüber das Ende der Woche herankommen.

Die Kenntnis dieser folgenschweren Vorbereitungen ist nur auf wenige Eingeweihte beschränkt; die grosse Öffentlichkeit ahnt nicht, wie ernst sich die nächste Zukunft gestalten wird, es besteht nur

ein Gefühl der Unsicherheit, das von der Börse durch starke, anhaltende Rückgänge der Kurse markiert wird. Von vielen Seiten hört man die Vermutung aussprechen, dass die Sache mit dem Austausch einiger Noten werde abgetan werden; auch fremde Diplomaten nehmen dies an.

Die Haltung Deutschlands ist die gleiche wie während der ganzen Balkankrise: Österreich-Ungarn hat zu erkennen, was seine Lebensinteressen sind und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen hat. Deutschland steht dem Bundesgenossen treu zur Seite und wird alle Konsequenzen aus dem Bündnisse ziehen.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note hängt von den Ratschlägen Russlands ab. Es darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass die serbische Regierung, vorausgesetzt, dass sie noch Herr der Situation ist und nicht die Militärpartei, alle Forderungen Österreich-Ungarns annimmt. Dann würde es sich zeigen müssen, ob der Wille zur Zerstückelung Serbiens, wie er bei der Mehrheit des gemeinsamen Ministerrates besteht, ein unerschütterlicher ist. Man will es aber zu dieser zweiten Entscheidung gar nicht kommen lassen und der Note einen unannehmbaren Inhalt geben, damit man gezwungen sei, nach Zurückweisung derselben sofort die militärische Aktion zu beginnen. Dies soll der Gedankengang des Ministeriums des Äussern sein.

Während man hier fest entschlossen ist, sich zum Verteidigungskampfe gegen die slavische Umklammerung aufzuraffen, lässt die österreichische Regierung die Slaven in ihren deutschfeindlichen Vorstößen überall gewähren. Es ist eine alte Kampfmethod der Slaven, in deutschen Städten oder solchen mit vorherrschend deutscher Bevölkerung allerlei Feste zu veranstalten; die Regierung gestattet diese Feste unter einigen, von den Veranstaltern meistens nicht eingehaltenen Bedingungen und mobilisiert die Schutzmannschaft. Wenn die Deutschen gegen die Eroberungszüge der Slaven protestieren und sich den Eindringlingen entgegenstellen, werden die herausgeforderten Deutschen, die ihren Besitzstand verteidigen, von der Regierung und den Slaven als die Unruhestifter behandelt und gebrandmarkt.

An solchen Vorgängen sind die Sommersonntage von jeher reich, auch die letzten Sonntage haben den Deutschen aufreizende Exzesse in Brünn, Bilitz, Troppau und anderen Orten der Sprachgrenzen gebracht. Der Widerspruch der inneren und äusseren Politik war nie greitbarer.

Auch in Berlin liegen Nachrichten vor, dass die Rebellen in Albanien von Belgrad aus unterstützt werden. Man sieht, wie planmässig Serbien vorgeht und überall tätig ist, wo es gilt, die Pläne Österreich-Ungarns zu durchkreuzen. Der Wille, dieses Wespennest auszubrennen, ist nur zu begreiflich und doch — ich kann mir ein serbisches Polen nicht vorstellen.

Tucher

Der Gesandte in Rom an den König

Bericht 211/XVII

Rom, den 14. Juli 1914

Angekommen 17. 7. 14.

[Mitteilungen über das Befinden des erkrankten Herzogs von Aosta.]

Während meines Aufenthalts in Fiuggi hatte ich Gelegenheit, zu beobachten, wie der Minister des Äussern und der deutsche Botschafter fortgesetzt Erörterungen über die politische Lage, besonders über die albanische Frage pflegten.

Die italienische Regierung geht in dieser Frage noch immer im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen vor, es wird aber dem deutschen Botschafter immer schwerer, Italien an der Seite Österreichs zu halten, weil der Marchese San Giuliano hierin nicht die öffentliche Meinung Italiens für sich hat und ein italienischer Minister des Äussern nicht auf die Dauer eine Politik im Gegensatz zu derselben machen kann. Er scheint auch sich mit den Mächten der Triple-Entente gut stellen zu wollen, wofür ein Anzeichen ist das grosse Entgegenkommen, das Italien Frankreich gegenüber beim Abschluss des Vertrags bezüglich der Regelung der Verhältnisse der italienischen Kolonial-Untertanen in Tunis und der Tunisiern in Libyen gezeigt hat.

Die Meldungen aus Albanien lauten immer dahin, dass die Insurgenten auf der Entfernung des Fürsten bestehen, dass dieser den Posten, auf den ihn Europa gestellt hat, nicht verlassen will, dafür aber von Europa auch Schutz verlangt. Darüber, ob und wie dieser Schutz zu gewähren ist, schweben noch die Verhandlungen.

Die albanische Frage ist noch schwieriger geworden durch die epirotische. Die Epiroten halten sich nicht an die Abmachungen von Corfu, gehorchen nicht ihrem Führer Zographos, der sich gebildet, als ob er sich an diese Abmachungen halte, und werden von Griechenland unterstützt, obwohl dies vom König und der Regierung auf das bestimmteste bestritten wird.

Die schwierigste Frage ist aber das Verhältnis Österreichs zu Serbien, das noch zu ernstest Verwicklungen führen kann.

Auf den 15. Juli ist in Italien der Reserve-Jahrgang von 1891 auf unbestimmte Zeit eingezogen worden; ausgenommen sind nur die Reservisten der Kavallerie und der reitenden Artillerie. Diese Massregel erregt grosses Aufsehen und wird in Verbindung gebracht mit etwaigen äusseren Komplikationen. Die Regierung gibt als Begründung an, dass sie für etwaige Vorfälle im Innern gerüstet sein wolle; die zur Verfügung stehende Truppenzahl müsse vermehrt werden, weil ein grosser Teil der Truppen durch Übungen von den Garnisonen entfernt sei und die noch nicht völlig beendigten administrativen Wahlen die Entsendung von Truppen in viele Wahlbezirke notwendig machen.

[Mitteilungen über innerpolitische Vorgänge in Italien.]

v. d. Tann

Nr. 13

**Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im
Ministerrate**

Bericht 386

Berlin, den 18. Juli 1914

[Siehe Teil A Seite 2 ff]

Nr. 14

Der Gesandte in Wien an den Minister des Äussern

Bericht 264

Wien, den 18. Juli 1914

Vertraulich!

Hochgeborener Graf,
Hochzuverehrender Herr Staatsminister!

Bezugnehmend auf meinen letzten politischen Bericht vom 14. ds. Nr. XXI¹⁾ beehre ich mich, Euer Exzellenz gehorsamst zu melden, dass die Absendung der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung eine neuerliche Verzögerung erfahren hat.

Als Gründe sind mir angegeben worden, dass man die Einbringung der Ernte abzuwarten wünsche und den Besuch des Präsidenten der französischen Republik in St. Petersburg vorübergehen lassen wolle, um den bei diesem Anlass versammelten Scharfmachern Poincaré, Iswolsky u. a. nicht Gelegenheit zu bieten, auf den Zaren einen Druck im Sinne serbenfreundlicher Parteinahme auszuüben.

An der Auffassung des hiesigen auswärtigen Ministeriums, wie ich sie zuletzt wiedergegeben, hat sich nichts geändert. Man äussert sich besorgt, dass eine vollkommene Nachgiebigkeit Serbiens das Ausholen zum Schlage erschweren könne und meint, wenn Russland die Lokalisierung des Streits mit Serbien nicht zulasse, so sei der jetzige Augenblick zur Abrechnung günstiger als jeder spätere.

Grosse Genugtuung erweckt auf dem Ballplatz der Umschwung in Bezug auf die Beurteilung Serbiens in Berlin, wo jetzt die Unmöglichkeit eines freundnachbarlichen Verhältnisses zu Serbien klar geworden ist.

Tucher

¹⁾ Siehe B, II.

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 266

Wien, den 21. Juli 1914

Angekommen 22. 7. 14.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung über die Ergebnisse der Untersuchung in Serajewo soll am nächsten Donnerstag oder Freitag der serbischen Regierung überreicht werden. Der Inhalt, über den vollkommene Übereinstimmung, auch mit dem Grafen Tisza, hergestellt wurde, dürfte heute dem Kaiser in Ischl, wohin sich Graf Berchtold gestern abend begeben hat, zur Genehmigung vorgelegt worden sein.

Am Freitag soll die Note in der Presse erscheinen. Der Inhalt wird streng geheimgehalten, ich konnte nur erfahren, dass er doch nicht so ganz unannehmbar für Serbien sei.

Gleichzeitig mit der Überreichung in Belgrad wird die Note der italienischen Regierung mitgeteilt und die Erklärung abgegeben werden, dass Österreich-Ungarn sich unter keinen Umständen serbisches Gebiet dauernd aneignen werde. Diese Erklärung ist notwendig, weil man andernfalls von Italien die Aufwerfung der Frage der Kompensation zu gewärtigen hat, der man aus mehr wie einem Grunde vorbeugen will.

Der Verzicht auf jedweden Zuwachs an serbischem Gebiete ist der österreichisch-ungarischen Regierung um so leichter, als durchaus keine Neigung besteht, die Bevölkerung serbischer Nationalität der Monarchie noch zu vermehren; Graf Tisza hat sich von Anfang an auf das Entschiedenste gegen eine solche Eventualität ausgesprochen.

Die Trinksprüche in Peterhof, insbesondere derjenige des Zaren, werden hier insofern günstig gedeutet, als sie keine Ermutigung der Serben enthalten und die Annahme gestatten, dass auch von seiten des Zweibundes eine lokalisierte Austragung des Streites zugelassen werde.

Eine Bestätigung der Zeitungsnachricht, dass die serbische Antwort auf die Demarche innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gefordert werde, konnte ich nicht erhalten. Doch scheint mir die Befristung nicht ausgeschlossen, da sie nicht in Abrede gestellt wird.

Tucher

Nr. 16

**Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des
Äussern**Telegramm Berlin, den 23. Juli 1914, 9³⁰ vorm.

Überreichung österreichischer Note an Serbien erfolgt schon heute nachmittag.

Fristablauf Samstag, nachmittag 5 Uhr.

Schoen

Nr. 17

**Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft
in Berlin**Telegramm München, den 23. Juli 1914 7⁵⁵ nachm.
Angekommen 8²⁸ nachm.

Ersuche im Auswärtigen Amt anzufragen, ob gegen die Zustellung österreichischer Einberufungsorders an in Bayern lebende österreichische Wehrpflichtige durch Vermittelung bayerischer Behörden Bedenken bestehen.

Formelles Gesuch liegt noch nicht vor.¹⁾

Hertling

Nr. 18

**Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im
Ministerrate**

Bericht 394 Berlin, den 23. Juli 1914

Wie ich gestern abend in später Stunde erfahren und Ew. Exz. soeben mit chiffrierter Depesche gemeldet habe²⁾, soll nach einem neueren Entschluss des Wiener Kabinetts die Überreichung der österreichischen Note an Serbien nicht erst am 25., sondern schon heute gegen Abend erfolgen, und zwar tunlichst so spät, dass ihr Inhalt in Petersburg nicht vor der heute abend um 11 Uhr stattfindenden Abreise des Herrn Poincaré nach Stockholm bekannt werden kann.

¹⁾ Der Geschäftsträger in Berlin antwortete telegraphisch am 24. Juli: „Reichsleitung ohne Bedenken.“

²⁾ Siehe B, 16.

Morgen vormittag soll dann die Note den Grossmächten durch die Vertreter Österreich-Ungarns offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Die Note wird von einem Annexe begleitet sein, in dem das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat von Serajewo niedergelegt ist, und die Mitschuld auch amtlicher serbischer Kreise nachgewiesen wird.

Die von einzelnen Blättern gebrachte Meldung, wornach der serbischen Regierung eine Frist für die Annahme der österreichischen Forderungen nicht gestellt werde, ist unzutreffend; vielmehr wird, wie ich Ew. Exz. bereits zu melden die Ehre hatte, eine Frist von nur 48 Stunden statuiert.

Das lange Zuwarten des Wiener Kabinetts hat an den hiesigen amtlichen Stellen unangenehm berührt, und man hätte gewünscht, dass das Sühneverlangen der Ermordung des Erzherzogs möglichst auf dem Fusse gefolgt wäre. Aber das mehr scheinbare Zaudern der österreichischen leitenden Kreise hat doch auch sein Gutes gehabt, denn in Serbien hat man sich dadurch zu dem Glauben verleiten lassen, dass Österreich es auch diesmal nicht zum Äussersten kommen lassen werde. In diesem Glauben aber hat die serbische Presse und hat sogar der serbische Ministerpräsident Österreich gegenüber eine Sprache angenommen, die für die österreichische Regierung die beste Rechtfertigung zu ihrem Vorgehen vor der Welt bildet.

Über die weitere Entwicklung der Dinge lässt sich heute eine sichere Voraussage nicht geben. Die Möglichkeit besteht ja immerhin, dass Serbien zu Kreuz kriecht und sich den Forderungen Österreichs unterwirft. Nach seiner bisherigen Haltung zu schliessen, ist die Wahrscheinlichkeit hierfür allerdings eine recht geringe. Weist es die österreichischen Forderungen zurück, so fragt es sich, ob man in Österreich dann zunächst die Mobilisierung durchführt — wozu 12 bis 16 Tage benötigt werden — oder ob man zur Durchsetzung der Forderungen gleich in Serbien einrückt.

Auch über die Haltung, die die österreichische Regierung nach der Niederwerfung Serbiens einzunehmen gedenkt, ist das Auswärtige Amt noch nicht unterrichtet. Wie mich mein Gewährsmann hat wissen lassen, hat die Unterredung des Botschaftsrats Prinzen Stolberg mit dem Grafen Berchtold, von der ich Ew. Exz. in meinem gehorsamsten Bericht vom 18. lfd. Mts. Nr. 386 Meldung machte, nur „zum Teil“ stattgefunden. Graf Berchtold soll nämlich erklärt haben, dass „eine dauernde Besetzung serbischen Gebietes von österreichischer Seite nicht beabsichtigt sei, und daher auch etwaige Kompensationen für dritte (Italien) nicht in Frage kämen“.

Offenbar will sich das Wiener Kabinett nicht vorzeitig die Hände binden, sondern den weiteren Verlauf der nun beginnenden Auseinandersetzung abwarten.

Von entscheidender Bedeutung wird es dabei sein, ob die Lokalisierung des Konflikts gelingt oder nicht.

v. Schoen

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern

Bericht 270

Wien, den 23. Juli 1914

Angekommen 24. 7. 14.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung wird heute nachmittag vom k. u. k. Gesandten Baron Giesl der serbischen Regierung übergeben werden. Der deutschen und italienischen ist sie bereits bekannt gemacht und morgen soll sie der Presse und den Signatarmächten mitgeteilt werden.

Man erwartet die Antwort aus Belgrad am Samstag abend und wenn sie, was man auf dem Ballplatz wünscht, abschlägig ausfällt, sollen sechs Armeekorps auf Kriegsstand gesetzt werden und zwar diejenigen in Serajewo, Ragusa, Agram, Hermannstadt, Temesvar und Pest. Diese Mobilisierung wird 10 Tage dauern, die gleiche Zeit, nimmt man an, werden die Serben brauchen, ihre Divisionen aus Mazedonien an die österreichisch-ungarische Grenze zu ziehen.

Die Erwartung, dass man mit den Serben bald fertig werde, kann ich nicht teilen, vielmehr mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man hier die Schwierigkeiten eines Feldzuges gegen Serbien unterschätzt. Die serbischen Truppen haben sich in den letzten Balkankriegen über alles Erwarten gut geschlagen, sind vorzüglich ausgerüstet und sind in einem ausgezeichneten Kriegstraining, dazu von einem geradezu fanatischen Patriotismus durchdrungen.

Selbst wenn Russland entschlossen sein sollte, einer Strafexekution gegen Serbien untätig zuzusehen, muss befürchtet werden, dass es bei einer längeren Dauer des Kampfes die öffentliche Meinung nicht halten kann. In diesem Falle ist es auch fraglich, ob die Haltung der Südslaven der Monarchie durchwegs eine loyale bleibt.

Der österreichische Generalstab hüllt sich über seine Angriffspläne in tiefes Schweigen, mit Recht: mögen sie wohl durchdacht, wohl vorbereitet sein und nicht an dem alten Fehler der Unterschätzung des Gegners krankem.

Die hiesigen Ententediplomaten sind noch in Unkenntnis der Absicht des Ballplatzes, den Bruch mit Serbien herbeizuführen. Der Engländer ist auf dem Land, der Russe ist vorgestern abend auf Urlaub über Petersburg nach seinen Gütern abgereist und Herr Dumaine hat gestern noch den Versuch gemacht, dem Ersten Sektionschef Baron Macchio zu empfehlen, den Bogen nicht zu straff zu spannen.

In Bankkreisen glaubt man nur mit Widerstreben an den Ernst der Lage und betont den vollkommenen Mangel einer finanziellen Kriegsvorbereitung.

Die Veröffentlichung der Note wird wie eine Bombe wirken.

Nr. 20

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern

Telegramm Wien, den 25. Juli 1914; 9³⁰ nachm.

Serbische Antwort ungenügend. Gesandter Baron Giesl von Belgrad abgereist. Serbien mobilisiert. Hof und Regierung nach Kragujevac abgegangen.

Tucher

Nr. 21

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm Berlin, den 25. Juli 1914; 3²⁰ nachm.

Im Nachgange zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung ersucht wegen einheitlichen Vorgehens im Reich Vermittlung bayerischer Behörden bei Zustellung österreichischer Einberufungsorders oder Bekanntmachung österreichischen Mobilisierungsbefehls zu unterlassen, solange nicht auch deutsche Mobilisierung. Dagegen Eisenbahnerleichterungen bei Heimschaffung österreichischer Wehrpflichtiger genehm.

Näheres hierüber direkt vom Reichseisenbahnamt.

Schoen

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 273

Wien, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Die Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung in den gestrigen Morgenblättern hat hier in Wien, da weder Zeit noch Inhalt genauer bekannt war, eine grosse Bewegung hervorgerufen.

Der entschiedene Schritt der Regierung wurde allgemein zustimmend besprochen und die Notwendigkeit betont, dass man aus dem Handel und Wandel lähmenden Verhältnis zu Serbien endlich einmal herauskommen müsse. Diese Entschlossenheit hörte man schon seit einiger Zeit am lautesten in den Kreisen der Industrie und Finanz äussern.

Den gestrigen Tag über war die Physiognomie der Stadt die gewöhnliche; abends machte sich in den öffentlichen Lokalen und Gärten, wo Musikkapellen konzertierten, eine gehobene Stimmung bemerkbar; überall wurden patriotische Weisen, zuerst „Prinz Eugen, der edle Ritter“, dann „O du mein Österreich“, der Radetzkymarsch und „Gott erhalte“ gespielt, woran sich würdevolle Demonstrationen knüpften.

Die Ansichten, dass Serbien die Forderungen nicht annehmen könne oder dieselben annehmen werde, hielten sich die Wage; auch bis heute nachmittag besteht vollkommene Unsicherheit und ist die Spannung aufs höchste gestiegen.

Noch bevor die Entscheidung hier bekannt sein wird, kann ich mir nicht versagen, auszusprechen, dass im Falle der Annahme der demütigenden Bedingungen Österreich-Ungarns seitens Serbiens zwar der Friede, zugleich aber auch der Zustand erhalten wird, der zu allen unheilvollen Beunruhigungen Veranlassung gibt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Serbien die neuen Versprechungen besser hält, als die 1909 gegebenen, nicht nur, weil die Versprechungen unter Zwang gegeben sind, sondern auch, weil sie das Aufgeben von Aspirationen enthalten, die den Serben von heute in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Ich fürchte vielmehr, dass die Pflicht und das Streben der österreichisch-ungarischen Regierung, Serbien zur Erfüllung seiner Versprechungen anzuhalten, beständige Reibereien mit sich bringen, die schliesslich doch zum Austrag mit den Waffen führen, aber in einem Augenblicke, den Russland bestimmt, weil er ihm besser konveniert als der gegenwärtige.

Tucher

Der Gesandte in Paris an den König

Bericht 317/XXIX

Paris, den 25. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Der dem Präsidenten Poincaré nahestehende politische Korrespondent des Gaulois, Herr René d'Aral, hat in dem hier alleruntertänigst angeschlossenen Leitartikel¹⁾ zur Reise des Präsidenten nach Russland sehr treffend bemerkt, dass die grosse Menge nicht immer die Tragweite der einzelnen Etappen des gewaltigen Schachturniers zu erfassen vermöge, das sich zwischen den Kanzleien der Grossmächte abspiele.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die französische Politik einen engeren Anschluss zwischen Russland und England anstrebt, um dadurch die Schlagfertigkeit der Triple-Entente zu erhöhen.

Dieses Ziel ist hier während des Besuches des Königs von England in diesem Jahre verfolgt worden und es hat auch der jetzigen Reise des Präsidenten nach Russland vorgeschwebt.

Internationale Kundgebungen pflegen in Frankreich stets von langer Hand vorbereitet zu werden; sie werden regelmässig künstlich durch eine Reihe von Gefälligkeiten und Höflichkeitsakten angebahnt, die, aus dem Zusammenhange herausgerissen, rasch vergessen werden, aber doch für den gewollten Erfolg typisch und häufig unentbehrlich sind.

So ist von der Presse ein Vortrag kaum besprochen worden, den Lord Esher auf Einladung der Sorbonne kürzlich vor dem Besuch des Königs von England in Paris gehalten hat.

Die Rede des Lord Esher ist interessant und bitte ich dieselbe in einem Ausschnitt der Revue bleue vom 9. Mai ds. Js. alleruntertänigst hier anschliessen zu dürfen.

Eine weitere Gefälligkeit war die Veranstaltung einer englischen Ausstellung der dekorativen Kunst im Louvre mit den daran sich knüpfenden Auszeichnungen und Lobartikeln. (Bericht vom 13. v. Mts. Nr. 242).

Ihr folgte eine Ausstellung französischer Kunst in London unter dem Protektorat der Comtesse de Greffulhe. (Bericht vom 3. Juli ds. Js. Nr. 276).

Ferner wurde hier eine Ausstellung englischer Architektur im jeu de Paume des Tuileriengartens veranstaltet, die gleichfalls von der Presse und Fachliteratur sehr gefeiert wurde.

So wurde innerhalb weniger Monate dreimal die Kunst in auffallender Weise vor den Staatswagen der Politik gespannt.

Kaum war der englische Königsbesuch vorüber, veranstaltete in England das comité franco-anglais eine Rundreise durch England,

¹⁾ Die erwähnten Zeitungsausschnitte liegen dem Berichte bei.

welche die Franzosen mit allen Teilen der Bevölkerung vertraut machen sollte.

Ein diesbezüglicher Bericht aus London ist hier gleichfalls angeschlossen.

Ferner erschienen hier dutzendweise lange Artikel über die Neuhebridenfrage und ihre Vorgeschichte, welche der englischen öffentlichen Meinung zeigen sollten, wie sehr Frankreich zu weiteren Abmachungen und Zugeständnissen geneigt sei. Ein solcher aus dem Correspondant vom 25. vor. Mts. ist als Beispiel hier alleruntertänigst beigelegt.

Gleichzeitig wurden die Bürgermeister der grossen englischen Städte mit jenen von Petersburg, Moskau, Amsterdam, Gent, Lüttich, Madrid, Toledo usw. eine Woche hindurch von den hiesigen Stadtvätern gefeiert.

Auch diese Bürgermeisterzusammenkunft von verbündeten oder befreundeten Ländern war eine Neuheit und musste notwendig eine gewisse Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der fraglichen Länder ausüben.

Einen Ausschnitt aus dem Excelsior vom 3. Juni ds. Js., der die anlässlich der Bürgermeisterzusammenkunft auf dem hiesigen Rathaus gehaltenen Reden enthält, ist hier beigelegt.

Kurz nach den Bürgermeistern erschien eine recht stattliche russische Studenten-Abordnung auf Einladung der Vereinigung für Tourismus in Paris, die durch ihre Uniform auffiel und überall aufs wärmste begrüsst wurde.

Dann traf der russische Marineminister hier ein, dem tagelang ganze Spalten in der französischen Presse gewidmet waren.

Der Ministerpräsident Viviani gewährte gleichzeitig der Nowoje Wremja das hier angeschlossene interessante Interview.

Schliesslich kam wie auf Bestellung die angebliche Erklärung des englischen Botschafters in Petersburg, dass die öffentliche Meinung in England für einen engeren Zusammenschluss mit Russland reif sei.

Inwiefern diese Erklärung des englischen Botschafters, sowie die Entsendung des englischen Geschwaders nach Russland und die Einladung des russischen Generalstabschefs zu den englischen Manövern auf französischen Einfluss zurückzuführen ist, lässt sich schwer feststellen. Immerhin ist es aber naheliegend, dass etwaige diesbezügliche Wünsche der französischen Politik nach allen vorangegangenen Liebenswürdigkeiten schwerlich auf starken Widerstand weder in England noch in Russland gestossen sein dürften.

Wenn auch die offiziellen Trinksprüche in Petersburg nicht aus dem üblichen Rahmen solcher Kundgebungen herausfallen, so enthält doch die Ansprache des Präsidenten an die französische Kolonie auf der französischen Botschaft manche lehrreichen Andeutungen, die tief in den Organismus der französischen auswärtigen Politik hineinleuchten.

Es ist dies der Hinweis auf den gewaltigen Einfluss der instituts français in Petersburg, London, Madrid und Florenz, die gewisser-

massen das Gerippe der zunehmenden französischen Propaganda im Ausland bilden.

Die in der Rede enthaltene Zusammenstellung aller Faktoren des französischen Einflusses in Petersburg in Gestalt von Schulen, Vereinen usw. verdient ebenfalls Beachtung.

Die diesbezügliche Rede des Präsidenten ist hier alleruntertänigst beigelegt.¹⁾

Bemerkenswert ist auch, dass bereits der Gedanke aufgetaucht ist, ein analoges, russisches Institut in Paris zu gründen, das die Franzosen im eigenen Lande über alle russischen Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse aufklären soll.

So wird von russischer und französischer Seite nichts versäumt, um den Bund immer mehr zu befestigen und durch bleibende Einrichtungen gegen alle Eventualitäten der Zukunft zu sichern.

Die Rückreise des Präsidenten über Stockholm, Kopenhagen und Norwegen charakterisiert den geheimen Wunsch der französischen Politik, auch diese Länder im Bann der Triple-Entente zu sehen.

Der Zufall wollte es, dass ich kürzlich mit dem ehemaligen Privatsekretär des Ministerpräsidenten Kokowzeff, Graf Üxküll, zusammentraf, der jetzt an der hiesigen russischen Botschaft attachiert ist.

Letzterer teilte mir bezüglich der russischen Grenzbahnen und den darüber erschienenen bekannten Artikel des Correspondant (Bericht vom 25. März l. Js. Nr. 107) mit, dass Herr Kokowzeff den Inhalt dieses Artikels durchaus nicht gebilligt habe.

Auf der Reise von Rom hätte Herr Kokowzeff ihn beauftragt, in seinem Namen in diesem Sinne an den russischen Botschaftsrat in Berlin zu schreiben.

Die Grenzbahnen seien ursprünglich Privatbahnen gewesen und die Regierung sei denselben nur um deswillen beigelegt, um den Betrieb derselben aufrecht erhalten zu können.

Ritter

Nr. 24

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 83

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Über das österreichische Ultimatum hat gestern eine russische Ministerratssitzung stattgefunden. Der Ministerrat hat beschlossen, den Grossmächten mitzuteilen, dass die russische Regierung in dem österreichisch-serbischen Konflikt eine internationale Angelegenheit erblicke, weil und soweit das Ultimatum sich auf die durch Art. 25

¹⁾ Liegt bei.

des Berliner Traktats behandelten Verhältnisse beziehe. Gleichzeitig fordert die russische Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten 48stündigen Frist.

Die heutigen Morgenblätter bringen eine offizielle Erklärung der russischen Regierung zu dem Ultimatum, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz in der Anlage ganz gehorsamst überreiche.¹⁾

Der Schlusssatz dieser Erklärung, dass Russland dem österreichisch-serbischen Zusammenstoß gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, spiegelt die tatsächlich im russischen Kabinett durch das in solcher Schärfe nicht erwartete Ultimatum hervorgerufene Erregung wieder.

In der Presse, die ihre unfreundlichen Gefühle schon seit dem Attentat von Serajewo nicht zu beherrschen vermochte, wird der während der Balkankrise angesammelte Hass gegen Österreich von neuem aufflammen. Bis jetzt liegen mir nur die Äusserungen der hier erscheinenden deutschen Zeitungen vor. Während die „Petersburger Zeitung“ zwar den Ernst der Situation und die Gefahr eines europäischen Konflikts betont, aber das Vorgehen Österreichs verständlich zu beurteilen bemüht ist, prophezeit der „Herold“ Österreich die tödliche Feindschaft der slawischen Welt für die Demütigung und Verhöhnung Serbiens und nennt das Ultimatum ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

Grunelius

Nr. 25

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Berlin, den 26. Juli 1914; 1⁵⁰ nachm.

Zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung und Kanzler persönlich ersuchen dringendst, jede Mitwirkung bayerischer Behörden bei Zustellung oder Bekanntmachung österreichischer Mobilmachungsorder zu unterlassen, da solche Neutralitätsbruch erschiene.

Österreichische Botschaft hier völlig einverstanden. Österreichische Regierung hat Konsulate in diesem Sinne angewiesen.

Strengste Geheimhaltung der Eisenbahnerleichterungen erforderlich.

Schoen

¹⁾ Sie lautete: „Die Regierung ist über die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des Ultimatus Österreich-Ungarns an Serbien sehr besorgt.“

Die Regierung verfolgt sorgsam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Zusammenstoßes, dem gegenüber Russland nicht gleichgültig bleiben kann.“

Nr. 26

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des ÄussernTelegramm St. Petersburg, den 26. Juli 1914 2³⁰ vorm.

Höre zuverlässig, dass heutiger Ministerrat Krieg beschlossen hat, sobald Österreich Serbien angreift; alle Manöver abgesagt, Truppen in Garnison zurückbeordert. Mobilisation in Kiew, anscheinend auch Moskau—Warschau. Stimmung in Militär-Kreisen sehr kriegerisch.

Grunelius

Nr. 27

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des ÄussernTelegramm St. Petersburg, den 26. Juli 1914; 2¹⁸ nachm.

Sasonow erklärt heute an deutschen Botschafter, dass Russland europäischen Krieg nicht will, er bittet deutsche Mitwirkung zwecks Ausgleich; Mobilisation nur für Kiew—Odessa bestätigt.

Grunelius

Nr. 28

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des ÄussernTelephonische Meldung ¹⁾ Berlin, den 26. Juli 1914; 7⁰⁰ nachm.

Nach Erkundigung bei Herrn von Stumm telephonisch dahin beantwortet, dass S. M. der Kaiser heute nacht nach Potsdam zurückkehre, dass es aber bei der Möglichkeit rascher Rückkehr nach München nicht erforderlich und, um nicht unnötig Unruhe zu erregen, auch nicht einmal ratsam sei, wenn S. M. der König die beabsichtigte Landesreise aus politischen Gründen aufgebe.

Eine Anfrage der sächsischen Regierung, ob die Rückkehr S. M. des Königs von Sachsen, der zurzeit in Tirol weile, veranlasst erscheine, sei gleichfalls in obigem Sinne, d. h. negativ, beantwortet worden.

Schoen

¹⁾ Antwort auf telegraphische Anfrage Ministeriums des Äussern vom 26. Juli 12⁴⁵ nachm., „ob Kaiserreise unterbrochen wird“ und ob „König achttägige Inlandreise, zunächst Bayreuth, absagen“ (soll).

Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 400

Berlin, den 26. Juli 1914

Die Nachricht von der Ablehnung der Forderungen Österreichs durch Serbien, die hier gestern am späten Abend bekannt wurde, ist von der Bevölkerung von Berlin mit warmer Anteilnahme für die verbündete Donaumonarchie aufgenommen worden. Allenthalben bildeten sich Menschengruppen, die sich zu grossen Zügen verbanden und unter Absingung patriotischer Lieder und unter Hochrufen auf die verbündeten Häuser Hohenzollern und Habsburg vor dem Schloss, dem Palais des Reichskanzlers und der österreichisch-ungarischen Botschaft demonstrierten. Was diesen Demonstrationen, die auch heute noch fortauern, ihren besonderen Stempel aufdrückt, ist der Umstand, dass die Teilnehmer sich nicht, wie dies hier sonst der Fall zu sein pflegt, aus den unteren Schichten der Bevölkerung zusammensetzten, sondern überwiegend den gebildeten Ständen angehören, ein Beweis, wie sehr im Publikum Verständnis dafür besteht, dass es sich bei dem Kampfe, dem die Donaumonarchie entgegengeht, im Grunde um die Abwehr des slawischen Ansturms gegen germanisches Wesen handelt, und daher der Kampf auch für uns geführt wird.

Leider haben die Demonstranten, anstatt sich damit zu begnügen, ihre Sympathie für Österreich zu bekunden, sich auch zu einigen, wenn auch nicht sehr bedeutenden, unfreundlichen Kundgebungen vor der russischen Botschaft und vor der serbischen Gesandtschaft verleiten lassen. Dieser Umstand hat Anlass zu einem mit „Ruhig Blut“ überschriebenen Artikel gegeben, der in einem soeben erschienenen Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers“ enthalten ist und in dem es, offenbar offiziös, heisst:

„Demonstrationen gegenüber den Vertretern der beteiligten und unbeteiligten Mächte, die die Interessen ihrer Länder mit der gleichen Würde vertreten wie die unsrigen im Auslande, sind sinn- und zwecklos, sind Übel in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Das sollte für jeden unserer Mitbürger ausnahmslos die Parole sein für die kommenden Tage!“

In dem Auswärtigen Amt, in dem ich heute wiederholt Erkundigungen eingezogen habe, liegen an positiven Nachrichten nur die der Ablehnung der österreichischen Forderungen durch Serbien mit dem darauffolgenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der teilweisen Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Armee vor.

An amtlichen Meldungen aus Russland fehlt es mit Ausnahme eines Telegramms des Militärbevollmächtigten bis zur Stunde voll-

kommen. General v. Chelius berichtet auch nur, dass die österreichische Note im russischen Hauptquartier grosse Erregung hervorgerufen habe, und dass von der Absicht, mobil zu machen, gesprochen werde. Auch die Agenten des Grossen Generalstabes melden von Massnahmen, die auf den Beginn der Mobilmachung in Russland schliessen lassen.

Dass die ablehnende Haltung der serbischen Regierung nicht ohne Zutun Russlands erfolgt ist, gilt im Auswärtigen Amt als sicher. Die Situation wird daher an massgebender Stelle „als durchaus kritisch“ beurteilt. Gleichwohl hält man hier in der Hoffnung fest, dass England und Frankreich, denen beiden zurzeit ein europäischer Krieg im höchsten Masse unwillkommen wäre, auf Russland in mässigendem Sinne einwirken werden.

Die Meldung einiger Pariser Blätter, dass Deutschland bei der französischen Regierung eine Demarche unternommen habe, der der Charakter einer Drohung zukomme, ist durchaus unzutreffend. Die Reichsleitung hat vielmehr, wie ich es Ew. Exz. schon vor 8 Tagen als ihre Absicht anzukündigen die Ehre hatte¹⁾, in Paris, Petersburg und London gleichmässig dahinzielende Schritte unternommen, dass die Mächte den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachten, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Weder auf dem Auswärtigen Amt noch auf der österreichisch-ungarischen Botschaft liegen irgendwelche Nachrichten aus Belgrad vor, wo, nach Zeitungsmeldungen, schon geschossen werden soll. Da Projektile auf dem österreichischen Donauufer nicht wahrgenommen wurden, würde es sich, nach diesen wenig wahrscheinlichen Gerüchten, um in Belgrad ausgebrochene innere Unruhen handeln. Ob etwa von österreichischer Seite schon mit einer kriegerischen Aktion begonnen worden ist, ist hier gleichfalls nicht bekannt.

Der Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Alt-Serbien ist von Deutschland übernommen worden. In den neu-serbischen Gebieten, in denen Deutschland keine Konsulate unterhält, wohl aber Italien, soll dieser Schutz den italienischen Behörden übertragen werden.

Bei dem Ernst der Lage, bei der auch für uns rasche Entschlüsse sich als nötig erweisen können, erschien sowohl dem Kaiser wie der Reichsleitung die Rückkehr Sr. M. erwünscht. S. M. werden heute nacht in Potsdam eintreffen.

v. Schoen

¹⁾ Siehe Bericht 386 vom 18. Juli. (A; I, S. 4 ff.)

Nr. 30

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 274

Wien, den 26. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Der serbische Ministerpräsident Pasitsch hat dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad gestern abend vor 6 Uhr die Antwort seiner Regierung auf die ihr 48 Stunden vorher überreichte Note überbracht. Da Baron Giesl die Antwort ungenügend fand, notifizierte er dem Minister den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verliess um 6 Uhr 30 mit dem Gesandtschaftspersonal Belgrad. Den Schutz über die in Serbien bleibenden Österreicher und Ungarn hat die deutsche Gesandtschaft übernommen. Schon nachmittags 3 Uhr ist die Mobilmachung des serbischen Heeres angeordnet worden, der Hof und die Regierung werden nach Kragujevac verlegt.

Vorstehende Nachrichten wurden gegen 8 Uhr abend hier bekannt, nachdem am Nachmittag durch das Abendblatt der Neuen Freien Presse ein Telegramm verbreitet worden war, nach welchem Serbien die Bedingungen Österreich-Ungarns unter Protest angenommen habe. Es scheint in Belgrad tatsächlich ein Umschwung stattgefunden zu haben, derselbe wird durch Eingreifen Russlands und der Militärpartei erklärt.

Die Nachricht von der Abreise des Gesandten und der Mobilisierung Serbiens wurde in Wien überall in den Lokalen, öffentlichen Gärten und auf den Strassen mit patriotischen Kundgebungen begrüsst; vor dem Kriegsministerium stand schon am Nachmittage eine grosse Zahl Ungeduldiger, die alsbald in stürmische Demonstrationen ausbrach. Die am Feierabend auf dem Ring zusammenströmende Menge teilte sich in Gruppen, die nach der deutschen und italienischen Botschaft zogen oder sich in die innere Stadt, nach dem Ministerrats-Präsidium und dem Ministerium des Äussern wandten, überall patriotische Lieder, darunter „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“ singend und Hochrufe auf Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm ausbringend; in den Gärten, wo Musiken spielten, hörte man immer wieder die gleichen Weisen ertönen und unzählige Male „Gott erhalte“ anstimmen. Diese Manifestationen dauerten bis nach Mitternacht; die Ordnung wurde nirgends gestört; ein Versuch, vor die serbische Gesandtschaft zu ziehen, scheiterte an den Vorkehrungen der Polizei.

Der heutige Tag brachte eine Reihe von behördlichen Verfügungen, so die Ankündigung einer teilweisen Mobilisierung und teilweisen Einberufung des Landsturms durch die Statthalterei. Entgegen früheren Bestimmungen sollen nachstehende Armeekorps mobilisiert werden: Hermannstadt, Temesvar, Agram, Serajewo, Ragusa, Graz, Prag und Josephstadt; das erstere soll wegen der un-

sicheren Haltung Rumäniens vorerst nicht in Aktion treten, in der Heranziehung der beiden letzteren erblickt man eine Vorsichtsmassregel gegen die Tschechen. Mit einiger Spannung sieht man dem Verlauf der Einrückungen in den slavischen Landesteilen entgegen.

Um den Kursstürzen etwas Einhalt zu tun und dem Publikum Zeit zum Überlegen zu lassen, hat die Börsenkammer beschlossen, die Börse drei Tage zu schliessen. Wenn der Krieg mit Serbien lokalisiert bleibt, so verfügt die Regierung über genügende Geldmittel für die nächsten Wochen; es ist eine Finanztransaktion geplant, welche später zur Durchführung gelangen soll, man spricht von der Ausgabe von Schatzscheinen. Sollte der Krieg grössere Ausdehnung annehmen, so müssen umfangreichere Aktionen unternommen werden.

Vom nächsten Dienstag an wird der Personenverkehr auf den für die Truppentransporte in Betracht kommenden Eisenbahnen auf je einen Personenzug täglich in jeder Richtung beschränkt. Auf der Westbahn tritt eine solche Einschränkung vorerst nicht ein.

Bis heute Mittag ist auf dem Ballplatz ein Schritt Russlands und Frankreichs im Sinne einer Intervention nicht erfolgt.

Tucher

Nr. 31

Der Gesandte in Paris an den König

Bericht 318/XXX

Paris, den 26. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Die französische Regierung, die französische Presse und die französische öffentliche Meinung haben sich durch die Überreichung der österreichischen Note an die serbische Regierung in ungeahnter Weise überraschen lassen.

Deputierte und Senatoren haben nach den aufregenden Debatten über die Einkommensteuer der Metropole den Rücken gekehrt, und Paris ist seitdem wie ausgestorben.

Alle Botschafter mit Ausnahme des Freiherrn von Schoen sind von Paris abwesend. Der italienische Botschafter Herr Tittoni ist in Island.

Die Gesandten der Triple-Entente waren nicht in Belgrad und die beruhigenden Erklärungen des Grafen Berchtold an den russischen Botschafter Schebeko in Wien vor Antritt seines Urlaubs liessen hier niemand an einen bevorstehenden Konflikt glauben.

Die Leitung des Ministeriums des Äussern ist dem in auswärtiger Politik wenig erfahrenen Siegelbewahrer Bienvenu Martin übertragen.

Mit dem Conseilpräsidenten und Minister des Äussern Herrn Viviani nimmt auch der Kabinettschef Gesandter de Marguerie an der offiziellen Reise des Präsidenten nach Russland und den skandinavischen Ländern teil.

Herr Cambon in Berlin wollte eben seinen grossen Sommerurlaub antreten, und am Donnerstag kündigte die Pariser Presse noch die unmittelbar bevorstehende Abreise des deutschen Botschafters nach Deutschland an.

Dies alles lässt erkennen, wie gänzlich unvorbereitet die plötzlich auftretende Kriegsgefahr die hiesigen politischen Kreise angetroffen hat.

Ich befand mich Freitag, den 24. mittag, bei dem Kaiserlichen Botschafter, als er eben von der österreichischen Note Kenntnis erhalten hatte, über deren Schärfe er nicht wenig erstaunt war. Die Morgenblätter hatten die Note noch nicht gebracht.

Auf der Börse hat die Note eine wahre Panik erzeugt. Die Rente fiel auf 78. Nur einer scharfen Massnahme des Syndikats der Börsen-Agenten ist es zu danken, dass nicht noch tiefere Kurse der Rente zur Notierung kamen.

Eine diesbezügliche Betrachtung aus dem Gaulois vom Heutigen ist hier alleruntertänigst angeschlossen.

Die von dem Kaiserlichen Botschafter auftragsgemäss verlesene Erklärung, dass unberechenbare Folgen eintreten könnten, wenn der Konflikt nicht zwischen Wien und Belgrad lokalisiert bliebe, ist von der Presse sehr verschieden gedeutet worden.

Während man anfangs in derselben einen konzilianten Schritt erblicken wollte, war man später überwiegend geneigt, darin ein an die französische Adresse gerichtetes „hands off“ zu erblicken. Dazu trug besonders der Umstand bei, dass nicht eine analoge Demarche von deutscher Seite gleichzeitig in England und Russland gemacht worden ist.

Viel besprochen wird auch eine angebliche Äusserung des Kaiserlichen Botschafters, der nach Verlesung seiner Erklärung hinzugefügt hätte: „Tout . . . plutôt que la continuation de la crise économique actuelle.“

In hiesigen Klubkreisen verschliesst man sich nicht der Berechtigung österreichischer Reklamationen, sofern die Mitschuldigkeit serbischer Beamter und Vereine aus dem gesammelten österreichischen Aktenmaterial sich ergeben sollte. Dagegen findet die Form der Note grösstenteils Missbilligung.

Ritter

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 84

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

Euer Exzellenz beehre ich mich meine telegraphischen Meldungen von heute nacht und heute mittag zu bestätigen und bitte ganz gehorsamst, da Zeit drängt, um diesen Bericht mit sicherer Gelegenheit heute zu expedieren, im Telegrammstil die mir zugekommenen Nachrichten rekapitulieren zu dürfen.

Während Russland anscheinend zunächst kriegerisches Eingreifen nur für den Fall territorialer Schädigung Serbiens vorgesehen, hat gestriger Ministerrat — auf Bereitschaftsversicherung (trotz innerer Unruhen) durch Kriegsminister — Krieg schon im Falle österreichischen Angriffs auf Serbien beschlossen.

Mobilisationsnachricht bestätigt sich bis jetzt nur für Bezirke Kiew und Odessa. Manöver und Revuen sind abgesagt, Truppen in Garnisonen zurückbeordert.

Militärattaché von Eggeling und General von Chelius berichten von gestriger Revue in Krasnoje, dass auf Bekanntwerden des Ministerratsbeschlusses unter Militärs grosse Erregung. Persönliche Beförderung der Kriegsschüler zu Offizieren durch Kaiser auf Parade-feld drei Monate vor üblichem Termin. Gestern abend im Theater Krasnoje stürmische Ovationen für Kaiser unter wiederholtem Absingen der Hymne. Bei Diner toastet Stallmeister Grünwald mit seinem Nachbar von Chelius auf Wiedersehen in besserer Zeit. Österreichischer Angriff wurde in russischen Militärkreisen gestern abend bestimmt erwartet.

Graf Pourtalès heute über längere Unterredung mit Sasonow optimistisch gestimmt. Sasonow erklärt, dass Russland europäischen Krieg, den keine Regierung verantworten könne, nicht will. Er beschwört Graf Pourtalès um Mitwirkung Deutschlands, damit Brücke gefunden werde, die eine Beilegung des drohenden Konflikts ermögliche.

Graf Pourtalès hat bei Sasonow Mitteilung an Presse erwirkt, dass österreichische Note nicht vor Überreichung in Berlin vorgelegen und im Wortlaut gebilligt worden ist. Abdruck der von deutscher Botschaft in russisch und französisch abgefassten Pressemitteilung wird nach Hoflager Peterhof geschickt. Diese Aktion richtet sich besonders gegen Hetzartikel der Nowoje Wremja.

Graf Pourtalès wird bei Sasonow vorstellig, weil französischer Botschafter Paléologue hier in Gesellschaft (direkt dem italienischen

Botschafter gegenüber) äussert, dass Deutschland zum Krieg treibt, es handle sich nicht mehr um serbische Frage, sondern um deutsch-russischen Konflikt.

Auf Botschaft liegen Telegramme aus Paris und London (via Berlin) vor. Grey betont Notwendigkeit, Krieg zu verhüten, aus seinen Worten hervorgeht, dass England seine Anteilnahme an eventuellem Krieg ausschliesst; er spricht nur von Krieg zwischen Deutschland, Österreich, Russland, Frankreich. Er spricht für Aktion der Grossmächte zum Ausgleich zwischen Russland und Österreich, Genugtuung seitens Serbiens unerlässlich. Monarchisch regierte Staaten müssen sich über notwendige Massnahmen gegen Serbien einigen.

Äusserungen französischen Justizministers an Botschafter Schoen haben auch Tendenz, Krieg zu verhüten unter Annahme guten Willens zur Genugtuung seitens Serbiens.

Auf Zuspruch des Grafen Pourtalès wird Sasonow heute österreichischen Botschafter empfangen, um Zusicherung entgegenzunehmen, dass Österreich keine territorialen Absichten gegen Serbien hat.

Grunelius

Nr. 33

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, 27. Juli 1914; 1¹² vorm.

Nach Unterredung mit Szápáry hält Sasonow Einigung über Serbien Note möglich wenn Wien zu Änderungen bereit. Sasonow auf Vorschlag Pourtalès zu Versuch dieses Wegs bereit. Russische Militärs anregen bei General Chelius Telegramm deutschen Kaisers an Zaren mit Appell an Monarchie.

Grunelius

Nr. 34

**Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des
Äussern**Telegramm Berlin, den 27. Juli 1914; 1⁴⁵ nachm.Lage findet nach Mitteilungen aus Petersburg vorerst ruhige
Beurteilung.

Schoen

Nr. 35

**Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im
Ministerrate**

Bericht 402 Berlin, den 27. Juli 1914

Wie ich Ew. Exz. telegraphisch gehorsamst gemeldet habe,¹⁾ wird die Lage heute im Auswärtigen Amt weniger kritisch beurteilt, als es gestern der Fall war. Es hat sich nämlich inzwischen erwiesen, dass die gestern verbreiteten russischen Mobilmachungsmeldungen den Tatsachen zum mindesten vorauseilen.

Sowohl Herr Sasonow als der russische Kriegsminister haben, und zwar dieser ehrenwörtlich, dem Grafen Pourtalès versichert, dass kein Befehl zur Mobilisierung, auch nicht zu einer teilweisen, ergangen sei. Nach einer Meldung des deutschen Militärattachés sollen allerdings vorbereitende Massnahmen für eine eventuelle Mobilmachung in ziemlich weitgehendem Masse getroffen werden, aber vor dem Erlass der Mobilmachungsordre scheidet die russische Regierung offensichtlich in der Erkenntnis der Folgen, die dieser Schritt haben würde, noch zurück. Man dürfte sich in Petersburg darüber klar geworden sein, dass Deutschland ihr schon deshalb nicht ruhig zusehen würde, um nicht den Vorsprung zu verlieren, den unsere schnellere Kriegsbereitschaft uns bietet.

So wird man von Petersburg aus in den nächsten Tagen zunächst mit diplomatischen Mitteln versuchen, das Ärgste von Serbien abzuwenden. Kritisch wird die Lage, wie Herr v. Stumm mir heute sagte, erst in dem Augenblick werden, in dem die österreichisch-ungarische Armee in Serbien einrückt. Dies wird aber nach einer Äusserung, die General Conrad v. Hötzendorf dem Botschafter Freiherrn v. Tschirschky gegenüber gemacht haben soll, nicht vor dem 10., vielleicht erst am 12. August der Fall sein.

Dass Frankreich alles tun wird, um Russland von kriegerischem Vorgehen abzuhalten, beweist die Haltung der französischen Presse.

¹⁾ Siehe B, 34.

Wie gross die Bestürzung in Paris war, zeigt der Umstand, dass die französische Rente an der vorgestrigen Börse einen Tiefstand erreicht hat, wie er seit dem Jahre 1870 nicht verzeichnet worden ist, und der die Schliessung des Rentenmarktes nötig gemacht hat.

Was die von den Zeitungen gebrachte Meldung von einer Vermittlungsaktion der Mächte betrifft, so habe ich von dem Gesandten Grafen Mirbach erfahren, dass Sir Edward Grey allerdings eine *démarche à quatre* (Deutschland, England, Italien, Frankreich) angeregt hat. Bei dieser *démarche* könnte es sich aber nicht um eine Vermittlung zwischen Österreich und Serbien handeln, da Österreich eine solche als unfreundliche Einmischung empfinden würde, sondern nur um Bemühungen, die die Lokalisierung des Konflikts zum Ziele haben.

Die italienische Regierung hat, wie heute auch amtlich bekanntgegeben worden ist, dem Wiener Kabinett erklären lassen, dass sie in einem allenfallsigen bewaffneten Konflikt zwischen Österreich und Serbien eine freundschaftliche und dem Bundesverhältnisse entsprechende Haltung einnehmen werde. Sie hat aber, wie ich ganz vertraulich von österreichischer Seite erfahren habe, dabei bemerkt, dass sie auf Grund des Artikels VII des Bündnisvertrages auch bei nur provisorischer Besetzung serbischen Gebiets durch Österreich Kompensationen für sich beanspruchen werde.

In Wien will man eine so weitgehende Auslegung dieses Artikels nicht gelten lassen und hat demgemäss in Rom geantwortet, dass Kompensationen nicht in Frage kämen, da eine dauernde Besetzung serbischen Territoriums österreichischerseits nicht in Aussicht genommen sei. In dem Auswärtigen Amt bedauert man das Auftauchen dieser Kontroverse zwischen Wien und Rom und hätte es, um Italien auf alle Fälle „an der Stange zu halten“, für ratsam gehalten, wenn Graf Berchtold sich dem, zunächst nur vorsorglich erhobenen, italienischen Anspruch gegenüber entgegenkommend gezeigt hätte.

Wie weit die Verhandlungen zwischen Wien und Sofia gediehen sind, ist hier nicht bekannt. Es liegt nur eine etwas unklare Erklärung der bulgarischen Regierung vor, wonach sie in dem Konflikt neutral bleiben werde.

Das Auswärtige Amt hat daher heute nach Sofia zwecks Klarstellung der Haltung Bulgariens telegraphiert.

Auch die Stellungnahme der Türkei ist eine für Oesterreich günstige. Nach einem Telegramm des Grafen Pallavicini an Graf Berchtold hat der Grosswesir den Botschafter der Sympathien der Türkei versichert und ihn zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien beglückwünscht.

Wie mir der serbische Geschäftsträger erzählte, dem ich heute begegnete, wäre die serbische Regierung bereit gewesen, die sämtlichen österreichischen Forderungen mit Ausnahme jener zu erfüllen, die sich auf die Vornahme von Amtshandlungen durch österreichische Organe in Serbien beziehen. Sogar die verlangte Proklamation und den Tagesbefehl an die serbische Armee hätte die Regierung zu-

gestanden und die Verhaftung des angeschuldigten Majors Tankositsch tatsächlich schon vor Ablauf der 48 stündigen Frist vorgenommen.

Der Geschäftsträger glaubt, dass die serbische Armee sich zunächst aus Belgrad zurückziehen werde, damit die Stadt nicht beschossen werden könne. Man werde sich dann auch weiter auf die Defensive beschränken und so vielleicht die Möglichkeit zu weiteren diplomatischen Verhandlungen lassen.

Die Reise des Präsidenten der französischen Republik ist infolge der Ereignisse vorzeitig abgebrochen worden, und auch die Besuche in Petersburg und Stockholm scheinen keinen grossen Erfolg gebracht zu haben.

Wie ich ganz vertraulich erfahren habe, ist die Haltung, die Schweden im Falle eines Krieges zwischen Dreibund und Zweibund einzunehmen erklärt hat, eine derartige, dass sie für alle, die in Petersburg und Paris an die Reise des Herrn Poincaré nach Stockholm irgendwelche dem Zweibund günstige Hoffnungen geknüpft haben, eine bittere Enttäuschung bedeuten würde.

v. Schoen

Nr. 36

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 278

Wien, den 27. Juli 1914

Angekommen 28. 7. 14.

Die österreichisch-ungarische Regierung wird den zu gewärtigenden Versuchen der Ententemächte, den Ereignissen jetzt noch eine friedliche Wendung zu geben, Vermittlungsversuchen, denen gegenüber sie sich ablehnend verhalten müsste, dadurch vorbeugen, dass sie die Kriegserklärung an Serbien herbeiführt, umsomehr als die Feindseligkeiten von gegnerischer Seite heute schon bei Temes-Kubin an der Donau begonnen worden sind.

Was die Lokalisierung des Krieges mit Serbien betrifft, so wird angenommen, dass England und Frankreich auf Russland einwirken, um dessen Eingreifen hintanzuhalten. Es fragt sich, ob der Zar stark genug ist, der Kriegspartei zu widerstehen; inzwischen trifft Russland gewisse militärische Massregeln.

Der König von Rumänien hat erklären lassen, dass er seiner Dreibundpolitik treu bleiben werde, auch der König von Schweden hat geäussert, dass er auf Seite des Dreibunds stehe.

Mit grosser Genugtuung hat man im Ministerium des Äussern von den Österreich-Ungarn freundlichen Demonstrationen in München, insbesondere von der begeisterten Ovation vor der K. und K. Gesandtschaft, Kenntnis genommen.

In Hofkreisen verlautet, dass der Kaiser Franz Joseph bald nach Wien zurückkehren werde, sein Befinden sei das denkbar beste. Die Dauer der Mobilmachung wird auf 14 bis 16 Tage berechnet.

Tucher

Nr. 37

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äußern

Bericht 85

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

Im Anschluss an meinen Bericht vom 26. ds. Mts. Nr. 84¹⁾, unter Bestätigung meines Telegramms von heute nacht beehre ich mich Euer Exzellenz das folgende ganz gehorsamst zu melden.

In gestriger Unterredung haben Minister Sasonow und Botschafter Graf Szápáry den ganzen Wortlaut der österreichischen Note an Serbien durchgesprochen. Minister Sasonow fand einen Teil der Forderungen berechtigt, bei anderen hat er Einwände namentlich gegen die Form zu erheben. Er ersuchte den Botschafter, seiner Regierung eine Modifikation der Note anheimzustellen. Nach der Unterredung, die einen beruhigenden Verlauf hatte, besprach Minister Sasonow mit Graf Pourtalès die Möglichkeiten eines Ausgleichs.

Minister Sasonow regte an, dass die Könige von England und Italien in Wien intervenieren.

Graf Pourtalès machte den Vorschlag — ausdrücklich als seine persönliche Anschauung, ohne Auftrag von Berlin — dass russische Regierung in Wien sondieren lasse, ob Österreich auf eine Revision seiner Note einzugehen bereit sei. Dann sollten die Modifikationen verabredet, von Russland auf Serbien zur Annahme der modifizierten Forderungen und gleichzeitig von dritter Seite auf Österreich zwecks friedlicher Auseinandersetzung eingewirkt werden. Minister Sasonow sagte zu, in diesem Sinne an die russische Botschaft in Wien telegraphieren zu wollen.

Gestern abend hat auf Veranlassung des Herrn Sasonow der russische Kriegsminister den deutschen Militärattaché von Eggeling zu sich gebeten, um ihm die militärische Lage darzulegen. Er hat versichert, dass sich tatsächlich noch kein Korps in Mobilisation befinde, „es sei noch kein Soldat einberufen, kein Pferd ausgehoben“. Es seien nur vorbereitende Massnahmen für Mobilisation und zwar nur an der österreichischen Grenze für Gouvernement Odessa, Kiew, Moskau erlassen; wenn Österreich kriegerisch vorgehe, werde Russ-

¹⁾ Siehe B, 32.

land nur gegen Österreich mobilisieren, nicht gegen Deutschland und nicht in den Gouvernements Wilna, Warschau, Petersburg. Russland wolle keinen Krieg mit Deutschland.

General von Chelius meldet, dass mehrere als monarchisch gesinnte und deutschfreundlich bekannte höhere Militärs ihm den Wunsch kundgegeben hätten, dass Kaiser Wilhelm II. persönlich an den Zaren telegraphieren und ihm unter Appell an monarchische Idee um Mitwirkung zur Vermeidung eines Krieges bitte.

Im Auftrage des Reichskanzlers wird Graf Pourtalès heute dem Minister Sasonow mitteilen, dass russische Mobilisation eine Spitze gegen Deutschland habe, und dass Fortsetzung der russischen Massnahmen sofortige Mobilisation Deutschlands sowohl gegen Russland als gegen Frankreich zur Folge haben werde, was Krieg bedeute. Der Reichskanzler hofft, dass Russland nicht den Krieg entfesseln wird. Da Österreichs territoriales Desinteressement nicht zu bezweifeln und auch Deutschland nicht beabsichtige, die Existenz Serbiens als Staat in Frage stellen zu lassen, könne Russland wohl abwartende Haltung einnehmen. Trotzdem die letzten Unterredungen des Ministers Sasonow mit den beiden Botschaftern Aussichten auf Erhaltung des Friedens eröffnen, hält auch Graf Pourtalès die Lage noch nicht für beruhigend.

Die Ungewissheit über weitere Unternehmungen Österreichs und sein anscheinendes Zaudern verursacht hier nervöse Spannung. Nach der kriegerischen Stimmung vom Samstag erscheint der transigente Ton in der Haltung der Minister Sasonow und Suchomlinow unvermittelt. Die Frage drängt sich auf, ob zuerst nur geblufft werden sollte und ob man jetzt hier die Nerven verloren hat, oder ob das jetzige Verhalten nur „reculer pour mieux sauter“ bedeutet.

Grunelius

Nr. 38

Der Gesandte in Rom an den König

Bericht 222/XVIII

Rom, den 27. Juli 1914

Angekommen 30. 7. 14.

Der hiesige serbische Gesandte hat heute gesagt, dass Serbien nachgeben werde, und Mitglieder der englischen Botschaft haben sich dahin geäußert, dass es nicht zum Krieg kommen werde.

Es ist nun abzuwarten, ob der serbische Gesandte die Wahrheit gesagt hat, und welchen Erfolg die vom Minister Sir Edward Grey vorgeschlagene Vermittlung der vier weniger beteiligten Grossmächte durch eine Konferenz in London haben wird.

Das Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien wird von der italienischen Presse im grossen und ganzen ruhig beurteilt und die

Entwicklung der Ereignisse wird abgewartet. Die italienische Regierung hat durch den Botschafter in Wien erklären lassen, dass sie in der gegenwärtigen internationalen Lage eine freundliche Haltung beobachten werde, wie sie den Bedingungen des Bündnisvertrags entspreche. Es ist nur die Frage, ob im Ernstfall die Auffassung der italienischen Regierung von der Ausdehnung ihrer Verpflichtungen jener der österreichisch-ungarischen Regierung entsprechen wird.

Der Minister des Äußern Marchese di San Giuliano ist heute von Fiuggi hierher zurückgekehrt und wird am 29. Juli dem im Pantheon veranstalteten Gedächtnis-Gottesdienst für Seine Majestät den König Humbert beiwohnen. Er hatte ursprünglich die Absicht, sofort nach dem Gottesdienst Rom wieder zu verlassen, um sich nach Vallombrosa zu begeben, wohin ihm auch der deutsche Botschafter gefolgt wäre, der sich seit Wochen gleichzeitig mit ihm in Fiuggi befunden hat und morgen ebenfalls nach Rom zurückkehren wird.

Bei dem Ernst der Lage und der Schwierigkeit für die hiesigen Diplomaten, mit dem Minister zu verhandeln, wenn er nicht in Rom selbst ist, dürfte er es doch vorziehen, in Rom zu bleiben.

v. d. Tann

Nr. 39

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Paris, den 28. Juli 1914; 9⁰⁰ nachm.

Angekommen 29. 7. 14; 2³⁰ vorm.

Zwei Berichte unterwegs. Presse macht Deutschland für Ausbruch der Feindseligkeiten verantwortlich. Stimmung verschärft. Botschafter hält Lage sehr ernst. Anheimstelle Fonds für Heim-schaffung von Bayern bei Firma Ganz und Comp. bereitzuhalten. Sofortige Ausweisung der Deutschen kaum zu erwarten. Präsident kehrt heute zurück.

Ritter

Nr. 40

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 406

Berlin, den 28. Juli 1914

Das Telegramm Ew. Exz. von vorgestern habe ich gestern vor meiner Abreise noch erhalten. Es war in St. Gilla liegengeblieben,

¹⁾ Vorher erfolgte kurze telephonische Inhaltsangabe nach München.

da man dort irrtümlich annahm, ich sei bereits telephonisch von dessen Inhalt verständigt.

Heute habe ich versucht, den Reichskanzler zu sehen, leider vergeblich, weil er zum Kaiser nach Potsdam gerufen worden war. Vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe habe ich aber erfahren, dass der Reichskanzler beabsichtige, Sr. M. dem König die Lage schriftlich darzulegen, und deswegen mit mir noch sprechen will.

Einstweilen kann ich über den Stand der Dinge auf Grund von Rücksprachen mit anderen Persönlichkeiten folgendes melden:

Der Konferenzvorschlag Greys wird hier für durchaus inopportun gehalten, weil er wegen des Verlangens, dass einstweilen die Feindseligkeiten zu ruhen haben, für Österreich-Ungarn nicht annehmbar ist. Man verdenkt es dem deutschen Botschafter in London, dass er den Versuch unterlassen hat, Sir E. Grey von dem Schritte abzubringen.

Ich gestehe, dass auch auf mich der Vorschlag einen befremdenden Eindruck gemacht hat. Denn wenn der englische Minister erklärt, sich nicht in den Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einmischen zu wollen, so kann er nicht von Österreich-Ungarn verlangen, dass dieses bis zum Spruch der Konferenz Serbien nicht angreift.

Man rechnet hier mit Bestimmtheit darauf, dass in Wien abgelehnt wird, die verlangte Zusicherung zu geben, und dass damit die Konferenz, jedenfalls in der vorgeschlagenen Form, nicht zu Stande kommt.

Sehr wenig erbaut ist man hier, dass Österreich-Ungarn sich ausser Stande erklärt, vor Ablauf von 14 oder mindestens 10 Tagen den Angriff zu eröffnen. Vom militärischen Standpunkt mag diese Vorsicht berechtigt sein. Vom politischen aber nach der hiesigen Ansicht nicht, denn man befürchtet ein gewisses Abflauen des Enthusiasmus, den das entschiedene Vorgehen des Kaiserstaates dort und in Deutschland hervorgerufen hat.

Bisher bin ich hier noch niemand begegnet, der eine bestimmte Ansicht über die weitere Entwicklung der Dinge geäußert hätte. Dass keine der Grossmächte einen europäischen Krieg will, dass namentlich Frankreich und England für eine Lokalisierung des Kampfes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sehr entschieden in Petersburg eintreten, steht ausser Zweifel. Krieg oder Frieden wird also nur davon abhängen, ob die russische Regierung gewillt und im Stande ist, dem Drängen der Panslawisten auf Einmischung Widerstand zu leisten. Sowohl hier als in Wien sind die Militärs der Ansicht, dass die russische Armee nicht fertig ist. Bekanntlich haben aber die Russen sich dadurch bei anderen Gelegenheiten nicht hindern lassen, einen Krieg zu beginnen.

Während ich Ew. Exz. schreibe, erfahre ich, dass Deutschland den Konferenzvorschlag Greys abgelehnt hat.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 41

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des ÄußernBericht 280¹⁾

Wien, den 28. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Euer Exzellenz beehre ich mich anruhend ein Exemplar des Mémoire gehorsamst zu unterbreiten, welches die österreichisch-ungarische Regierung durch ihre Botschafter den Signatarmächten des Berliner Vertrages zugleich mit ihrer Note an die serbische Regierung vom 23. ds. Mts. hat mitteilen lassen.

Das Mémoire gibt Aufschlüsse über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Attentat am 28. Juni und bildet eine Art Begründung des Vorgehens Österreich-Ungarns.

Tucher

P. S. Die Mitteilung des Mémoire ist nicht gleichzeitig mit derjenigen der Note erfolgt, sondern erst jetzt zur Verfügung gestellt worden, da die Drucklegung nicht fertiggestellt war.

Tucher

Nr. 42

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern

Bericht 281

Wien, den 28. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Die Kriegserklärung ist heute erfolgt, morgen ergeht ein Manifest des Kaisers an die Völker. Voraussichtlich werden Seine Majestät am Donnerstag nach Wien kommen, gleichzeitig mit dem Thronfolger, der zurzeit in Ischl weilt. Es ist beabsichtigt, dem Kaiser, der von der loyalen Haltung der Ungarn tief gerührt ist, nahezulegen, für kurze Zeit nach Budapest zu gehen, sich den Truppen zu zeigen

¹⁾ Dem Bericht liegt das Mémoire der Österreichisch-Ungarischen Regierung, eine Druckschrift von XII/32 Seiten 2^o, bei. Abgedruckt in den Farbbüchern Österreichs, Deutschlands und Frankreichs. Tuchers Bericht wurde am 29. Juli präsentiert; am 4. August mit dem Bleistiftvermerk: „Das Mémoire wurde hier vom Österr.-Ungar. Gesandten bereits am 27. ds. Mts. übergeben“ und dem Tintenvermerk „Das Memoire ist bereits Allerhöchsten Ortes unterbreitet worden“ zu den Akten genommen.

und überhaupt den vorhandenen Enthusiasmus durch sein Erscheinen noch mehr zu entfachen.

Mit der Kriegserklärung sind die Versuche der Ententemächte, auf Grund der serbischen Antwortnote noch vor Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, abgeschnitten. Die Botschafter Englands und Russlands, die heute mittag auf dem Ballplatz vorsprachen, konnten auf die bereits erfolgte Kriegserklärung hingewiesen werden.

Die Bemühungen der Mächte zur Herbeiführung der Lokalisierung dauern fort, Russland hat sich noch nicht ausgesprochen und man fürchtet, dass es einer bestimmten Erklärung ausweicht. Einstweilen hat es angedeutet, dass es die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisieren werde, sobald die österreichisch-ungarische Armee die serbische Grenze überschreite. Aus Odessa wird gemeldet, dass dort die Mobilmachung schon angeordnet, aber nicht publiziert sei; der Nachricht ist beigefügt, dass die Massregel auch durch die schwere Besorgnis für die innere Sicherheit veranlasst sein könne. In Warschau, von wo auch militärische Vorkehrungen gemeldet werden, sind Pulvermagazine auf der Zitadelle explodiert, nach offizieller Angabe infolge Blitzschlag.

Die Mobilisierung in Österreich-Ungarn ist im vollen Gange. Die Einrückungen vollzogen sich bis jetzt anstandslos auch in den slavischen Gebietsteilen, die Stimmung wird durchwegs als eine ausgezeichnete geschildert, worüber grosse Genugtuung herrscht.

Tucher

Nr. 43

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Berlin, den 29. Juli 1914; 11⁵⁰ nachm.

Lage infolge russischer und französischer Kriegsvorbereitungsmassnahmen heute abend sehr gespannt. Deutscher Grosser Generalstab für entsprechende Gegenmassnahmen, worüber aber Entscheidung noch aussteht. Meine Unterredung mit Reichskanzler kann erst morgen stattfinden.

Lerchenfeld

Nr. 44

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Telegramm St. Petersburg, 29. Juli 1914; 7⁰⁰ nachm.

Zwischen Sasonow und Pourtalès freundlicher Austausch über Kanzlers Erklärung. Russischer Mobilmachungsbefehl gegen Österreich erfolgt heute abend, angeblich weil Umfang österreichischer Mobilmachung zeigt, dass sie nicht nur gegen Serbien gerichtet. Nach Information der Botschaft erfolgen auch einleitende Vorbereitungen nach deutscher Grenze. Sasonow verneint wiederholt kriegsrische Absicht und äussert Wunsch direkter Verständigung mit Wien.

Grunelius

Nr. 45

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm Paris, 29. Juli 1914; 7³⁵ nachm.

Herr Jswolsky betrachtet Lage sehr ernst. Bisherige russische Zurückhaltung durch Truppenansammlung bedingt. Nach russischem Botschaftsrat Situation désespérée. Französische Presse ruhiger. Diplomatenempfang abgesagt.

Ritter

Nr. 46

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 407 Berlin, den 29. Juli 1914

Mein badischer Kollege hat mir soeben mitgeteilt, dass Minister von Dusch und Herr von Weizsäcker abgemacht haben, persönlich an der Sitzung des Bundesrats teilzunehmen, die etwa wegen der in Rücksicht auf die äussere Lage zu fassenden Beschlüsse einberufen werden würde. Herr von Dusch beauftragte Graf Berckheim, bei Herrn Delbrück anzuregen, dass die Ersten Bevollmächtigten zu der Sitzung eingeladen werden.

Ich habe daraus Veranlassung genommen, Herrn Delbrück zu bitten, die Bundesratssitzung so rechtzeitig anzusetzen und die Ersten Bevollmächtigten telegraphisch zu verständigen, damit die Herren Minister Zeit haben, für die Sitzung nach Berlin zu kommen. Einer besonderen Einladung bedarf es hierzu ja nicht.

Weiter habe ich zu melden, dass Staatsminister Delbrück den Bürgermeister von Berlin aufgefordert hat, für alle Fälle für die Verproviantierung von Berlin Sorge zu tragen. Ferner, dass sich das Reich möglichst viel Getreide zu sichern im Begriffe steht, um die Aufmarschgebiete und die Festungen zu versorgen.

Herr Delbrück bemerkte hierzu, dass, wenn auch das Reich davon ausgehe, dass die Verproviantierung der Bevölkerung Sache der Einzelstaaten sei, er doch geglaubt habe, auch von Reichs wegen in der angegebenen Beschränkung Sorge tragen zu sollen. Dabei ergebe sich die Schwierigkeit, dass alles vermieden werden müsse, was im Ausland den Anschein erwecken könnte, als ob Deutschland zum Kriege dränge. Diesen Gesichtspunkt sollten auch die Bundesstaaten bei ihren Massnahmen nicht aus dem Auge verlieren, solange über Krieg oder Frieden nicht entschieden sei.

Staatsminister Delbrück nimmt übrigens an, dass die Getreideversorgung dank der stehenden Ernte und der Grösse der Vorräte keine Schwierigkeiten machen werde.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 47

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 408

Berlin, den 29. Juli 1914

Die Lage sieht heute vormittag etwas friedlicher aus als gestern abend. Man konnte erwarten, dass die Kriegserklärung Österreichs an Serbien Russland zu einem entscheidenden Schritt veranlassen werde. Dass ein solcher Schritt bisher nicht gemeldet ist, dürfte schon beweisen, dass man in St. Petersburg vorläufig nicht zum Äussersten entschlossen ist. Es liegt aber auch die Nachricht vor, dass Russland den Konferenzvorschlag Greys im Prinzip angenommen hat, sich aber vorbehält, weiter unmittelbar mit Österreich-Ungarn zu verhandeln, und endlich hat nach einer Mitteilung aus dem Auswärtigen Amt Minister Sasonow dem Grafen Pourtalès gesagt, Russland wünsche den Weltfrieden zu erhalten und suche nach dem Wege, dieses Ziel zu erreichen. Von London wird gemeldet, dass Sir Edward Grey dem Fürsten Lichnowsky gesagt habe, England würde in Zukunft mit Deutschland gehen, wenn dieses jetzt das Seine tue, um den Krieg zu vermeiden.

All diesen Nachrichten scheint mir aber nur ein symptomatischer Wert beizumessen zu sein. Eine Klärung der Lage liegt nicht vor.

¹⁾ Telephonische Mitteilung erfolgte vorher um 2⁰¹ nachm.

Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, dass der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfrieden erhalten bleibt.

Wie ich schon gestern Ew. Exz. berichtet habe, ist die Lage dadurch sehr erschwert, dass Österreich-Ungarn dabei bleibt, den Einmarsch in Serbien bis zum 12. August aufschieben zu müssen. Wie es möglich sein wird, die jetzige Spannung so lange dauern zu lassen, ohne dass etwas reisst, scheint mir sehr schwierig.

Ew. Exz. werden die Wolfsche Depesche vom Gestrigen gelesen haben, welche die Antwort Serbiens auf das Ultimatum enthält. Danach wird sich schwerlich bestreiten lassen, dass Serbien fast in allen Punkten den Forderungen Österreich-Ungarns zu entsprechen bereit gewesen ist.

Dass Österreich-Ungarn Zweifel hegt, dass Serbien das gegebene Versprechen auch erfüllt haben würde, ist sicherlich berechtigt, aber andererseits muss das grosse Entgegenkommen Serbiens, es Russland erschweren, diesen slavischen Bruder im Stiche zu lassen.

Ich werde heute den Reichskanzler voraussichtlich sehen und dann wieder berichten.

Die gestrigen sozialdemokratischen Versammlungen und Demonstrationen gegen den Krieg sind ziemlich ruhig verlaufen. Die Stimmung der hiesigen Bevölkerung ist im allgemeinen eine gemessene. Man verlangt nicht den Krieg, aber man hat sich mit dem Gedanken abgefunden.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 48

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 282

Wien, den 29. Juli 1914

Angekommen 30. 7. 14.

Euer Exzellenz beehre ich mich anbei in Abschrift die Verbalnote des K. u. K. Ministeriums des Äussern vom Gestrigen, mit welcher dasselbe die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien mitteilt, gehorsamst zu überreichen.¹⁾

Die erfolgte Kriegserklärung ist in meinem gehorsamsten Bericht vom Gestrigen Nr. 281 gemeldet worden. Die Verbalnote ist gestern abend nach Postabschluss eingelaufen.

Tucher

¹⁾ Beigelegt: Abschrift des französischen Textes der Verbalnote, die der bayer. Gesandtschaft in Wien von der österreichisch-ungarischen Regierung übermittelt worden war.

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des ÄußernBericht 283
Geheim!

Wien, den 29. Juli 1914

Es ist für den strategischen Aufmarsch von höchster Wichtigkeit, baldmöglichst Klarheit über die Absichten Russlands zu erhalten. Lässt es die Lokalisierung zu, so können alle Armeekorps, deren Mobilisierung angeordnet ist, auf den serbischen Kriegsschauplatz gebracht werden. Tritt aber Russland sofort in den Kampf ein, so wird man Serbien gegenüber in der Defensive bleiben und den Schwerpunkt nach Galizien verlegen. Womöglich ist zu vermeiden, dass es Russland überlassen bleibt, den Augenblick seines Eingreifens frei, d. h. etwa dann zu wählen, wenn ein starkes österreichisch-ungarisches Heer in Serbien engagiert ist.

In Rücksicht auf diese Erwägungen finden zwischen Wien und Berlin Gedankenaustausche statt, ob es geraten sei, in Petersburg unter stärkerem Drucke eine Entscheidung zu verlangen; die Botschafter Pourtalès und Szápáry haben bei Herrn Sasonow bereits die Folgen etwaiger militärischer Parteinahme für Serbien angedeutet, aber ohne besondere Wirkung; vielleicht wird ein solcher Hinweis deutlicher wiederholt. Gegen eine direkte Anfrage mit darin versteckter Drohung hat sich der deutsche Reichskanzler ausgesprochen, da Russland und auch England in solchem Vorgehen eine Herausforderung erblicken und letztere Macht, auf deren Neutralität der allergrösste Wert zu legen ist, dadurch auf die Seite Russlands gebracht werden könnte.

Es ist nun Nachstehendes beschlossen worden: Wenn die Entscheidung in Petersburg nicht vorher eintritt oder von dort durch weitgehende militärische Massregeln herbeigeführt wird, sollen in den ersten Augusttagen die böhmischen Armeekorps nach dem südlichen Kriegsschauplatz abgehen und dann der Kampf mit Serbien durchgeführt werden, selbst wenn inzwischen Russland mobilisiert, in welchem Falle man an der galizisch-russischen Grenze in der Defensive bleibt.

Die Auffassung des deutschen Reichskanzlers findet eine Anerkennung ihrer Richtigkeit in einem Telegramm des Grafen Mensdorff, der die Befürchtung ausspricht, Sir Edward Grey könne auf die russische Seite abschwenken, wenn er zur Überzeugung gelange, dass Deutschland den Krieg mit Russland provozieren wolle.

Die hiesige Börse bleibt bis zum 6. August geschlossen.

Tucher

Nr. 50

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 225

Rom, den 29. Juli 1914

Angekommen 31. 7. 14.

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien wurde hier gestern abend etwa um $1/29$ Uhr durch Ausgabe von vierten Auflagen der Abendblätter bekannt. Die Nachricht wurde ohne besondere Aufregung aufgenommen, und in den Strassen war von Demonstrationen nichts zu bemerken. Das Publikum ist der Ansicht, dass der österreichisch-serbische Streit Italien nicht angehe, Italien könne den Zuschauer spielen, es bleibe *alla finestra*.

Der Ansicht, dass Italien an dem Streit nicht interessiert sei, tritt der Berliner Korrespondent des „Giornale d'Italia“ in dem ehrerbietigst angefügten Artikel¹⁾ entgegen. Er sagt, Deutschland habe Interesse daran, dass Österreich-Ungarn nicht als Macht ausgeschaltet werde, weil Deutschland sonst vereinzelt zwischen die feindlichen Mächte Frankreich und Russland eingekeilt würde.

Italien hätte ein Interesse daran, dass Deutschland als Macht erhalten bleibe, weil Italien sonst ganz Frankreich ausgeliefert würde, wobei die Folgen gar nicht auszudenken seien. Deshalb sei Italien an das Schicksal Deutschlands gebunden. Italien dürfe sich nicht desinteressieren; in dem Augenblick, wo Russland sich darüber zu entscheiden habe, ob es mit den Waffen eintreten soll oder nicht, würde es schwer in die Wagschale fallen, wenn es hörte, dass Italien Zuschauer bleiben wolle, während es sonst einen Feind mehr zu bekämpfen haben würde.

v. d. Tann

Nr. 51

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Wien, den 30. Juli 1914; 2¹⁰ vorm.Angekommen 3⁴⁵ vorm

Im Ministerium des Äussern liegen amtliche Nachrichten von der Mobilisierung Russlands vor.

Tucher

¹⁾ Liegt bei.

Nr. 52

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli 1914; 1⁴⁰ nachm.Angekommen 3⁵⁰ nachm.

Reichskanzler mitteilt, dass Deutschland Vermittlungsversuch in Wien macht auf Grundlage, dass Österreich Erklärung in Petersburg wiederholt, keinen dauernden Territorialerwerb zu beabsichtigen und Besitzstand Serbiens nicht tangieren zu wollen, sondern lediglich zu bezwecken, durch temporäre Besetzung Garantien zu erhalten, dass Serbien österreichische Wünsche erfüllt; daneben Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys auf gleicher Basis, der durch Reichskanzler zur ersten Erwägung nach Wien weitergegeben ist. Reichskanzler hat umgehend zustimmende Antwort erbeten. Bis Eintreffen österreichischer Antwort bleibt Zustand der drohenden Kriegsgefahr, worauf Mobilmachung folgen würde, aufgeschoben. Reichskanzler gibt Hoffnung nicht ganz auf, obgleich seine Vermittlungsaktion durch russische Mobilisierung sehr erschwert.¹⁾

Lerchenfeld

Nr. 53

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli 1914; 4⁰⁰ nachm.

Nachricht des „Lokalanzeigers“, dass die deutsche Mobilisierung angeordnet sei, ist falsch.

Lerchenfeld

Nr. 54

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 30. Juli; 7²⁵ nachm.

Grey hat in Wien vorgeschlagen:
Österreich solle Belgrad und andere Plätze besetzen. Dann sollen die Mächte gemeinsam auf Serbien Druck üben, dass es die österreichischen Forderungen annimmt. Kaiser Wilhelm hat soeben telegraphisch von Kaiser Franz Joseph Zustimmung zum Vermittlungsvorschlag erbeten.

Lerchenfeld

¹⁾ Vorher telephonisch nach München berichtet.

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate¹⁾

Bericht 410

Berlin, den 30. Juli 1914

Heute habe ich endlich den Reichskanzler gesehen. Er hatte mich schon wiederholt bestellt gehabt, war aber bisher jedesmal verhindert worden, mich zu empfangen.

Er beauftragte mich, Sr. M. dem König zu melden, dass er seit zwei Tagen mehrere Briefe und Telegramme angefangen habe, um darin Sr. M. die Lage zu schildern, dass aber jedesmal vor der Fertigstellung eine Änderung der Lage eingetreten sei, die den begonnenen Bericht vollständig überholt hätte.

Über die heutige Lage könne er mir folgendes mitteilen:

Deutschland habe es übernommen, mit einer Vermittlungsaktion einzusetzen. Er — der Kanzler — habe dem Wiener Kabinett den Rat erteilt, in Petersburg zu erklären, dass Österreich-Ungarn mit seiner Aktion gegen Serbien keine Territorialerwerbung anstrebe und auch nicht beabsichtige, den Besitzstand Serbiens zu tangieren, dass es sich vielmehr nur um eine temporäre Besetzung serbischer Gebietsteile handle zu dem Zweck, von Serbien Garantien für künftiges Wohlverhalten zu erzwingen, da auf die blossen mündlichen wie schriftlichen Erklärungen der serbischen Regierung nichts zu geben sei.

Er habe in Wien geltend gemacht, dass es darauf ankomme, Russland ins Unrecht zu setzen.

Sir Edward Grey habe in der gleichen Richtung durch ihn — den Reichskanzler — auf Österreich-Ungarn zu wirken versucht und habe sich stark gemacht, wenn Österreich-Ungarn diese Erklärung in Petersburg abgebe, Russland zur Mässigung zu veranlassen.

Ausserdem finde ein Austausch von Telegrammen zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren statt. Die ersten Depeschen, in denen der Zar das Vorgehen Österreichs als ungerechtfertigt hinstellte, und der Kaiser es erklärte, hätten sich gekreuzt.

Vorläufig wäre von Wien noch keine Antwort da. Der Kanzler habe aber heute nacht in energischster Weise dem Wiener Kabinett erklärt, dass Deutschland sich nicht in das Schlepptau der Balkanpolitik Österreichs stellen könne. Für den Fall, dass Österreich zustimmend antworte, gebe der Reichskanzler die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Russland bereits vorgenommene Mobilisierung den russischen

¹⁾ Nach den Münchener Akten auszugsweise telephonisch nach München übermittelt.

Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, dass man nicht wisse, was bei den getroffenen Massregeln in Russland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Russland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.

Vorläufig sei man in Deutschland, nachdem schon die Beschützung gewisser Kunstbauten (Brücken, Tunnel, Funkspruchanlagen usw.) durch die Polizei verfügt worden sei, dazu übergegangen, auch den militärischen Schutz zu verfügen.

Gegen Deutschland habe Russland noch nicht mobilisiert.

Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt.

Die Haltung von Bulgarien und Rumänien sei unsicher.

England habe keinen Zweifel gelassen, dass, wenn der Krieg ausbreche, es nicht in der Lage sei, ruhig zuzusehen. England werde mit den Ententemächten gehen.

Der Reichskanzler äusserte zum Schluss: Es sei traurig, sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langdauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre, den kein Staat wünsche.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 56

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate ¹⁾

Bericht 414

Berlin, den 30. Juli 1914 ²⁾

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich in Ergänzung meiner telegraphischen Meldung von heute Nachstehendes geh. zu berichten:

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, dass kein Anlass gegeben sei, besondere Massnahmen bezüglich der Heimschaffung mittelloser Deutscher aus Frankreich zu treffen.

¹⁾ Telephonische Mitteilung nach München vorher 7⁴⁵ nachm.

²⁾ Der Bericht erfolgte auf eine Anfrage, ob die bayerische Vertretung in Paris Gelder für Heimschaffung bayerischer Staatsangehöriger angewiesen erhalten solle.

Solange Deutschland dort konsularisch vertreten sei, sei es Sache der deutschen Konsularbehörden, für die Heimschaffung der Deutschen Sorge zu tragen. Diese Verpflichtung erstreckte sich selbstverständlich auch auf die bayerischen Staatsangehörigen.

Von dem Augenblick an, in dem die deutschen Vertretungen aus Frankreich abberufen würden, trete diejenige fremde Mission in Tätigkeit, der der Schutz der deutschen Staatsangehörigen übertragen werde.

Archiv und Kasse werde der betreffenden Mission übergeben, und es würde ihr dann in der gleichen Weise wie sonst der deutschen Vertretung obliegen, für die Heimschaffung der deutschen Staatsangehörigen Sorge zu tragen.

Besondere Massnahmen der k. Regierung für bayerische Staatsangehörige hält das Auswärtige Amt unter diesen Umständen nicht für veranlasst.

Nach Ansicht der Reichsleitung hätte die von dem k. Ministerresidenten in Paris angeregte Massregel sogar gewisse Bedenken, insofern nämlich, als bares Geld dem Zugriff der französischen Regierung ausgesetzt wäre.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 57

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 286

Wien, den 30. Juli 1914

Die Situation hat sich seit gestern bedeutend verschärft, da Russland die Mobilisierung seiner südwestlichen Militärbezirke, das heisst von 12 Armeekorps, angeordnet hat.

Minister Sasonow hat sich den Botschaftern Pourtalès und Szápáry gegenüber beklagt, dass Graf Berchtold keinen Gedankenaustausch zulasse, und dass die unverhältnismässig grosse Zahl 8 der mobilisierten Armeekorps eine Spitze gegen Russland habe. Die Mobilisierung der 12 Armeekorps sei noch nicht der Krieg, sondern nur eine Vorsichtsmassregel; auch beabsichtige er noch nicht, den Botschafter Schebeko von Wien abzuberufen.

Graf Pourtalès hat erwidert, dass hierauf auch Deutschland zum Kriegsvorbereitungszustand werde übergehen müssen. Graf Szápáry klärte das Missverständnis auf, indem er darlegte, Graf Berchtold habe nur eine Diskussion der Notentexte und des Konfliktes mit Serbien abgelehnt, während er und er selbst (Szápáry) jederzeit zur Besprechung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen bereit sei. Die Zahl 8 der Armeekorps sei nach den seinerzeit in

Bosnien und der Herzegowina gemachten Erfahrungen und in Anbetracht der feindseligen Haltung Montenegros nicht zu gross. In Betreff der russischen Mobilmachung machte er auf den schlechten Eindruck, den die Massregel in Österreich-Ungarn machen müsse, aufmerksam. Bei Empfang der Telephonnachricht, dass Belgrad beschossen werde, geriet Herr Sasonow in solche Aufregung, dass die Fortsetzung der Konversation unmöglich wurde.

Aus Paris liegt dem Ministerium des Äussern die Meldung vor, dass Frankreich militärische Vorbereitungen treffe. Baron Schoen soll dieselben bei dem Minister Viviani zur Sprache bringen und darauf hinweisen, dass Deutschland die gleichen Massregeln werde ergreifen müssen, was eine grosse Beunruhigung verursachen würde.

Kaiser Wilhelm und der Zar haben Telegramme, die sich kreuzten, ausgetauscht. Kaiser Wilhelm telegraphierte, der Zar soll sich der Serben, die es jetzt nicht verdienen, nicht annehmen; Österreich-Ungarn habe vollkommen recht, energisch gegen Serbien vorzugehen, am Schlusse wird an die Friedensliebe des Zaren appelliert.

Der Zar sagt in seinem Telegramm, Österreich-Ungarn sei vollkommen im Unrecht, über Serbien herzufallen, Russland stehe hinter Serbien. Kaiser Wilhelm möge in Wien kalmierend einwirken.

Der Gegensatz dieser zwei Telegramme ist beredt, eine Brücke zwischen beiden ist nicht denkbar.

Tucher

Nr. 58

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 86

Bleistift-Aufzeichnung

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

Bericht vom 27. N. 85 nachzutragen, dass Kanzlertelegramm warmen Appell an Deutsch-Russische freundschaftliche Beziehungen enthielt. Siehe Notiz vom 28. Mittags. Direkte Verständigung mit Wien erscheint ganz gescheitert, zudem dass Russland Revision der Note will, was Österreich nicht diskutieren kann.

Am 29. teilt Pourtalès Sasonow im Auftrag des Reichskanzlers mit, dass russische Mobilmachung gegen Österreich automatisch deutsche Mobilmachung zur Folge haben wird. Betont ausdrücklich auch in späteren Unterredungen, dass diese Mitteilung keine Drohung, sondern nur freundschaftliche Warnung vor den Folgen der von Russland beabsichtigten Massnahmen bedeute. Sasonow erklärt wiederholt, dass Russland keinerlei kriegerische

Absichten gegen Deutschland habe (dasselbe erklärt russischer Generalstabschef dem Major v. Eggeling). Russische Armee könne monatelang mobil bleiben, ohne dass daraus direkte kriegerische Massnahmen entstünden.

Am 29. nachm. erklärt Herr Sasonow dem Grafen Pourtalès dass russische Mobilmachung gegen Österreich bevorstehe, dass aber Russland vorläufig keine kriegerische Aktion gegen Österreich beabsichtige. Grund der Mobilmachung s. Telegramm 29. Juli nachm. Dazu teilt Chelius ein Gespräch aus Club mit Nikolai Michailowitsch mit, der sagt, dass Russland sich deshalb mit Mobilisation beeilen müsse, weil Österreich seit vorigem Jahr nicht ganz demobilisiert und deshalb zu seinem Vorsprung von 14 Tagen noch 6 dazu voraushabe.

Sasonow beharrt auf dem Standpunkt, dass Russland Serbien nicht im Stich lassen könne und ist allen Vorstellungen des Grafen Pourtalès, dass Österreich sein territoriales Desinteressement bewiesen hat, unzugänglich. Ebenso beharrt Sasonow darauf, dass Deutschland Österreich veranlassen müsse, seine Forderungen an Serbien zu modifizieren.

Unterredung, die Graf Pourtalès 29./30. nachts 12—11/2 hatte, drehte sich immer wieder um dieselben Punkte. Sasonow erklärt, Österreich müsse aus Note alles eliminieren, was auf europäische Politik Bezug hat. Im Stichlassen Serbiens würde Bestand der russischen Monarchie gefährden. Graf Pourtalès legt wiederholt den deutschen Standpunkt dar, dass österreichisch-serbischer Konflikt nur diese beiden Staaten angehe und dass Russland von Deutschland unmöglich dasselbe von Österreich zu tun verlangen könne, was Russland von Österreich gegen Serbien nicht dulden wolle, nämlich, dass Deutschland in einer die Souveränität Österreichs verletzenden Weise auf Österreich einwirke.

Diese Vorstellungen finden bei Sasonow kein Verständnis.

Englands Vorschlag einer Konferenz auch hier zwischen Sasonow und Pourtalès diskutiert, aber anscheinend ohne Erfolg, da Modalitäten und Aussichten der Konferenz nicht definierbar.

Mobilisationsdekret heute nacht 4 Uhr veröffentlicht des Inhalts, dass Mannschaft der Bezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, die Kosakenheere von Don, Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg, Ural einberufen, d. i. 14 Corps. Nach Eggeling geht aus dem Einberufungsbefehl hervor, dass auch die Marinemannschaften einberufen sind.

Weiterhinaus soll bis jetzt in den Bezirken Warschau, Wilna, Petersburg keine Einberufung vorliegen.

Grunelius

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äussern

Bericht 226

Rom, den 30. Juli 1914

Angekommen 4. 8. 14.

Ich habe gestern abend den von Fiuggi hierher zurückgekehrten Botschafter von Flotow gesprochen. Er hält es trotz des grossen Ernstes der Lage noch immer nicht für völlig ausgeschlossen, dass der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe. Aus den ihm zugegangenen Nachrichten hat er den Eindruck empfangen, dass weder Frankreich noch Russland besonders für den Krieg gestimmt seien. Was Russland betreffe, sei es bezeichnend, dass der Kaiser sich jetzt nach Finnland begeben hätte. Schwieriger sei die Frage bezüglich Englands. Deutschland habe den Vorschlag Sir Edward Greys, eine Konferenz der Botschafter der vier weniger beteiligten Grossmächte zu berufen, vorläufig abgelehnt, weil schon Besprechungen im Gang seien zwischen dem russischen Minister des Äussern und dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg; es könnte übrigens Österreich durch eine Konferenz vergewaltigt werden, auch wolle Deutschland seinem Alliierten nicht in den Arm fallen; die Besprechung der Frage zwischen den Kabinetten sei einer Konferenz vorzuziehen; es sei auch nicht ausgeschlossen, dass man auf den Vorschlag Sir Edward Greys später zurückkomme; auch werde vielleicht ein Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren eintreten — von einem solchen melden auch heute morgen schon die Zeitungen —.

Deutschland will vermeiden, den englischen Minister, der ehrlich für den Frieden ist, zu verletzen und ihn den Befürwortern des Krieges in die Arme zu treiben.

Die Verhandlungen des Botschafters mit der italienischen Regierung sind immer recht schwierig. Durch Beeinflussung der Presse wurde aber wenigstens eine einigermassen dreibundfreundliche Haltung derselben erreicht; gerade von den einflussreicheren Blättern jedoch sind einige, wie der „Corriere della Sera“ und der „Messaggero“ unzugänglich; — ich lege die heutige Nummer des „Messaggero“ bei mit einem Artikel des Sozialisten Bissolati, der sich für die Neutralität Italiens ausspricht —¹⁾.

Deutschland hat von der in Belgrad zu übergebenden österreichisch-ungarischen Note vorher Kenntnis erhalten und Italien sollte als verbündete Macht wenigstens kurz zuvor hiervon in Kenntnis gesetzt werden. Wegen Erkrankung des Botschafters von Mérey hat sich der Botschaftsrat am Tage, wo die Note in Belgrad übergeben werden

¹⁾ Liegt bei.

sollte, zum Marchese di San Giuliano nach Fiuggi begeben und hat ihm in allgemeinen Ausdrücken davon gesprochen, dass seine Regierung in einer Note an Serbien die verschiedenen Beschwerden zur Sprache bringen werde, die sie gegen die serbische Regierung zu erheben habe. Der Minister antwortete, diese Mitteilung sei so allgemein gehalten, dass er sich darauf gar nicht äussern könne; da man in so wichtigen Angelegenheiten schriftlich verkehren müsse, wolle er ihm dies schriftlich geben. Er tat dies und kann sich nun darauf berufen, dass er von dem Inhalt der Note vorher keine Kenntnis erhalten habe.

Marchese di San Giuliano hat die Absicht, nach Vallombrosa zu gehen, vorläufig aufgegeben und bleibt wenigstens die nächste Zeit in Rom.

Der König ist zum Gedächtnis-Gottesdienst für den König Umberto nach Rom gekommen, hat sich nach der Feier nach Santa Anna di Valdieri in Piemont begeben, wo sich Ihre Majestät die Königin befindet, wird aber in einigen Tagen nach Rom zurückkehren.

v. d. Tann

Nr. 60

Fernsprech-Meldung der Berliner Gesandtschaft

In München aufgenommen 31. Juli vorm. 7⁴⁵

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner massgebenden Kreisen nicht, dass die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, dass die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Wir haben gestern abend, wie immer in diesen Tagen, im Bristol gegessen, das gegenwärtig eine Art Diplomatenbörse bildet. Wir fanden die Österreicher noch ernster wie in den letzten Tagen. Sie schwiegen vollständig.

Von den Reisen der bundesstaatlichen Minister hierher kann man sich nur wenig versprechen; zudem besteht noch die Gefahr, dass die Herren nicht mehr nach Hause kommen könnten.

Nr. 61

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des ÄußernTelegramm ¹⁾Berlin, den 31. Juli 1914; 12⁰⁴ nachm.Angekommen 2⁰⁰ nachm.

Antwort aus Wien noch nicht eingetroffen, da Tizas Ankunft in Wien erst abgewartet wird, doch wird sie heute nachmittag erwartet. Sollte Österreich dem deutschen und englischen Vermittlungsvorschlag zustimmen, wird er dem Zaren mit Umgehung Sasonows telegraphiert und gleichzeitig Ultimatum wegen Einstellung der Rüstungen gestellt. England arbeitet mit uns, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch in letzter Stunde die Aktion zum Stehen bringt; Lage bleibt kritisch, da Russlands Stellung zum Vermittlungsvorschlag zweifelhaft; diessseitiger Generalstab drängt auf Entscheidung.

Lerchenfeld

Nr. 62

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Wien, den 31. Juli 1914; 12²⁰ nachm.Angekommen 2⁰⁰ nachm.

Kaiser hat Mobilisierung gesamter Wehrmacht angeordnet.

Tucher

Nr. 63

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm

Berlin, den 31. Juli 1914; 1⁰⁰ nachm.

In Preussen werden landwirtschaftliche russische Arbeiter im Kriegsfall nicht ausgewiesen.

Lerchenfeld

¹⁾ Vorher telephonisch nach München um 11¹⁵ vorm. mitgeteilt.

Nr. 64

**Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des
Äussern**Telephonische Mitteilung Berlin, den 31. Juli 1914; 3⁰⁰ nachm.

In Bundesratssitzung wurde soeben mitgeteilt, dass ganze russische Armee mobilisiert ist, und daraufhin S. M. der Kaiser den Zustand drohender Kriegsgefahr angeordnet hat, dem Mobilmachung in 24 bis 48 Stunden folgt. Die heute angekündigten Vorlagen, über die morgen 1 Uhr der Bundesrat zu beschliessen hat, sind unterwegs. Der Reichstag wird gleichzeitig mit Mobilmachungsordre einberufen werden.

Nr. 65

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des ÄussernTelegramm Paris, den 31. Juli 1914; 4⁴⁰ nachm.
Angekommen 9⁵⁰ nachm.

Herr Iswolsky hat mich soeben aufgesucht und mich gebeten, bayerische Regierung möchte seiner Frau und Kindern, die sich per Auto nach der Schweiz via Lindau begeben, Grenzübergang sichern.

Botschafter hält Lage äusserst ernst. Anfrage deutscher Botschaft habe Sasonow vorgeschlagen, Österreich möchte Erhaltung Indépendance Serbiens versprechen. Diese umfasse mehr als territoriale Integrität; es sei dies eine Hoffnung. 1909 dürfte sich nicht wiederholen; Deutschland habe damals einen schweren Fehler begangen; bedingungslose Annahme Österreichs Forderungen an Serbien würde eine neue Demütigung Russlands bedeuten; letzteres bestehe daher auf Berücksichtigung seiner Wünsche. Ein Wort der Mässigung von deutscher Seite würde in Wien genügen, dessen sei er gewiss; Anfrage in Petersburg sei der erste Vermittlungsschritt Deutschlands. Vorher habe Deutschland Österreich nur in seinem Vorgehen bestärkt; Österreich werde wie Russland vor dem Japan-Krieg von einer Camarilla in den Krieg gehetzt.

Ritter

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des Äussern ¹⁾

Telegramm

Berlin, den 31. Juli 1914; 7²⁵ nachm.Angekommen 10⁰⁰ nachm.

Kaiser Franz Joseph hat Vermittlungsvorschläge mit Hinweis auf russische Mobilisierung abgelehnt. Deutschland hat Russland aufgefordert, binnen 12 Stunden Mobilisierung einzustellen, widrigenfalls Deutschland mobilisieren würde. Frankreich ist um Antwort binnen 18 Stunden gebeten worden, ob es sich neutral verhalten wolle. An ablehnender Antwort seitens Russlands und Frankreichs besteht kein Zweifel. England ist erneut Neutralitätsvertrag angeboten worden, den Sir Edward Grey abgelehnt hat.¹⁾ Stellung Italiens und Rumäniens noch unklar, aber Hoffnung, dass Italien beim Dreibund, Rumänien neutral bleibt.

Lerchenfeld

Fernsprech-Meldung der Berliner GesandtschaftIn München aufgenommen 31. Juli 1914; 8⁰⁰ nachm.

Es laufen zurzeit zwei Ultimata:

Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt.

Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit grosser Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in 4 Wochen niederwerfen zu können; im französischen Heere kein guter Geist, wenig Steilfeuerschütze und schlechteres Gewehr.

¹⁾ Um 10⁴⁵ nachm. folgte telephonische Mitteilung, dass England „Neutralität mit Begründung abgelehnt hat, es müsse sich die Hände freihalten“.

Nr. 68

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Paris, den 31. Juli 1914; 11²⁰ nachm.Angekommen 1. August 10⁰⁰ vorm.

Deutscher (Botschafter?) hat heute abend französischer Regierung mitgeteilt, Russland habe, während Verhandlungen schwebten, ganze Armee und Flotte mobil gemacht, deshalb Kriegsgefahr in Deutschland verkündet. Wenn Russland nicht in 12 Stunden die ganze Mobilmachung rückgängig mache, erfolge deutsche Mobilmachung, dann Krieg unvermeidlich. Botschafter fragte, ob französische Regierung in einem deutsch-russischen Krieg neutral bleibe. Antwort in 18 Stunden erbeten, abläuft morgen. (Habe) österreichischem Botschafter Gespräch Iswolsky mitgeteilt: Annahme der Indépendance-Erklärung verhindere Krieg, alle Welt erwarte Erklärung, wie weit Österreich gehen wolle. Iswolsky versöhnlich. Graf Szécsen sagte, er habe längst diesen Wunsch übermittelt, aber keine Weisung erhalten. Hiesige österreichische Korrespondenten meinen, man sei sich darüber am Ballplatz nicht schlüssig. Französische Regierung bestreitet die allgemeine russische Mobilisierung.

Ritter

Nr. 69

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 417

Berlin, den 31. Juli 1914

Zum Telegramm von gestern

Ew. Exz. beehre ich mich im Vollzuge des telegraphischen Auftrags von gestern nachstehendes gehorsamst zu berichten:

Die Berufskonsuln feindlicher Mächte werden bei Kriegsausbruch angewiesen,¹⁾ nach dem Ausland abzureisen, erhalten keine Pässe.

¹⁾ Das Ministerium in München hatte am 30. Juli angefragt, wie gegenüber den Konsuln feindlicher Mächte zu verfahren sei, und ob in Pässen für fremde Diplomaten Fristbestimmung erfolge.

Die Wahlkonsuln können im Lande bleiben, dürfen aber keine Funktionen mehr ausüben.

Die Pässe der fremden Diplomaten, die alle (nicht nur die Chefs) Kaiserpässe bekommen, werden nicht befristet.

Die Gesandtschaftskanzler können unter folgenden 2 Voraussetzungen im Lande bleiben:

1. dass sie der fremden Mission beigeordnet werden, die den Schutz der betreffenden Staatsangehörigen übernimmt,
2. dass die Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Bleiben sie nicht, so erhalten die Kanzleichefs Kaiserpässe, das übrige Personal den Pass des Auswärtigen Amts.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 70

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 418

Berlin, den 31. Juli 1914

Ew. Exz. habe ich in Chiffre die heutige Lage gemeldet.

Wie mir im Auswärtigen Amt gesagt wurde, sind die Würfel dadurch in das Rollen gekommen, dass der russische Botschafter Swerbejew die falsche Nachricht des Lokalanzeigers, Deutschland mobilisiere, nach Petersburg gemeldet hat, ohne sich von der Richtigkeit zu versichern. Man nimmt an, dass das Dementi, das er seiner Meldung nachsandte, ungenügend war, weil der Botschafter seinen Fehler nicht glatt eingestehen wollte.

Dass Kaiser Franz Joseph die Vermittlungsvorschläge abgelehnt hat, wird hier bedauert, weil damit Russland noch mehr ins Unrecht versetzt worden wäre.

Immerhin herrscht die Meinung vor, dass, nachdem Russland zur partiellen Mobilisierung geschritten ist, der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen ist. Kaiser Nikolaus wäre kaum stark genug gewesen, die Demobilisierung zu verfügen ohne eine Satisfaktion von Österreich-Ungarn, die, wie die Dinge liegen, nicht zu erhalten war.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 71

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 31. Juli 1914

Hochverehrter Freund!

Ich glaube auf den drei Wegen des heutigen Verkehrs, Telephon, Telegraph und Post, alles gemeldet zu haben, was zu melden gewesen ist. Trotzdem will ich mit diesen Zeilen das gegebene Bild noch etwas vervollständigen.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich sehr damit einverstanden bin, dass Ew. Exz. nicht hierher kommen. Sie sind in Bayern notwendiger als hier, und die Rückkehr wäre zum mindesten schwierig. Das ist auch die Überzeugung Delbrücks. Er hat auch in diesem Sinne an Dusch und Weizsäcker telegraphiert.

Der deutsch-englische Vermittlungsvorschlag, der noch eine gewisse Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bot, ist durch die Mobilmachung in ganz Russland erledigt. Sasonow hat vor einigen Tagen verlangt, dass Österreich-Ungarn auf die Erfüllung einiger Punkte seines Ultimatums verzichte. Das war für Österreich unmöglich. Den englisch-deutschen Vorschlag hätte man in Wien annehmen können.

Die Haltung Englands ist dunkel. Der König hatte vor kurzem noch dem preussischen Prinzen Heinrich in London versichert, England werde zunächst neutral bleiben. Auch der heute in unsern Blättern abgedruckte Artikel der „Westminster Gazette“ lässt auf solche Absicht schliessen. Da der Redakteur dieses Blattes ein intimer Freund Sir E. Greys ist, haben Äusserungen der „Westminster Gazette“ eine gewisse Bedeutung. Dem steht aber gegenüber, dass Sir E. Grey dem Fürsten Lichnowsky erklärt hat, England könne den Ereignissen nicht untätig zusehen. Ob dies den Zweck hatte, uns zu einer Pression auf Österreich zu veranlassen, oder ob England sich schon für ein Eintreten für die andern Ententemächte entschlossen hat, muss sich erst zeigen.

Während ich dies schreibe, hat es sich bereits gezeigt. England geht mit der Entente.

Von Italien glaubt man, dass es bei dem Dreibund beharren werde, dass es aber bei dieser Gelegenheit etwas erwerben wolle. Nicht aber Valona, das lehnt es ab.

Rumänien sollte nach Ansicht des Auswärtigen Amts wenigstens neutral bleiben. Man glaubt genügende Pressionsmittel zu haben, es dazu bestimmen zu können.

1) Siehe B, 66.

In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat der Generalstabschef Herr von Moltke sich dahin ausgesprochen, dass der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann. Die Gründe, die er anführt, sind:

1. Überlegenheit der deutschen Artillerie. Frankreich und Russland besitzen keine Haubitzen und können daher keine Truppe in gedeckter Stellung mit Steilfeuer bekämpfen.
2. Überlegenheit des deutschen Infanterie-Gewehres.
3. Ganz ungenügende Ausbildung der französischen Truppe infolge zweijähriger Dienstzeit bei der Kavallerie und der gleichzeitigen Einberufung zweier Jahrgänge bei allen Waffengattungen infolge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, darunter muss die Ausbildung gelitten haben.

Auch in den Kreisen der Bevölkerung ist die Stimmung eine ruhige und zuversichtliche. Die Sozialdemokraten haben für den Frieden pflichtmässig demonstriert, halten sich aber jetzt ganz still. Ein Abgeordneter, allerdings revisionistischer Richtung, mit dem der Reichskanzler gesprochen hat, hat versichert, dass an Aufruhr oder Generalstreik in der Sozialdemokratischen Partei von niemand gedacht werde.

Was den Kaiser betrifft, so weiss ich, dass er nach einigem Wechsel in der Stimmung während des Beginns der Krisis, jetzt sehr ernst und sehr ruhig ist.

Prinz Oskar wird heute im Hausministerium getraut werden. Alle preussischen Prinzen treten in der Front ein. Der Kronprinz erhielt die I. Garde-Infanterie-Division.

Wie man annimmt, wird das Hauptquartier zunächst in Berlin bleiben. Wie im Jahre 1870 werden zwei Staffeln gebildet werden. In der ersten der Kaiser, in der zweiten die anderen Bundesfürsten, die den Krieg mitmachen wollen.

Mit besten Grüßen

Lerchenfeld

Nr. 72

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 290

Wien, den 31. Juli 1914

Angekommen 3. 8. 14.

Kaiser Franz Joseph hat einen auf Wunsch des Zaren unternommenen Vermittlungsversuch des deutschen Kaisers mit der Erwidern abgelehnt, dass eine neuerliche Rettung Serbiens die ernstesten Folgen für seine Länder nach sich ziehen würde. Er sei sich der Schwere der Verantwortung voll bewusst und rechne auf die unerschütterliche Bundestreue Deutschlands.

Auf dem Ballplatz spricht man nicht mehr von Lokalisierung, sondern erwägt nur die Chancen des Krieges; das Eingreifen Englands an der Seite Frankreichs wird für mehr als wahrscheinlich gehalten.

Die K. Gesandtschaft wird bestürmt mit Anfragen, ob Deutschland mobilisiere und ob die Militärfichtigen einzurücken hätten. Umgehende Benachrichtigung nach erfolgter Entscheidung ist dringendst erwünscht.

Tucher

Nr. 73

Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft in Berlin¹⁾

Telephonische Mitteilung München, den 1. August 1914; 9³⁰ vorm.

Dem von Sr. M. dem Kaiser für notwendig gehaltenen Beschlusse im Sinne des Art. II Abs. 2 der Reichsverfassung wird mit Allerhöchster Ermächtigung Sr. M. des Königs zugestimmt.

Hertling

Nr. 74

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 420

Berlin, den 1. August 1914

Heute 6 Uhr war die Lage folgende: Russland hat das deutsche Ultimatum, alle Kriegsrüstung gegen Deutschland und Österreich einzustellen, bisher nicht beantwortet. Daraufhin ist nach der Beschlussfassung im Bundesrat Russland die Kriegserklärung für den Fall zugestellt worden, dass es nicht dem Verlangen des Ultimatums entspricht. Es wird bezweifelt, ob hiernach Russland überhaupt antwortet.

Frankreich ist eine Verlängerung der Frist bis heute 1 Uhr gewährt worden. Um 6 Uhr war die Antwort noch nicht da, was aber mit Verzögerung der telegraphischen Beförderung zusammenhängen kann. Die Bemerkung des Reichskanzlers in seiner heutigen Rede, die Antwort sei da, hat auf einem Irrtum beruht.

¹⁾ Mit Bericht 419 vom gleichen Tage meldet der Gesandte den Vollzug dieser Weisung durch Erklärung Bayerns in der Bundesrats-sitzung.

Italien hat sich vom Dreibund losgelöst, indem es erklärte, Österreich habe durch seinen Angriff auf Serbien Russland de facto angegriffen. Der casus foederis läge also nicht vor. Da von Wien mitgeteilt worden ist, dass Österreich alle italienischen Forderungen erfüllt habe, so ist die Stellung Italiens vielleicht noch keine endgültige. Hiefür liegen einige Anzeichen vor.

Die Mobilmachungsordre ist heute um 5 Uhr 30 Min. nachm. nach einer Beratung im Schloss vom Kaiser unterzeichnet worden.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 75

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 293

Wien, den 1. August 1914

Angekommen 6. 8. 14.

Graf Pourtalès hat gestern den Auftrag erhalten, in Petersburg zu erklären, dass, wenn die allgemeine Mobilisierung in Russland nicht in 12 Stunden eingestellt werde, Deutschland auch mobilisieren werde; desgleichen hat Baron Schoen in Paris auftragsgemäss in 18 Stunden Antwort auf die Frage verlangt, ob Frankreich in einem Kriege Deutschlands gegen Russland neutral bleiben werde.

Die Termine laufen heute ab, man erwartet daher heute die Anordnung der Mobilmachung Deutschlands.

Die Haltung Schwedens ist noch unbestimmt, ebenso diejenige Rumäniens. König Karol hat dem österreichisch-ungarischen Gesandten erklärt, die Einhaltung der Militärkonvention sei „so gut wie unmöglich“; dem deutschen Geschäftsträger, der ihm ein Telegramm des Kaisers Wilhelm mit der Mahnung zur Vertragstreue überreichte, hat der König ausweichend geantwortet und gesagt, er werde dem Kaiser direkt antworten.

Mit der Türkei schweben Verhandlungen wegen der Insurgierung Neuserbiens. Bulgarien wünscht sich dem Dreibund anzuschliessen.

In Tokio wendet die Regierung den Ereignissen in Europa die grösste Aufmerksamkeit zu; ob sie die Allianz mit England für die Regelung der mandschurisch-mongolischen Frage hingeben wird, steht dahin.

Kaiser Wilhelm hat gestern ein Telegramm in bewegten Worten an Kaiser Franz Joseph gerichtet; der Bitte, möglichst viele Streitkräfte gegen Russland ins Feld zu führen, wird sofort entsprochen, obwohl dadurch ein teilweiser Rücktransport von Truppen veranlasst wird.

Private, die aus Italien kommen, berichten, dass die dortige Presse für das Halten der Bündnistreue spreche, die Bevölkerung auch, aber ohne jede Begeisterung.

Tucher

Nr. 76

Die Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des ÄußernTelephonische Mitteilung Berlin, den 2. August 1914; 12⁰⁰ mittags

Ultimatum in Petersburg übergeben. Bedingte Kriegserklärung wahrscheinlich von Russland unterschlagen und nicht an Botschaft gelangt. Weder Antwort noch Empfangsbestätigung eingetroffen. Da Feindseligkeiten an der Grenze begonnen, wird hier Kriegszustand angenommen, und sind russischem Botschafter Pässe zugestellt.

Nr. 77

Der Gesandte in Berlin an das Ministerium des ÄußernTelegramm Berlin, den 2. August 1914; 1²⁰ nachm.

Frankreich hat auf Ultimatum gestern 1⁰⁰ geantwortet, es müsse sich vorbehalten, seine Interessen zu wahren, hat um 5⁰⁰ mobilisiert. Kriegserklärung gegenüber Frankreich noch zurückgehalten, da dessen Stellung noch nicht ganz geklärt. Italien vorläufig neutral. England gibt ausweichende Antworten, Möglichkeit einer Neutralität andeutend, falls wir belgische Neutralität achten. Trotzdem wird hier angenommen, dass es sich zum Angriff auf uns entscheiden wird. Dänemark schießt nach England.

Lerchenfeld

Nr. 78

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im MinisterrateBericht 423 Berlin, den 2. August 1914
Angekommen 4. 8. 14.

Ich habe Ew. Exz. schon teils telephonisch, teils mit Chiffretelegramm¹⁾ über die Lage berichtet. Darnach ist die Hoffnung, dass England neutral und Italien auf Seite des Dreibundes bleiben wird, so ziemlich ganz geschwunden. In England wird wohl alles davon abhängen, ob man dort die Überzeugung gewinnt, dass die englische

¹⁾ Siehe B, 76, 77.

Geschäftswelt bei der bestehenden Unsicherheit mehr verliert als bei einem Kriege. Auch scheint mir, dass das Verlangen Englands, Deutschland solle die Neutralität Belgiens achten, vom militärischen Standpunkt aus kaum zu erfüllen ist. Ich bin zwar nicht in die Geheimnisse des Generalstabs eingeweiht, möchte aber annehmen, dass eine schnelle Abrechnung mit Frankreich auf einer anderen Linie kaum möglich sein dürfte.

Italien hat damit begonnen, die Erfüllung des Art. 7 des Triple-alliancevertrags zu verlangen, den es dahin auslegt, dass ihm bei Territorialveränderungen auf dem Balkan Kompensationen zustehen. Österreich hat diese Berechtigung zwar anfänglich bestritten, hat aber vor zwei Tagen die italienische Forderung anerkannt. Man hofft darnach in Wien, dass Italien nunmehr seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten erfüllen würde. Es scheint aber, dass die Furcht vor England in Rom die Oberhand gewonnen hat. Italien stellt sich auf den Ew. Exz. bereits geschilderten Standpunkt, dass der casus foederis nicht vorliege, weil Österreich angegriffen habe, und behält sich alles vor. Diese schmäbliche Haltung wird auch in Italien empfunden. Der hiesige italienische Botschafter hat vor zwei Tagen bei Herrn von Jagow, als er solche Andeutungen zu machen hatte, geweint.

Man kann heute sagen, dass bei dem bevorstehenden Krieg Deutschland und Österreich der ganzen Welt gegenüberstehen werden. Trotzdem ist die Stimmung der hiesigen militärischen Kreise eine absolut zuversichtliche.

Bis heute waren die Entschlüsse von Heer und Flotte noch von dem Stande der diplomatischen Verhandlungen abhängig. Man wollte, wie ich chiffriert heute gemeldet habe, Frankreich und vor allem England die Rolle des Angreifers überlassen. Die von einem französischen Flieger in Nürnberg geworfene Bombe hat die Lage verändert, und es ist von jetzt an damit zu rechnen, dass nur mehr militärische Rücksichten entscheiden werden. Von morgen an wird die Auskundschaftung des französischen Aufmarsches durch Ballons und Flieger beginnen, und, wie verlautet, wird wohl auch der deutschen Flotte freie Hand gegeben werden.

Ich nehme an, dass dann auch dem französischen Botschafter die Pässe zugestellt werden.

Über eigentlich militärische Dinge nehme ich Abstand, in diesem Augenblick zu berichten. Das k. Kriegsministerium ist von allem unterrichtet und daher besser in der Lage, Ew. Exz. zu informieren.

G. H. Lerchenfeld

P. S. Die Pässe werden noch nicht zugestellt, weil man weitere Angriffe abwarten will. Da die Mobilisation im Gange, wird auf diese Weise nichts versäumt.

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Bericht 294

Wien, den 2. August 1914

Angekommen 17. 8. 14.

König Viktor Emanuel hat an Kaiser Franz Joseph telegraphiert, dass er auf Grund des Bündnisvertrages eine freundliche Neutralität beobachten werde. Botschafter Mérey erklärt diese Haltung mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit, dass England sich an Frankreichs Seite stelle und damit, dass in diesem Falle die italienischen Küsten von den überlegenen französischen und englischen Flotten bedroht würden. Auch ist die italienische Armee, von der 60 000 Mann in Syrien stehen, nicht in besonders gutem Stande, ferner fürchtet man den Sozialismus. Auf die Anregung der Kompensationsfrage war von hier aus geantwortet worden, dass man bereit sei, sie zu besprechen, wenn Österreich-Ungarn selbst sich Gebiet aneignen sollte.

Man hofft hier, dass das Auspringen Italiens England bewegen werde, neutral zu bleiben; über die Treulosigkeit Italiens herrscht in dem kleinen Kreise an Eingeweihten höchste Indignation.

Die Bemühungen Englands, den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hintanzuhalten, dürften, selbst wenn sie aussichtsvoll gewesen, nach dem Bombenüberfall Nürnbergs durch französische Flieger erfolglos bleiben. Auf das 18stündige Ultimatum hat Frankreich geantwortet: es werde tun, was seine Interessen erheischen.

Die Nachrichten aus Bukarest lauten heute etwas günstiger. Bratianu hat dem Grafen Czernin nunmehr versichert, dass Rumänien die strengste Neutralität einhalten werde; wenn Russland diese verletze, werde es ihm den Krieg erklären. Man neigt auf dem Ballplatz der Ansicht zu, dass Rumänien schliesslich doch auf die Seite des Dreibunds treten werde.

Österreich-Ungarn wird Russland den Krieg in 2 bis 3 Tagen erklären, wenn die Feindseligkeiten nicht früher ausbrechen.

Tucher

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 427

Berlin, den 4. August 1914

Ich habe nur zu melden, dass die Türkei sich Deutschland anschliesst¹⁾ und einige Korps mobil macht. Auch Bulgarien scheint entschlossen, mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Der Vertrag ist noch nicht geschlossen. Dies könnte militärisch Österreich wesentlich erleichtern. Holland ist die Neutralität von uns zugesichert. Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, dass selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich.

Reichstagsöffnung im Weissen Saal und Reichstagssitzung waren im höchsten Grade erhebend. Selbst im Jahre 1870 hat die Begeisterung, für die gerechte Sache zu kämpfen, sich nicht so elementar und einmütig gezeigt.

Die Durchführung der Mobilisation und der Aufmarsch verläuft ausgezeichnet. Generalstab und Kriegsministerium haben noch nicht eine Anfrage von irgend einer Seite erhalten. Jeder weiss, was er zu tun hat.

Ich muss annehmen, dass unsere Haltung gegenüber Belgien Bruch mit England im Gefolge hat.

G. H. Lerchenfeld

Der Gesandte in Paris an den König

Im französischen Zuge von Paris, den 4. August 1914
Angekommen 8. 8. 14.

Mit Beginn der französischen Mobilmachung begegnete die Aufgabe chiffrierter Depeschen Schwierigkeiten. Mehrere Postämter lehnten meine Depeschen ab.

Ich habe hierüber bei dem Gesandten Martin im Protokoll Beschwerde geführt, der dieselbe für begründet erachtete und sofort

¹⁾ Unterzeichnung des Bündnisvertrags mit Türkei am 4. August 3⁰⁰ nachm. telegraphisch nach München gemeldet.

Abhilfe versprach. Er führte das Verhalten der Postämter auf eine Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen zurück.

Am 3. August vormittags sah ich mich genötigt, meine Wohnung zu verlassen und mich mit dem Personal der Gesandtschaft auf die Kaiserliche Botschaft zurückzuziehen, weil die Bevölkerung eine drohende Haltung anzunehmen begann.

Die Schlüssel der Gesandtschaft und die politischen Akten habe ich der amerikanischen Botschaft übergeben.

Der Gesandte Martin versprach, den Polizeipräfekten um polizeiliche Überwachung meiner Wohnung und der Kanzlei während meiner Abwesenheit angehen zu wollen.

Die Botschaft mit ihrem Vorhof glich einem Biwak. Sie war mit weinenden Müttern und Kindern angefüllt. Hunderte von Gepäckstücken lagen auf dem Hofe umher. Die Angestellten der Botschaft und des Generalkonsulats wohnten bereits seit mehreren Tagen in den Kanzleiräumen der Botschaft.

Ich habe bis zum letzten Augenblick, namentlich bei meinem letzten politischen Gespräch mit dem Gesandten Martin am 2. August abends, den Eindruck gehabt, dass die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermieden haben wollte.

Auf die von der französischen Presse offenbar stark übertriebenen angeblichen Grenzverletzungen deutscher Truppen hin riet ich Herrn Martin, sich erst durch eine offizielle Nachfrage von deren Richtigkeit zu überzeugen.

Diese Anfrage erfolgte denn auch am 2. August abends in Berlin unter gleichzeitiger Mitteilung an die Botschaft in Paris.

Namentlich die Verletzung der Neutralität Luxemburgs schien Herr Martin als Anzeichen des von Deutschland gewollten Krieges zu deuten.

Die Depeschen der Botschaft kamen meist sehr verstümmelt an.

In der letzten Depesche, mit welcher der Kaiserliche Botschafter beauftragt wurde, seine Pässe zu fordern, waren nicht weniger als 10 Gruppen unverständlich.

Der kritische Auftrag wegen Abbruchs der Beziehungen traf spät nachmittags am 3. August ein.

Er wurde Punkt 6 Uhr ausgeführt. Bei diesem Anlass kündigte der Kaiserliche Botschafter auch die bevorstehende Abreise der Königlichen Gesandtschaft an.

Den letzten telegraphischen Erlass des Auswärtigen Amtes und die darauf an die französische Regierung gerichtete Note hat mir der Kaiserliche Botschafter nur dem Inhalte nach mitgeteilt.

Bei Herrn Viviani habe ich in Ermangelung eines Auftrags keine Erklärung abgegeben; dagegen habe ich dem Kabinettschef Herrn de Marguerie meine bevorstehende Abreise schriftlich angekündigt. Ausserdem habe ich den Gesandten Martin gebeten, diesbezüglich mich in Anbetracht der Kürze der Zeit bei dem Conseilpräsidenten Viviani entschuldigen zu wollen.

Die Bevölkerung vor der Botschaft hatte inzwischen eine recht drohende Haltung angenommen und als der Kaiserliche Botschafter sich zur Ausführung seines Auftrags auf das Ministerium des Äussern begab, sprang ein verdächtig aussehendes Individuum auf den Wagen des Botschafters. Es nahm darauf ein Geheimpolizist neben dem Botschafter Platz.

Der Conseilpräsident Herr Viviani nahm die Erklärung des Botschafters in Gegenwart des Kabinettschefs Gesandten de Marguerie mit Ruhe entgegen.

Er bemerkte dem Kaiserlichen Botschafter gegenüber, dass er von den französischen Grenzüberschreitungen und den Fliegerattentaten in Nürnberg und anderswo keine Kenntnis habe und dass jedenfalls die deutschen Grenzverletzungen zeitlich den französischen vorangegangen wären.

In dieser Hinsicht hatte mich Herr Martin tags zuvor darauf aufmerksam gemacht, dass die französischen Truppen absichtlich, um Grenzkonflikte zu vermeiden, zehn Kilometer von der Grenze entfernt gehalten worden wären, während die deutschen Truppen offenbar dicht an der Grenze selbst stünden.

Die Zusendung der Pässe für die Mitglieder der Botschaft, der Gesandtschaft und des Generalkonsulats erfolgte um 7 Uhr durch den Chef des Protokolls, Gesandten Martin.

Die Abfahrt verlief in grösster Ordnung gegen 10 Uhr von dem auch bei Fürstenbesuchen meist benützten Bahnhof an der Porte Dauphine.

Der Transport zu der Bahn erfolgte durch zahlreiche Omnibusse der Eisenbahngesellschaften und grosse Fourgons. Alles spielte sich programmgemäss ab.

Auf dem Bahnhof hatte sich der Gesandte Martin eingefunden.

Er erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass die französischen Vertreter in Deutschland um 7 Uhr, also 1 Stunde nach der Kriegserklärung, angewiesen worden wären, ihre Pässe zu erbitten.

Die französische Regierung hat einen sehr schönen Sonderzug mit 2 grossen Salonwagen für die Reise zur Verfügung gestellt.

Gesandter Martin wusste nicht, welchen Weg wir einschlagen würden. Er sagte, es stehe hierüber die Entscheidung ausschliesslich dem Kriegsministerium zu.

Der Zug nahm den Weg über Brüssel, Breda, Münster, Hannover und langte am 5. August 7 Uhr früh in Berlin an.

Zur Bedienung und Rückbeförderung des Zuges sind 2 französische Bahnbeamte bis nach Berlin mitgefahren.

Die belgische und holländische Bevölkerung verhielt sich bei dem Passieren des Zuges sehr zurückhaltend. Die Stationen und Brücken waren durchwegs militärisch besetzt.

Auf deutschem Gebiet angelangt, wurde der Zug auf jeder Station mit Gesang und Jubelruf begrüsst.

Am 2. August nachmittags 2 Uhr sagte mir der österreichische Botschafter Graf Scézen noch, dass er seit Tagen ohne jegliche Nachrichten aus Wien sei. Dagegen versicherte er mir ausdrücklich, dass die österreichische Regierung die „politische Souveränität“ Serbiens im Sinne der mir von Herrn Iswolsky gemachten Bemerkungen anzuerkennen sich verpflichtet habe und dass er der französischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht habe. Ich wollte dieses sofort Herrn Iswolsky mittels Privatbriefs bei Beantwortung eines Schreibens wegen Ermittlung des Aufenthalts von Madame Iswolsky mitteilen und hatte bereits das Schreiben aufgesetzt.

Der Kaiserliche Botschafter bat mich aber davon Abstand zu nehmen, weil er fürchtete, Herr Iswolsky möchte ein solches Schreiben zum Nachteil der deutschen Politik verwerten.

Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass Missverständnisse über die Frage der „Indépendance“ von Serbien zwischen Österreich und Russland obgewaltet haben müssen, deren rechtzeitige Aufklärung den rollenden Stein vielleicht noch aufgehalten hätte.

Dies scheint mir auch aus dem alleruntertänigst hier angeschlossenen Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Zaren vom 29. vor. Mts.¹⁾ hervorzugehen, in welchem nur von einer Erklärung des österreichischen Kabinetts über nicht beabsichtigte territoriale Eroberungen auf Kosten Serbiens die Rede ist.

In Ägypten, Marokko und in allen Protektoraten hat aber nach Herrn Iswolsky auch niemals eine territoriale Eroberung auf Kosten des fraglichen Landes stattgefunden. Gerade deshalb bestehe Russland auf umfassendere Zusicherungen zugunsten Serbiens und auf der Anerkennung seiner „Indépendance“.

Diese Zustimmung hoffte die französische Regierung und Herr Iswolsky durch Vermittelung des Deutschen Kaisers von Österreich der russischen Regierung abgeben zu sehen.

Noch ist es Zeit, falls wirklich ein Missverständnis vorgelegen haben sollte, etwa Versäumtes nachzuholen, nachdem die Beziehungen zwischen Österreich und Russland noch nicht abgebrochen sind und Graf Scézen vor einigen Tagen behauptete, eine „analoge Versicherung“ bei der französischen Regierung abgeben zu haben.

Vielleicht liesse sich unter diesen Umständen doch noch in letzter Stunde von deutscher Seite in Österreich ein Druck ausüben, damit die von Russland gewünschte Erklärung über die Erhaltung der „Indépendance“ von Serbien auch offiziell in Petersburg erfolge.

Ritter

¹⁾ Dem Bericht liegt eine Wiedergabe des Telegramms bei, vgl.: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch II. Bd. Nr. 359.

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 431

Berlin, den 5. August 1914

Nachdem der Reichskanzler in der Reichstagssitzung von 3 Uhr unsere Haltung Belgien gegenüber angekündigt hatte, erschien der englische Botschafter im Reichstagsgebäude, um Staatssekretär Jagow mitzuteilen, dass England den Bruch der belgischen Neutralität nicht hinnehmen könne. Herr von Jagow setzte Sir Edward Goschen auseinander, dass die militärischen Erwägungen es Deutschland unmöglich machten, dem Verlangen Englands zu entsprechen, und gab im übrigen die Zusicherung, dass Deutschland den Bestand Belgiens nicht antasten wolle. Eine Stunde später erschien der Botschafter im Auswärtigen Amt, um seine Pässe zu verlangen.¹⁾ Der Bruch mit England ist sonach Tatsache. Die Rede Greys hatte übrigens über die Absichten Englands keinen Zweifel mehr gelassen.

Diese Vorgänge hat bedauerlicherweise das „Berliner Tageblatt“ durch ein Extrablatt bekanntgemacht. Die Volksmenge, die jetzt jeden Abend Unter den Linden versammelt ist, und gestern wegen der Abreise des französischen Botschafters auch den Pariser Platz dicht besetzt hatte, zog jetzt vor die Englische Botschaft, um zu demonstrieren, schlug dort alle Fenster ein und wollte das Haus stürmen. Dies wurde noch rechtzeitig von rasch herbeigeholten Polizeimannschaften verhindert. Dass der Tumult nicht bei Beginn unterdrückt werden konnte, lag daran, dass die Polizei vor der Englischen Botschaft anfänglich nur wenig Mannschaft versammelt hatte, da sie dort auf Unruhen nicht gefasst war. Der Pariser Platz vor der Französischen Botschaft war gut besetzt. Dort sind bei der Abreise des Botschafters keine Ausschreitungen vorgekommen.

Als das Auswärtige Amt von dem Tumult vor der Englischen Botschaft erfuhr, eilte Herr von Jagow sofort dorthin, um dem Botschafter Entschuldigungen zu machen. Dass die Mitglieder der Botschaft eine provozierende Haltung eingenommen hätten, wie einzelne Zeitungen melden, ist nicht richtig.

Über den Einmarsch in Belgien ist hier keine Nachricht bekanntgegeben worden. Ohne Zweifel wird aber auch der belgische Gesandte seine Pässe verlangen und erhalten.

Holland hat, wie ich schon gemeldet, auf die deutscherseits gegebene Zusicherung der Achtung seiner Neutralität seinerseits Neutralität zugesichert. Auch Dänemark hat sich neutral erklärt.

¹⁾ Telephonisch schon am 4. August nachm. mitgeteilt.

Im übrigen habe ich im Auswärtigen Amt noch folgendes erfahren: Der österreichische Aufmarsch an der russischen Grenze ist nahezu vollendet. Man erwartet die österreichische Kriegserklärung an Russland für heute. Österreich hat hier mitgeteilt, dass es jedem russischen Angriff an seiner Grenze völlig gewachsen und sogar numerisch der gegen Galizien versammelten Armee überlegen sei.

Die Frage, ob Österreich auch Frankreich und England den Krieg erklären soll, wird noch erwogen.

Militärisch scheint sie von keiner Bedeutung. Unangenehm wäre nur das Verbleiben der Vertretungen dieser Staaten in Wien.

Was die gestern schon angekündigte deutschlandfreundliche Haltung Bulgariens und der Türkei¹⁾ betrifft, so sagte man mir heute, dass die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen seien.

Dieser Bericht sowie alle künftigen schriftlichen Mitteilungen werden Ew. Exz. erst 47 Stunden nach der Absendung zukommen, da bis auf weiteres nur ein einziger Zug, und zwar um 8 Uhr 57 Min. abends nach München abgelassen wird, der am übernächsten Tag um 7 Uhr 28 Min. abends dort ankommt.

G. H. Lerchenfeld

Nr. 83

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Berlin, den 5. August 1914

Hochverehrter Freund!

Soeben erfahre ich, dass der Generalstabschef Generaloberst von Moltke sich heute über die Lage wie folgt ausgesprochen hat.

Er wisse auf das bestimmteste, dass zwischen Russland, Frankreich und England ein Angriffskrieg gegen Deutschland für das Jahr 1917 abgemacht war und vorbereitet wurde. Als Leiter der Machenschaft betrachtet Moltke Russland. Man könne es als ein Glück betrachten, dass durch den Mord in Serajewo die von den drei Mächten angelegte Mine schon in einem Zeitpunkt aufgefliegen sei, in dem Russland nicht fertig, und die französische Armee sich in einem Übergangsstadium befinde. Gegen die drei vollkommen gerüsteten Staaten würde Deutschland einen schweren Stand gehabt haben.

Den Krieg gegen Russland und Frankreich, wie wir ihn jetzt zu führen hätten, sei Deutschland, wenn nicht ein besonderes Unglück:

¹⁾ Siehe B, 80.

geschehe, zu bestehen stark genug. Der Zutritt Englands zu den Gegnern erschwere ohne Zweifel unsere Lage, weil die Verproviantierung der Zivilbevölkerung, wenn der Kampf länger dauern sollte, schwierig werden könnte. Dieser Punkt flöße ihm eine gewisse Sorge ein. Trotzdem habe er entschieden abgeraten, die englische Neutralität um den Preis der Schonung des belgischen Territoriums zu erkaufen, auch wenn dies möglich gewesen wäre, was er nicht glaube. Der Angriff vom Reichsland würde der deutschen Armee volle drei Monate gekostet und Russland einen solchen Vorsprung gegeben haben, dass dann auf einen Erfolg auf beiden Fronten nicht zu rechnen gewesen wäre. Wir müssten über Belgien gleich mit aller Macht auf Paris losgehen, um mit Frankreich rasch abzurechnen. Das sei der einzige Weg zum Siege.

Generaloberst Moltke teilte dann noch mit, dass bisher nur unbedeutende Gefechte in Belgien stattgefunden hätten. Morgen aber werde Lüttich besetzt werden, das befestigt sei und Verluste kosten werde. Ein Teil der deutschen Armee sei bereits in Frankreich einmarschiert.

Über die Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz erfahre ich von anderer Seite, dass die Erwartung, Russland werde gleich mit grossen Kavalleriemassen einrücken, nicht eingetroffen ist. An einzelnen Stellen ist Kavallerie, auch eine Kavallerie-Division, über die Grenze gekommen, aber leicht zurückgeschlagen worden. Auch die anderen Gefechte bei Kalisch und Tschenstochau sind für uns gut abgelaufen. Das alles ist aber ohne Bedeutung. Die Entscheidung wird wohl in nicht zu langer Zeit im Norden Frankreichs fallen.

G. H. Lerchenfeld

